



Bundesministerium
der Finanzen

Das Ministerium



Monatsbericht des BMF 2007



Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

September

Oktober

November

Dezember



Monatsbericht des BMF

Juni 2007

Inhaltsverzeichnis

Editorial	7
Übersichten und Termine	9
Finanzwirtschaftliche Lage	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	19
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2007	27
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	29
Termine	32
Analysen und Berichte	35
Entlassung Deutschlands aus dem Defizitverfahren	37
Vergleich der Konjunkturzyklen in Deutschland: Ist der aktuelle Aufschwung anders?	43
Rückblick auf das G 8-Finanzministertreffen am 18. und 19. Mai 2007 in Potsdam	57
Bericht zur Internationalen Steuerkonferenz über eine Gemeinsame Konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage, 15. und 16. Mai 2007 im Bundesministerium der Finanzen	61
Steuerliche Behandlung von staatlichen Zahlungen zur Investitionsförderung in den Mitgliedstaaten der EU-25	67
Die Jahresbilanz der deutschen Zollverwaltung für das Jahr 2006	75
Statistiken und Dokumentationen	81
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	84
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	107
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	111

Zeichenerklärung Tabellen und Grafiken

- nichts vorhanden;
- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts;
- Zahlenwert unbekannt;
- X Wert nicht sinnvoll.

Die Mitarbeiter der Redaktion des Monatsberichts sind für Anregungen und Kritik dankbar.

Bundesministerium der Finanzen

Redaktion Monatsbericht

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

<http://www.bundesfinanzministerium.de> oder

<http://www.bmf.bund.de>

Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

am 5. Juni 2007 wurde das im Januar 2003 eröffnete Defizitverfahren gegenüber Deutschland beendet. In ihrer Empfehlung an den ECOFIN-Rat hat die Europäische Kommission darauf hingewiesen, dass der erfolgreichen Rückführung des Defizits eine glaubwürdige und nachhaltige Konsolidierung zugrunde liegt. Nicht zuletzt die moderate Entwicklung der Ausgaben trägt hierzu wesentlich bei. Es wäre daher falsch, die Konsolidierungserfolge allein den steigenden Steuereinnahmen zuzuschreiben.

Ein Vergleich des derzeitigen wirtschaftlichen Aufschwungs mit den Erholungsphasen vergangener Konjunkturzyklen bestätigt, dass die finanzpolitische Strategie von gleichzeitiger Wachstumsförderung und Konsolidierung richtig und wichtig ist. Die Daten belegen: Nach der lang anhaltenden wirtschaftlichen Schwächephase hat sich der exportgetragene Aufschwung mittlerweile auch auf die Binnennachfrage ausgeweitet. Der Aufschwung gewinnt durch die verstärkte Investitionstätigkeit, die mittlerweile mit einer deutlichen Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt einhergeht, zunehmend an Kraft und an Eigendynamik. Zwar ist es noch zu früh, in dieser Situation konjunkturelle und strukturelle Effekte zuverlässig voneinander zu unterscheiden. Die bereits in Kraft getretenen Reformen, z. B. auf dem Arbeitsmarkt, aber auch die Unternehmensteuerreform zu Anfang nächsten Jahres dürften jedoch mittelfristig dazu beitragen, das Wachstumspotenzial zu erhöhen. Während von der Investitionstätigkeit zuletzt verstärkt potenzialstärkende Effekte ausgingen, ist demgegenüber der Anstieg der Arbeitsproduktivität immer noch recht verhalten. Um nachhaltig zu höherem Wachstum bei mehr Beschäftigung und produktiverem Einsatz aller Produktionsfaktoren zu gelangen, sind weitere



Reformen, die eine Flexibilisierung auf den Faktor- und den Gütermärkten ermöglichen, sowie eine mittel- und langfristig angelegte, glaubwürdige Konsolidierungsstrategie entscheidend.

Am 18. und 19. Mai trafen sich die Finanzminister der G8-Staaten in Potsdam. Im Vordergrund der Beratungen stand das Thema „Hedge Fonds“, insbesondere die Stärkung von Transparenz und Marktdisziplin in diesem Bereich. Daneben ging es um den Aufbau lokaler Anleihemärkte in Schwellen- und Entwicklungsländern, zu dem ein G8-Aktionsplan verabschiedet wurde, sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Regierungsführung in Afrika, vor allem im Bereich der öffentlichen Finanzen. Hierzu haben die G8-Finanzminister und die eingeladenen Vertreter afrikanischer Staaten ebenfalls einen G8-Aktionsplan erarbeitet, der dem G8-Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs in Heiligendamm zugeleitet und dort bestätigt wurde.

Die Ausgestaltung einer Gemeinsamen Konsolidierten Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage für Europa und die Voraussetzungen für ihre Realisierung waren die zentralen Themen der internationalen Steuerkonferenz, die am 15. und 16. Mai 2007 in Berlin stattfand. Bereits in der April-Ausgabe hatten wir über dieses Thema mit der Kurzfassung eines Gutachtens des Wissenschaftlichen Beirats im Bundesministerium der Finanzen informiert. Auf der Konferenz wurde die Materie von Teilnehmern aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Verwaltung unter

verschiedenen Gesichtspunkten beleuchtet und eingehend diskutiert. Damit lieferte die Konferenz einen wichtigen Beitrag für den für 2008 von der Europäischen Kommission angekündigten Legislativvorschlag.

Am 1. Januar 2007 hat die neue Förderperiode für die Struktur- und Kohäsionsfonds der Europäischen Union begonnen, die den Zeitraum bis 2013 umfasst. Im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen hat die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young AG wichtige Änderungen der Förderbedingungen und die Förderpraxis in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union in Augenschein genommen. Für Deutschland ist insbesondere ein Ergebnis der Studie von Bedeutung: Aus der Umstellung der beihilferechtlichen Rahmenbedingungen von der Netto- auf die Bruttobetrachtung der Subventionswerte von Förderprogrammen und -maßnahmen ergeben sich

keine Nachteile für Investitionen in den deutschen Fördergebieten.

Die Zollverwaltung ist die Einnahmeverwaltung des Bundes. Mit gut 104 Mrd. € nahm sie im vergangenen Jahr über die Hälfte der Steuereinnahmen des Bundes ein. Daneben hat der Zoll eine Vielzahl weiterer wichtiger Aufgaben. Neben der Bekämpfung der Schwarzarbeit und der illegalen Beschäftigung ist die Bekämpfung der Marken- und Produktpiraterie von zunehmender Bedeutung. Die Jahresbilanz 2006 unterstreicht die hohe Leistungs- und Handlungsfähigkeit des Zolls im Interesse nicht nur des Bundes, sondern auch von Wirtschaft und Verbrauchern.



Dr. Thomas Mirow
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen



Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	19
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2007	27
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	29
Termine	32

Finanzwirtschaftliche Lage

Die Ausgaben des Bundes beliefen sich bis einschließlich Mai auf 115,6 Mrd. €. Sie lagen damit um 3,2 Mrd. € über dem Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums (+ 2,8 %). Der über-

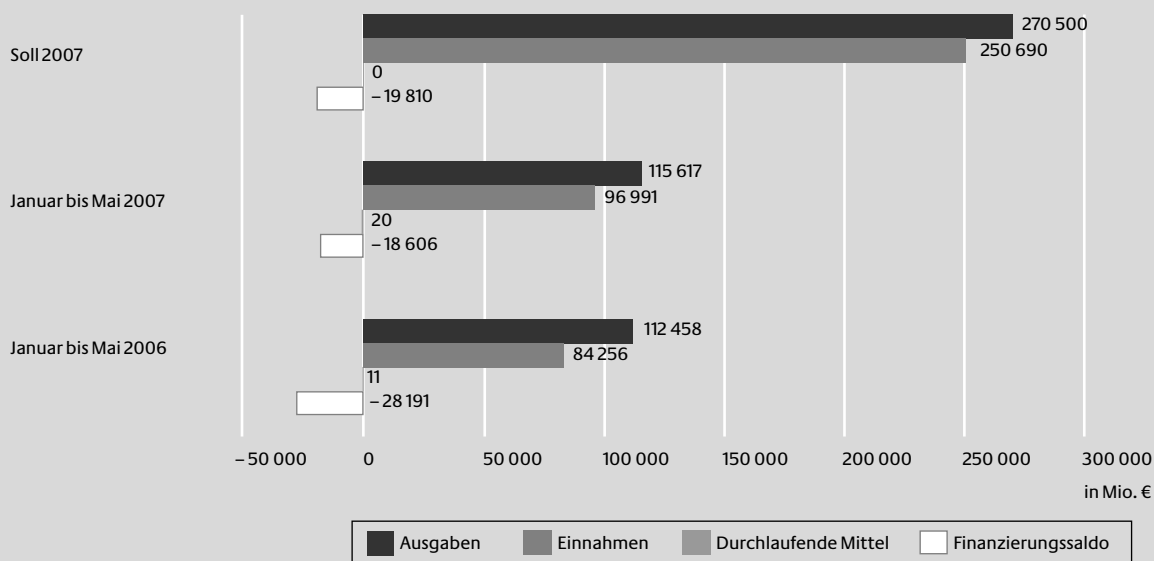
wiegende Teil der Mehrausgaben (2,7 Mrd. €) beruht wie bereits in den Vormonaten auf der im Zusammenhang mit der Erhöhung des allgemeinen Mehrwertsteuersatzes seit diesem Jahr

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Soll 2007	Ist-Entwicklung ¹ Januar bis Mai 2007
Ausgaben (Mrd. €)	270,5	115,6
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	3,6	2,8
Einnahmen (Mrd. €)	250,7	97,0
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	7,7	15,1
Steuereinnahmen (Mrd. €)	220,5	85,2
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	8,2	19,6
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	- 19,8	- 18,6
Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €)	-	- 8,6
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	- 0,2	- 0,1
Nettokreditaufnahme/aktueller Finanzmarktsaldo (Mrd. €)	- 19,6	- 9,8

¹ Buchungsergebnisse.

Zusammensetzung des Finanzierungssaldos



eingeführten Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung.

Die positive Entwicklung der Einnahmementwicklung setzte sich auch im Mai fort. Die Einnahmen des Bundes übertrafen das Ergebnis

des Vorjahreszeitraums mit 97,0 Mrd. € um 12,7 Mrd. € (+ 15,1%). Die Steuereinnahmen lagen um 19,6 % über dem Wert des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Diese Entwicklung beruhte wie bereits in den Vormonaten im Wesentlichen

Entwicklung der Bundesaussgaben nach Aufgabenbereichen

	Ist 2006	Soll 2007	Ist-Entwicklung Januar bis Mai 2007		Ist-Entwicklung Januar bis Mai 2006		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
Allgemeine Dienste	47 732	49 046	19 956	17,3	19 245	17,1	3,7
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	4 059	4 318	2 261	2,0	1 962	1,7	15,2
Verteidigung	27 795	28 222	11 294	9,8	10 848	9,6	4,1
Politische Führung, zentrale Verwaltung	7 620	7 627	3 319	2,9	3 423	3,0	- 3,0
Finanzverwaltung	3 151	3 383	1 157	1,0	1 142	1,0	1,3
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	12 047	13 249	4 470	3,9	4 209	3,7	6,2
Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	925	695	0	0,0	317	0,3	-100,0
BAföG	1 072	1 130	578	0,5	557	0,5	3,8
Forschung und Entwicklung	7 004	7 293	2 132	1,8	2 311	2,1	- 7,7
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	134 509	138 007	62 875	54,4	61 967	55,1	1,5
Sozialversicherung	74 431	75 745	36 806	31,8	36 291	32,3	1,4
Arbeitslosenversicherung	0	6 468	2 695	2,3	0	0,0	X
Grundsicherung für Arbeitsuchende	38 677	35 920	14 986	13,0	16 183	14,4	- 7,4
darunter: Arbeitslosengeld II	26 414	21 400	9 911	8,6	11 529	10,3	- 14,0
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	4 017	4 300	1 822	1,6	1 645	1,5	10,8
Wohngeld	956	1 000	216	0,2	253	0,2	- 14,6
Erziehungsgeld	2 801	1 940	1 070	0,9	1 185	1,1	- 9,7
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	2 798	2 574	1 152	1,0	1 250	1,1	- 7,8
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	897	926	279	0,2	299	0,3	- 6,7
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 488	2 005	584	0,5	492	0,4	18,7
Wohnungswesen	1 002	1 446	497	0,4	420	0,4	18,3
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 654	6 088	2 647	2,3	2 545	2,3	4,0
Regionale Förderungsmaßnahmen	1 123	742	261	0,2	212	0,2	23,1
Kohlenbergbau	1 562	1 823	1 662	1,4	1 582	1,4	5,1
Gewährleistungen	794	1 150	188	0,2	197	0,2	- 4,6
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	11 012	10 991	3 496	3,0	2 978	2,6	17,4
Straßen (ohne GVFG)	6 195	5 740	1 446	1,3	1 512	1,3	- 4,4
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	9 295	10 177	3 066	2,7	2 705	2,4	13,3
Bundeseisenbahnvermögen	5 361	5 421	1 934	1,7	1 959	1,7	- 1,3
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	3 409	3 488	1 012	0,9	606	0,5	67,0
Allgemeine Finanzwirtschaft	38 412	40 010	18 244	15,8	18 017	16,0	1,3
Zinsausgaben	37 469	39 278	17 845	15,4	17 674	15,7	1,0
Ausgaben zusammen	261 046	270 500	115 617	100,0	112 458	100,0	2,8

auf Mehreinnahmen bei den Steuern vom Umsatz und der Einkommensteuer. Die Verwaltungseinnahmen lagen mit 11,7 Mrd. € um 1,2 Mrd. € unter dem Ergebnis des Vorjahreszeitraums (– 9,3%). Dies war hauptsächlich durch nicht wiederholbare positive Einmaleffekte in 2006 begründet.

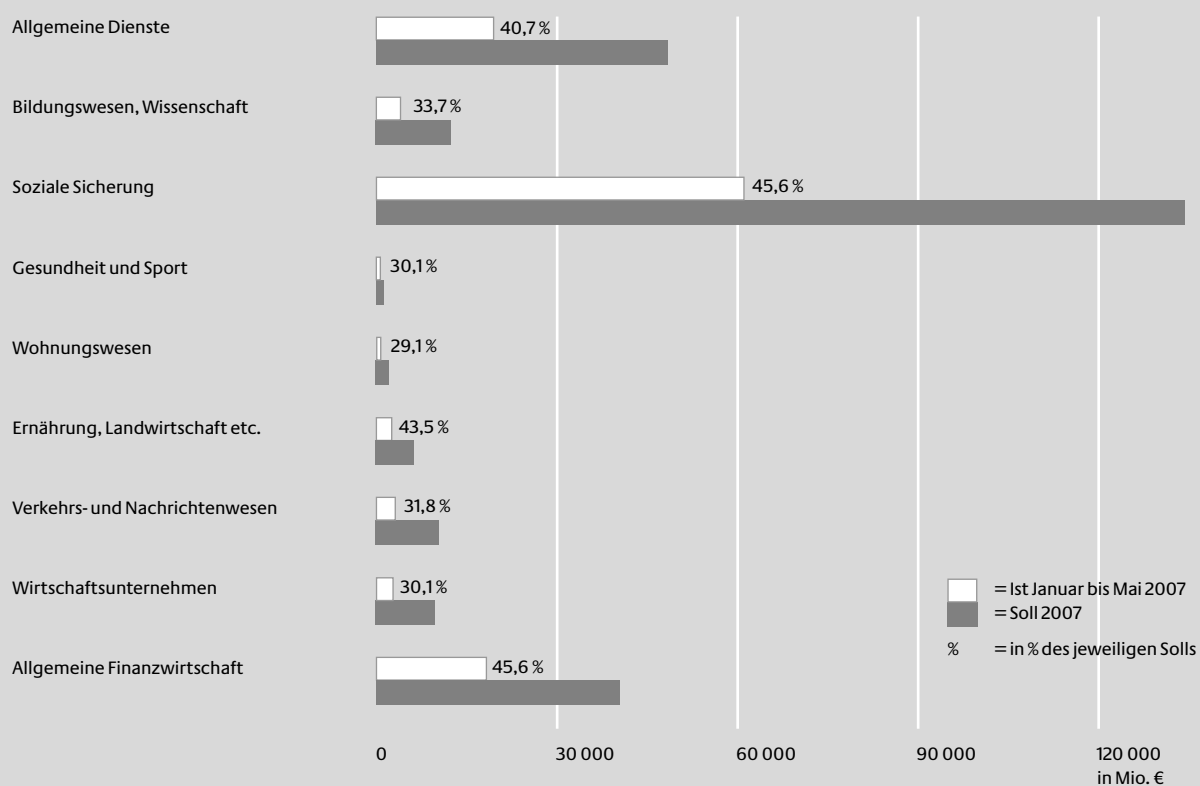
Der Finanzierungssaldo bis einschließlich Mai fiel gegenüber dem entsprechenden Zeit-

raum des Vorjahres mit – 18,6 Mrd. € deutlich geringer aus; dies ist das Resultat der günstigen Einnahmenentwicklung. Zwar lassen sich aus dem Monatsergebnis Mai 2007 noch keine belastbaren Rückschlüsse auf das endgültige Jahresergebnis ableiten, es ist jedoch davon auszugehen, dass die im Haushaltsplan 2007 vorgesehene Nettokreditaufnahme in Höhe von 19,6 Mrd. € unterschritten wird.

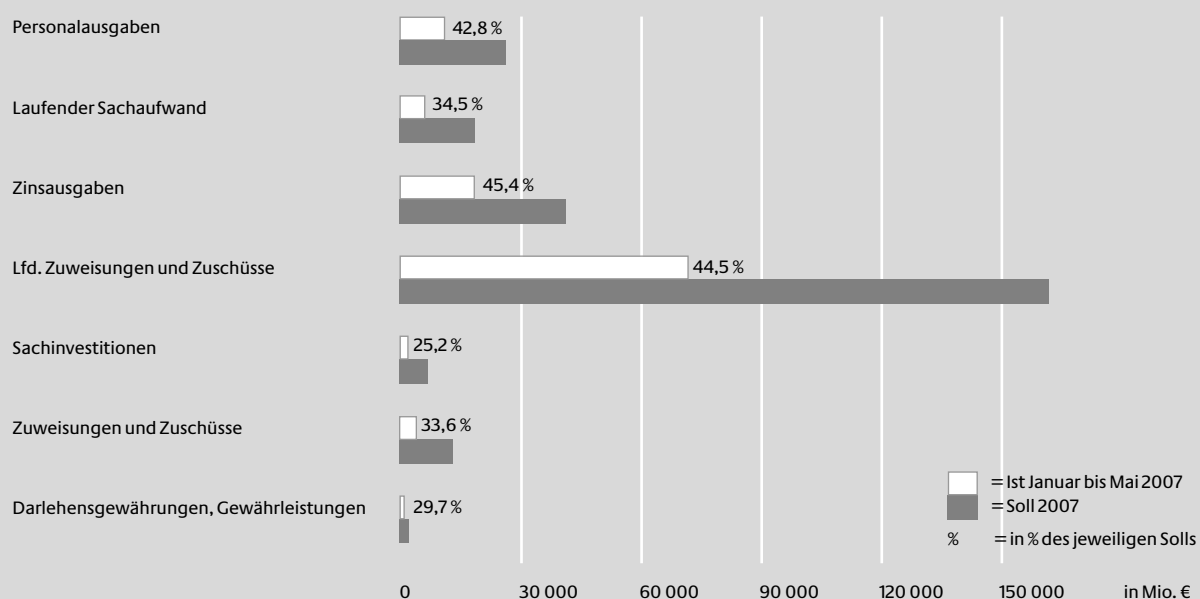
Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Ist 2006	Soll 2007	Ist-Entwicklung Januar bis Mai 2007		Ist-Entwicklung Januar bis Mai 2006		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
Konsumtive Ausgaben	238 330	247 040	107 948	93,4	106 147	94,4	1,7
Personalausgaben	26 110	26 204	11 227	9,7	11 226	10,0	0,0
Aktivbezüge	19 730	19 761	8 324	7,2	8 315	7,4	0,1
Versorgung	6 380	6 443	2 903	2,5	2 910	2,6	– 0,2
Laufender Sachaufwand	18 349	18 715	6 448	5,6	6 167	5,5	4,6
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 450	1 517	433	0,4	514	0,5	– 15,8
Militärische Beschaffungen	8 517	8 654	2 853	2,5	2 595	2,3	9,9
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 382	8 543	3 161	2,7	3 058	2,7	3,4
Zinsausgaben	37 469	39 278	17 845	15,4	17 674	15,7	1,0
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	156 016	162 467	72 262	62,5	70 903	63,0	1,9
an Verwaltungen	13 937	14 770	5 405	4,7	5 348	4,8	1,1
an andere Bereiche	142 079	147 697	66 979	57,9	65 669	58,4	2,0
darunter:							
Unternehmen	14 275	18 002	6 253	5,4	5 697	5,1	9,8
Renten, Unterstützungen u.a.	32 256	27 847	12 476	10,8	14 173	12,6	– 12,0
Sozialversicherungen	91 707	97 633	46 532	40,2	44 251	39,3	5,2
Sonstige Vermögensübertragungen	387	376	167	0,1	177	0,2	– 5,6
Investive Ausgaben	22 715	23 957	7 669	6,6	6 311	5,6	21,5
Finanzierungshilfen	15 603	17 096	5 942	5,1	4 639	4,1	28,1
Zuweisungen und Zuschüsse	12 916	13 674	4 589	4,0	3 425	3,0	34,0
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 109	2 778	824	0,7	768	0,7	7,3
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	578	644	529	0,5	446	0,4	18,6
Sachinvestitionen	7 112	6 860	1 727	1,5	1 672	1,5	3,3
Baumaßnahmen	5 634	5 326	1 359	1,2	1 272	1,1	6,8
Erwerb von beweglichen Sachen	943	1 029	252	0,2	242	0,2	4,1
Grunderwerb	536	505	116	0,1	157	0,1	– 26,1
Globalansätze	0	– 496	0		0		
Ausgaben insgesamt	261 046	270 500	115 617	100,0	112 458	100,0	2,8

Die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen/Hauptfunktionen Januar bis Mai 2007



Die Ausgaben des Bundes nach ausgewählten ökonomischen Arten Januar bis Mai 2007



Entwicklung der Einnahmen des Bundes

Einnahmeart	Ist 2006	Soll 2007	Ist-Entwicklung Januar bis Mai 2007		Ist-Entwicklung Januar bis Mai 2006		Verän- derung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
I. Steuern	203 903	220 530	85 241	87,9	71 301	84,6	19,6
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	159 693	175 627	69 074	71,2	57 276	68,0	20,6
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Zinsabschlag)	80 347	81 766	30 538	31,5	25 379	30,1	20,3
davon:							
Lohnsteuer	52 122	53 890	20 503	21,1	18 653	22,1	9,9
veranlagte Einkommensteuer	7 466	8 266	657	0,7	- 1 116	- 1,3	X
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	5 952	5 580	4 041	4,2	3 377	4,0	19,7
Zinsabschlag	3 359	3 610	2 525	2,6	1 841	2,2	37,2
Körperschaftsteuer	11 449	10 420	2 811	2,9	2 625	3,1	7,1
Steuern vom Umsatz	77 732	92 347	38 105	39,3	31 450	37,3	21,2
Gewerbesteuerumlage	1 614	1 514	431	0,4	447	0,5	- 3,6
Energiesteuer	39 916	40 521	10 680	11,0	11 070	13,1	- 3,5
Tabaksteuer	14 387	14 100	5 204	5,4	5 104	6,1	2,0
Solidaritätszuschlag	11 277	11 479	4 700	4,8	4 177	5,0	12,5
Versicherungsteuer	8 775	10 620	5 826	6,0	4 937	5,9	18,0
Stromsteuer	6 273	6 500	2 849	2,9	2 430	2,9	17,2
Branntweinabgaben	2 166	1 976	749	0,8	743	0,9	0,8
Kaffeesteuer	973	980	478	0,5	380	0,5	25,8
Ergänzungszuweisungen an Länder	- 14 689	- 14 632	- 3 706	- 3,8	- 3 701	- 4,4	0,1
BNE-Eigenmittel der EU	- 14 586	- 16 450	- 6 201	- 6,4	- 6 742	- 8,0	- 8,0
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	- 3 677	- 3 900	- 1 779	- 1,8	- 1 552	- 1,8	14,6
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	- 7 053	- 6 710	- 2 796	- 2,9	- 2 983	- 3,5	- 6,3
II. Sonstige Einnahmen	28 903	30 160	11 749	12,1	12 955	15,4	- 9,3
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	3 768	4 259	3 714	3,8	2 923	3,5	27,1
Zinseinnahmen	885	465	221	0,2	169	0,2	30,8
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	9 459	11 167	2 129	2,2	3 142	3,7	- 32,2
Einnahmen zusammen	232 806	250 690	96 991	100,0	84 256	100,0	15,1

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Mai 2007

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) übertrafen im Mai 2007 das Vorjahresergebnis um +10,3%. Damit hat sich die Erwartung einer leichten Abschwächung der bisherigen Dynamik bestätigt. Die Ursache dafür dürfte vor allem im Wegfall witterungsbedingter Sondereinflüsse bei Produktion und Beschäftigung und in dem zuletzt bei den Privaten Konsumausgaben verzeichneten Tief liegen.

Der stärkste Anstieg war mit +12,7 % bei den gemeinschaftlichen Steuern zu beobachten. Die Bundessteuern legten um +3,1 % zu, die Ländersteuern verbesserten sich um +2,6 %. In der kumulierten Betrachtung, d.h. in den ersten fünf Monaten des Jahres zusammengekommen, errechnet sich ein Anstieg von +14,2 %.

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach Bundesergänzungszuweisungen) übertrafen das Mai-Ergebnis des Vorjahres um +13,8 %. Kumuliert ergibt sich für den Bund derzeit eine Zuwachsrate von +19,0%.¹

Bei der Lohnsteuer setzte sich die positive Entwicklung mit einem Anstieg von jetzt +7,3 % fort. Mit dem Wegfall witterungsbedingter

Sondereinflüsse, die Produktion und Beschäftigung in den ersten Monaten des Jahres vor allem im Bau nach oben überzeichnet hatten, hat sich der Vorjahresabstand auch beim Steueraufkommen wie erwartet etwas vermindert.

Die Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer übertrafen das Ergebnis vom Mai 2006 um rund 0,5 Mrd. €. Das Kassenaufkommen aus der Körperschaftsteuer blieb dagegen um knapp 100 Mio. € hinter dem im gleichen Monat des Vorjahres erzielten Ergebnis zurück. Allerdings liegt es – was in einem Monat ohne Vorauszahlungstermin durchaus nicht selbstverständlich ist – noch leicht im positiven Bereich.

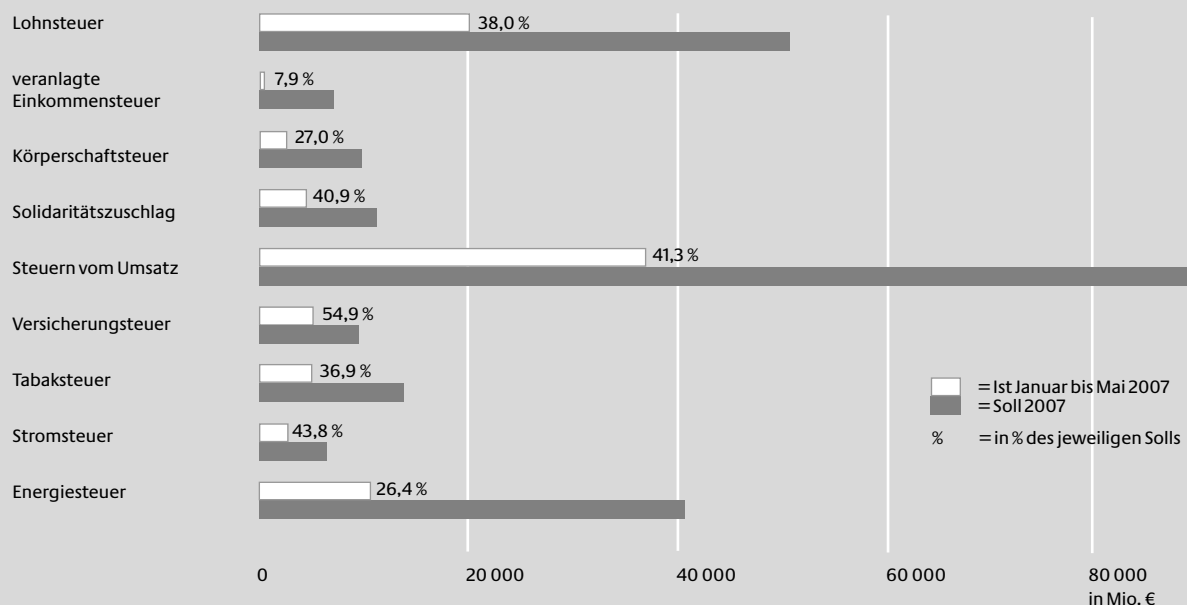
Bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag war ein Plus von +4,7 % zu verzeichnen. Mit diesem moderaten Anstieg hat sich das heftige Auf und Ab der Vormonate nun etwas beruhigt.

Beim Zinsabschlag (+32,9 %) sind die Zuwächse nach wie vor sehr kräftig, auch wenn sich die Dynamik verglichen mit dem April – als Sondereffekte in einem Bundesland die Entwicklung prägten – leicht abgeschwächt hat. Ursächlich für den Aufkommenszuwachs dürfte neben der gestiegenen Durchschnittsverzinsung die Kürzung des Sparer-Freibetrages sein.

Der Vorjahresabstand bei den Steuern vom Umsatz (+15,1 %) hat sich im Mai weiter verringert.

¹ Abweichung zu Tabelle „Einnahmen des Bundes“ ist methodisch bedingt (vgl. Fußnote 1, S. 18).

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach ausgewählten Arten) Januar bis Mai 2007



Das ist keine Überraschung, weil sich im erzielten Kassenaufkommen neben der Anhebung des Mehrwertsteuersatzes mit einer gewissen Verzögerung nun auch die Konsumschwäche des 1. Quartals niederschlägt, die ihrerseits ein Reflex auf vorgezogene Käufe vor allem langlebiger Gebrauchsgüter in das Jahr 2006 hinein war.

Die reinen Bundessteuern nahmen um + 3,1 % zu. Die Zuwächse bei der Versicherungsteuer (+ 13,1 %) und beim Solidaritätszuschlag (+ 8,0 %) bewegen sich nach wie vor in einer aus der Steuersatzanhebung bei der Versicherungsteuer bzw. der Veränderung der Bemessungsgrundlagen beim Solidaritätszuschlag erklärbaren Größenordnung.

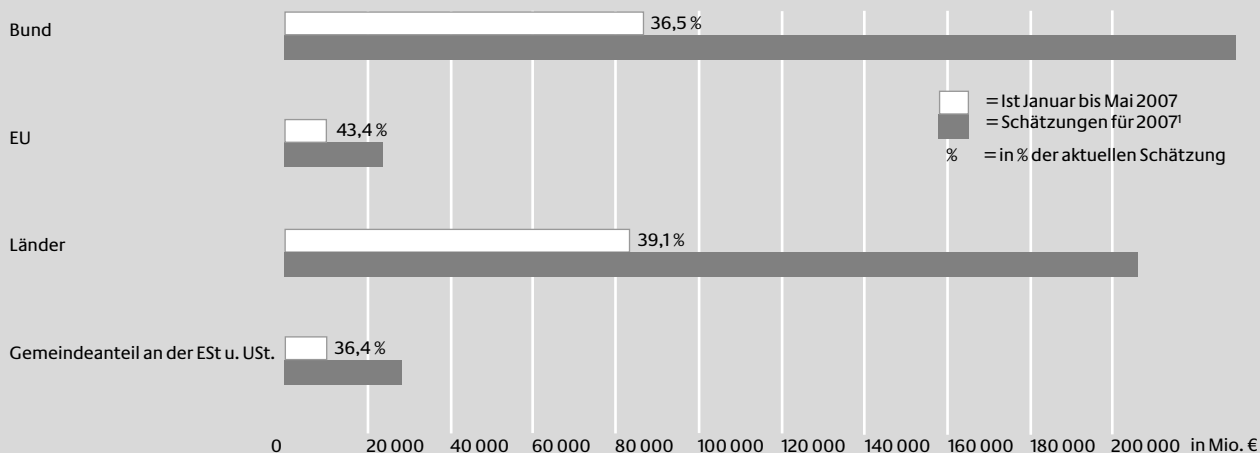
Bei der Energiesteuer kam es im Mai erneut zu einem – wenn auch schwächeren – Minus. Sowohl bei der Steuer auf Heizöl als auch auf Erdgas waren Rückgänge zu verzeichnen. Neben der gleichmäßigeren Verteilung der Steuerzahlungen im Laufe

des Jahres, die beim Erdgas den Vorjahresvergleich prägt, dürfte dafür eine schwächere Entwicklung bei der mengenmäßige Nachfrage nach Heizöl ausschlaggebend gewesen sein.

Bei der Tabaksteuer (+ 2,5 %) und bei der Branntweinsteuer (+ 0,6 %) scheint der infolge von Vorzieheffekten während der letzten Monate des Jahres beobachtete Rückschlag überwunden.

Der Zuwachs von + 2,6 % bei den reinen Ländersteuern speist sich aus divergierenden Entwicklungen der Einnahmen aus einzelnen Steuerarten. Die stärkste Zunahme wird nach wie vor bei der Grunderwerbsteuer ausgewiesen (+ 20,7 %). Ein positives Vorzeichen tragen auch die für die Erbschaftsteuer (+ 9,4 %) und die Biersteuer (+ 18,7 %) errechneten Veränderungsdaten, während das Aufkommen aus der Rennwett- und Lotteriesteuer (– 12,3 %) sowie der Kraftfahrzeugsteuer (– 8,4 %) rückläufig war.

Steueraufkommen ohne Gemeindesteuern Januar bis Mai 2007



¹ Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ (Mai 2007).

Entwicklung der Steuereinnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts im laufenden Jahr ohne Gemeindesteuern (vorläufige Ergebnisse)¹

2007	Mai	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis Mai	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2007 ⁴	Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	10 651	7,3	51 550	8,3	131 350	7,1
veranlagte Einkommensteuer	136	X	1 547	X	22 150	26,1
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	3 406	4,7	8 082	19,4	12 590	5,8
Zinsabschlag	748	32,9	5 740	37,0	9 240	21,1
Körperschaftsteuer	1	- 99,3	5 623	5,8	23 600	3,1
Steuern vom Umsatz	14 684	15,1	69 723	16,7	172 600	17,7
Gewerbesteuerumlage	335	6,7	1 026	- 4,3	3 694	- 3,8
erhöhte Gewerbesteuerumlage	209	5,2	815	- 3,4	2 970	- 6,5
Gemeinschaftliche Steuern insgesamt	30 170	12,7	144 105	17,3	378 194	12,5
Bundessteuern						
Energiesteuer	3 313	- 3,4	10 680	- 3,5	40 000	0,2
Tabaksteuer	1 068	2,5	5 204	1,9	14 500	0,8
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	187	0,6	748	1,1	1 970	- 8,8
Versicherungsteuer	716	13,1	5 826	18,0	10 480	19,4
Stromsteuer	593	35,5	2 849	17,3	6 450	2,8
Solidaritätszuschlag	931	8,0	4 700	12,5	12 100	7,3
übrige Bundessteuern	113	- 10,9	643	17,7	1 482	4,0
Bundessteuern insgesamt	6 922	3,1	30 650	5,7	86 982	3,3
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	346	9,4	1 833	9,2	4 066	8,1
Grunderwerbsteuer	538	20,7	2 908	13,3	6 330	3,3
Kraftfahrzeugsteuer	736	- 8,4	4 122	- 2,4	8 800	- 1,5
Rennwett- und Lotteriesteuer	134	- 12,3	684	- 9,3	1 695	- 4,5
Biersteuer	77	18,7	299	2,7	773	- 0,8
sonstige Ländersteuern	21	- 2,4	203	- 8,9	343	- 1,8
Ländersteuern insgesamt	1 853	2,6	10 049	3,2	22 007	1,3
EU-Eigenmittel						
Zölle	315	5,1	1 629	5,4	4 200	8,3
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	181	- 8,4	1 779	14,6	3 900	6,1
BNE-Eigenmittel	783	- 18,5	6 201	- 8,0	14 050	- 3,7
EU-Eigenmittel insgesamt	1 280	- 12,3	9 609	- 2,3	22 150	0,0
Bund³	18 961	13,8	84 212	19,0	230 528	13,0
Länder³	17 018	8,4	82 559	11,4	211 110	8,3
EU	1 280	- 12,3	9 609	- 2,3	22 150	0,0
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	2 002	13,1	10 052	18,4	27 596	10,4
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	39 261	10,3	186 432	14,2	491 384	10,1

¹ Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

² Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundeszentralamt für Steuern.

³ Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle „Einnahmen des Bundes“ ist methodisch bedingt (vgl. Fn. 1).

⁴ Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ vom Mai 2007.

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Europäische Finanzmärkte

Die Renditen der europäischen Staatsanleihen sind im Mai weiter gestiegen. Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe, die Ende April bei 4,20 % lag, notierte Ende Mai bei 4,38 %. Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am EURIBOR – erhöhten sich von 4,02 % Ende April auf 4,12 % Ende Mai. Die Europäische Zentralbank hat am 6. Juni 2007 beschlossen, die Leitzinsen um 25 Basispunkte anzuheben. Mit Wirkung vom 13. Juni 2007 liegt der Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte bei 4,00 %, der Zinssatz für die Einlage-

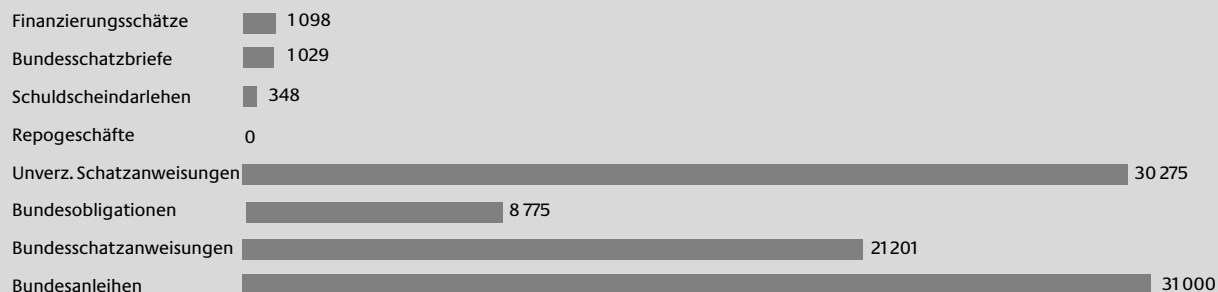
fazilität bei 3,00 % und für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 5,00 %.

Die europäischen Aktienmärkte konnten im Mai weiter zulegen; der Deutsche Aktienindex stieg von 7409 auf 7883 Punkte, der 50 Spitzenwerte des Euroraums umfassende Euro Stoxx 50 von 4392 auf 4513 Punkte (Monatsendstände).

Monetäre Entwicklung

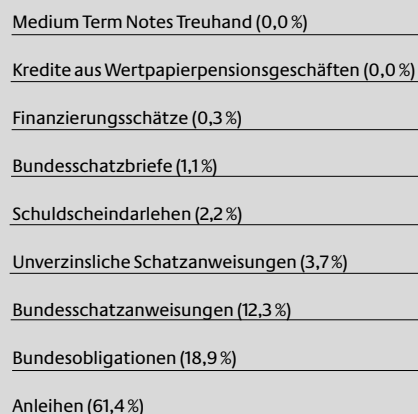
Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 im Euro-Währungsgebiet verringerte sich im April auf 10,4 % (nach 10,9 % im Vormonat). Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresraten von M3 für

Kreditaufnahme des Bundes bis Mai 2007 in Mio. €¹



¹ Bruttoemissionen ohne Rückhaltequote und Aufbau von Eigenbeständen.

Kreditmarktmittel des Bundes per 31. Mai 2007



Kreditmarktmittel des Bundes einschl. der Eigenbestände: 949,2 Mrd. €

den Zeitraum Februar bis April 2007 stieg auf 10,4 %, verglichen mit 10,2 % des vorangegangenen Dreimonatszeitraumes (Referenzwert: 4,5 %).

Das jährliche Wachstum der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum belief sich auf 10,7 % und war damit gegenüber dem Vormonat unverändert. Die unverändert kräftige Ausweitung der Geldmenge und der Kreditvergabe spiegelt das moderate Zinsniveau sowie die konjunkturelle Belebung im Euroraum wider. In Deutschland sank die vorgenannte Kreditwachstumsrate von 2,7 % im März auf 2,2 % im April.

Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes

Die Bruttokreditaufnahme des Bundes 2007 betrug bis einschließlich Mai 93,7 Mrd. €. Davon wurden 88,4 Mrd. € im Rahmen des angekündigten Emissionskalenders umgesetzt. Darüber

hinaus wurde erstmals im Tenderverfahren eine Aufstockung der 1,5%igen inflationsindexierten Anleihe des Bundes – ISIN DE0001030500 WKN 101 050 – um 2 Mrd. € auf 11 Mrd. € vorgenommen. Die Anleihe wird am 15. April 2016 fällig. Ferner erfolgte die übrige Kreditaufnahme durch Marktpflegeoperationen, Schuldscheindarlehen sowie Verkäufe im Privatkundengeschäft des Bundes.

Gegenüber dem Stand per 31. Dezember 2006 haben sich die Kreditmarktmittel des Bundes bis zum 31. Mai 2007 um 1,0 % auf 949,2 Mrd. € erhöht.

Der Bund beabsichtigt, im 2. Quartal 2007 zur Finanzierung des Bundeshaushalts die in der Tabelle „Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2007“ dargestellten Emissionen im Gesamtbetrag von ca. 49 Mrd. € zu begeben.

Änderungen des Emissionskalenders können sich je nach Liquiditätsslage des Bundes oder der Kapitalmarktsituation ergeben.

Tilgungen und Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen im 2. Quartal 2007 (in Mrd. €)

Tilgungen

Kreditart	April	Mai	Juni	Gesamtsumme 2. Quartal
Anleihen (Bund und Sondervermögen)	–	–	–	–
Bundesobligationen	–	–	–	–
Bundesschatzanweisungen	–	–	13,0	13,0
Unverzinsliche Schatzanweisungen	5,9	5,9	5,9	17,7
Bundesschatzbriefe	0,2	0,4	0,1	0,7
Finanzierungsschätze	0,2	0,3	0,2	0,7
Fundierungsschuldverschreibungen	–	–	–	–
MTN der Treuhandanstalt	–	–	–	–
Schuldscheindarlehen (Bund und Sondervermögen)	0,4	0,0	0,2	0,6
Gesamtes Tilgungsvolumen Bund und Sondervermögen	6,7	6,6	19,4	32,7

Zinszahlungen

	April	Mai	Juni	Gesamtsumme 2. Quartal
Zinszahlungen	2,6	0,1	1,3	4,1

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Die Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen (Entschädigungsfonds und ERP) belaufen sich im 2. Quartal 2007 auf rund 32,7 Mrd. €. Die Zinszahlungen des Bundes und

seiner Sondervermögen (Entschädigungsfonds und ERP) belaufen sich im 2. Quartal 2007 auf rund 4,1 Mrd. €.

Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2007

Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137172 WKN 113 717	Aufstockung	18. April 2007	2 Jahre fällig 13. März 2009 Zinslaufbeginn: 13. März 2007 erster Zinstermin: 13. März 2008	7 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141505 WKN 114 150	Aufstockung	2. Mai 2007	5 Jahre fällig 13. April 2012 Zinslaufbeginn: 30. März 2007 erster Zinstermin: 13. April 2008	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135333 WKN 113 533	Neuemission	23. Mai 2007	10 Jahre fällig 4. Juli 2017 Zinslaufbeginn: 25. Mai 2007 erster Zinstermin: 4. Juli 2008	7 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137180 WKN 113 718	Neuemission	13. Juni 2007	2 Jahre fällig 12. Juni 2009 Zinslaufbeginn: 12. Juni 2007 erster Zinstermin: 12. Juni 2008	ca. 7 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141505 WKN 114 150	Aufstockung	20. Juni 2007	5 Jahre fällig 13. April 2012 Zinslaufbeginn: 30. März 2007 erster Zinstermin: 13. April 2008	ca. 5 Mrd. €
2. Quartal 2007 insgesamt				ca. 31 Mrd. €

Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115038 WKN 111 503	Neuemission	16. April 2007	6 Monate fällig 17. Oktober 2007	6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115046 WKN 111 504	Neuemission	14. Mai 2007	6 Monate fällig 14. November 2007	6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115053 WKN 111 505	Neuemission	11. Juni 2007	6 Monate fällig 12. Dezember 2007	ca. 6 Mrd. €
2. Quartal 2007 insgesamt				ca. 18 Mrd. €

¹ Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Die Indikatoren sprechen insgesamt für eine Fortsetzung des konjunkturellen Aufschwungs.
- Die wirtschaftlichen Aktivitäten wurden durch die Umsatzsteuersatzanhebung weit weniger belastet als angenommen.
- Der Außenhandel bleibt ein wichtiges Standbein der Konjunktur.
- Der außenwirtschaftliche Funke ist auf die Binnenkonjunktur übergesprungen.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem kräftigen Aufschwung. Die Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes zum Bruttoinlandsprodukt im 1. Quartal zeigen, dass die wirtschaftlichen Aktivitäten zu Jahresbeginn durch die Umsatzsteuersatzanhebung weit weniger belastet wurden als ursprünglich angenommen. Das Bruttoinlandsprodukt stieg kalender- und saisonbereinigt im 1. Vierteljahr um real 0,5 % gegenüber dem Vorquartal an. Hierzu trugen vor allem Ausrüstungs- und Bauinvestitionen bei. Dagegen war der private Konsum insbesondere durch die Umsatzsteuersatzanhebung rückläufig.

Am aktuellen Rand (im April) ist die Industrieproduktion zurückgegangen. Dieser Rückgang ist aus konjunkturanalytischer Sicht schwer zu bewerten, denn hierzu trugen auch Produktionsausfälle infolge der Inanspruchnahme von Brückentagen vor dem 1. Mai bei. Außerdem sollte in den Blick genommen werden, dass kurzfristige Schwankungen monatlicher Konjunkturindikatoren nicht ungewöhnlich sind und nicht voreilig als konjunktureller Wendepunkt interpretiert werden dürfen. Die günstige Auftragslage in der Industrie spricht für eine weiterhin deutlich aufwärts gerichtete industrielle Erzeugung, die die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts im laufenden Quartal begünstigen dürfte. Die meisten Konjunkturindikatoren zeigen nach wie vor eine positive Grundtendenz. Die Stimmung in den Unternehmen ist ausgesprochen gut und auch die Verbraucher scheinen die Auswirkungen der Umsatzsteuersatzanhebung überwunden zu haben. Hierzu trägt wesentlich die günstige Entwicklung auf dem

Arbeitsmarkt bei, die sich bis zuletzt fortgesetzt hat.

Die wirtschaftliche Dynamik und der Beschäftigungsaufbau schlagen sich deutlich in steigenden Steuereinnahmen nieder. So setzte sich die positive Entwicklung der Lohnsteuer mit einem Anstieg um 7,3 % gegenüber dem Vorjahr fort. Auch die Steuern vom Umsatz legten merklich zu (+ 15,1 %), allerdings etwas weniger stark als in den drei Monaten zuvor. Hier könnte sich mit einer gewissen Verzögerung die Konsumschwäche des 1. Quartals niedergeschlagen haben.

Die Binnennachfrage wird immer mehr zur treibenden Kraft der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung. Aber auch von der Außenwirtschaft werden weiterhin positive Impulse erwartet. So haben die Warenexporte (nominal) im April das Vormonatsergebnis wieder übertroffen, nachdem sie im März deutlich zurückgegangen waren (saisonbereinigt + 0,9 % gegenüber dem Vormonat, nach – 1,5 % im März). Im Zweimonatsdurchschnitt blieben die Exporte nahezu unverändert. Im Dreimonatsvergleich gab es jedoch ein Plus (+ 0,8 %). Die Ausfuhren sind in der längerfristigen Tendenz wieder aufwärts gerichtet. Dennoch hat sich die Dynamik abgeschwächt, was insbesondere auch auf die seit Februar anhaltende Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar zurückzuführen sein dürfte. Im Durchschnitt der Monate Januar bis April stiegen die Ausfuhren um 11,6 % gegenüber dem Vorjahr an. Nach Ländergruppen erhöhten sich die Exporte in EU-Länder überdurchschnittlich (+ 13,7 %). Die Ausfuhren in Drittländer (+ 7,8 %) haben im Vergleich dazu deutlich weniger

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Gesamtwirtschaft/ Einkommen	2006 Mrd. €	ggü. Vorj. %	Veränderung in % gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			3. Q.06	4.Q.06	1.Q.07	3. Q.06	4.Q.06	1.Q.07
Bruttoinlandsprodukt								
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	2 188	+ 2,8	+ 0,8	+ 1,0	+ 0,5	+ 2,7	+ 3,7	+ 3,3
jeweilige Preise	2 309	+ 3,0	+ 1,1	+ 1,0	+ 2,4	+ 3,1	+ 3,9	+ 5,6
Einkommen								
Volkseinkommen	1 747	+ 4,3	+ 1,3	+ 1,0	+ 2,1	+ 4,2	+ 5,4	+ 4,2
Arbeitnehmerentgelte	1 146	+ 1,5	+ 0,3	- 0,0	+ 1,6	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,8
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	601	+ 10,1	+ 3,2	+ 3,1	+ 3,0	+ 8,2	+ 13,8	+ 6,7
Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 487	+ 1,9	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,5	+ 1,4	+ 2,2	+ 1,8
Bruttolöhne und -gehälter	925	+ 1,5	+ 0,3	+ 0,0	+ 1,8	+ 2,1	+ 2,0	+ 3,1
Sparen der privaten Haushalte	160	+ 1,7	- 1,4	+ 0,3	+ 8,4	+ 0,8	+ 0,5	+ 6,9
Außenhandel/ Umsätze/ Produktion/ Auftragseingänge	2006 Mrd. € bzw. Index	ggü. Vorj. %	Veränderung in % gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
					Zwei- monats- durch- schnitt			Zwei- monats- durch- schnitt
			Mär 07	Apr 07		Mär 07	Apr 07	
in jeweiligen Preisen								
Umsätze im Bauhauptgewerbe (Mrd. €)	81	+ 9,2	- 6,5	.	- 5,0	+ 17,5	.	+ 19,9
Außenhandel (Mrd. €)								
Waren-Exporte	894	+ 13,7	- 1,5	+ 0,9	- 0,1	+ 9,2	+ 13,1	+ 11,1
Waren-Importe	731	+ 16,5	- 3,2	+ 0,8	- 0,9	+ 4,3	+ 8,9	+ 6,5
in konstanten Preisen von 2000								
Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2000 = 100)¹	109,8	+ 5,9	+ 0,2	- 2,3	- 0,8	+ 8,0	+ 3,7	+ 5,8
Industrie ²	113,1	+ 6,4	+ 0,6	- 2,4	- 0,3	+ 8,9	+ 5,1	+ 7,0
Bauhauptgewerbe	81,0	+ 6,5	- 7,4	- 2,9	- 8,3	+ 21,1	+ 0,5	+ 10,0
Umsätze im Produzierenden Gewerbe¹								
Industrie (Index 2000 = 100) ²	114,3	+ 7,2	+ 1,2	- 2,9	- 0,0	+ 9,7	+ 5,0	+ 7,3
Inland	102,5	+ 4,9	+ 1,1	- 3,3	+ 0,0	+ 8,6	+ 3,5	+ 6,0
Ausland	133,3	+ 10,2	+ 1,2	- 2,3	- 0,1	+ 11,2	+ 6,8	+ 9,0
Auftragseingang (Index 2000 = 100)¹								
Industrie ²	119,0	+ 9,5	+ 1,1	- 1,2	+ 2,6	+ 12,3	+ 7,9	+ 10,1
Inland	105,5	+ 7,4	+ 1,9	- 1,5	+ 1,6	+ 10,8	+ 7,4	+ 9,1
Ausland	135,8	+ 11,6	+ 0,3	- 0,7	+ 3,6	+ 13,7	+ 8,6	+ 11,1
Bauhauptgewerbe	74,6	+ 2,9	+ 4,2	.	+ 1,0	+ 7,7	.	+ 5,6
Umsätze im Handel (Index 2003 = 100)³								
Einzelhandel								
(mit Kfz. und Tankstellen)	103,7	+ 0,5	+ 0,9	+ 0,5	+ 2,6	- 1,3	- 2,1	- 1,7
Großhandel (ohne Kfz.)	109,8	+ 3,2	+ 1,3	- 1,4	+ 0,1	+ 1,1	+ 3,0	+ 1,9
Arbeitsmarkt	2006 Personen Mio.	ggü. Vorj. %	Veränderung in Tsd. gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			Mär 07	Apr 07	Mai 07	Mär 07	Apr 07	Mai 07
Erwerbstätige, Inland	39,09	+ 0,7	+ 51	+ 13	.	+ 601	+ 539	.
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	4,49	- 7,7	- 50	- 8	+ 3	- 869	- 824	- 732
Preisindizes	2006 Index	ggü. Vorj. %	Veränderung in % gegenüber					
			Vorperiode			Vorjahr		
			Mär 07	Apr 07	Mai 07	Mär 07	Apr 07	Mai 07
2000 = 100								
Importpreise	101,4	+ 4,3	+ 0,6	+ 0,9	.	+ 0,9	+ 0,5	.
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	110,7	+ 4,6	+ 0,3	+ 0,1	.	+ 2,5	+ 1,6	.
Verbraucherpreise	108,3	+ 2,0	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,2	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,9
ifo-Geschäftsklima	saisonbereinigte Salden							
Gewerbliche Wirtschaft								
	Okt 06	Nov 06	Dez 06	Jan 07	Feb 07	Mär 07	Apr 07	Mai 07
Klima	+ 9,9	+ 12,9	+ 16,5	+ 14,9	+ 13,2	+ 14,6	+ 16,4	+ 16,3
Geschäftslage	+ 19,4	+ 23,4	+ 26,1	+ 21,1	+ 18,8	+ 20,5	+ 21,9	+ 20,7
Geschäftserwartungen	+ 0,8	+ 2,8	+ 7,4	+ 8,9	+ 7,6	+ 8,8	+ 11,0	+ 12,0

¹Veränderungen gegenüber Vorjahr aus saisonbereinigten Zahlen berechnet. ² Ohne Energie. ³ Änderung des Berichtsfirmenkreises 2007 und 2006; aber: Spalte 2006 ohne Neuzugangsstichprobe zur Gewährleistung der Vergleichbarkeit gegenüber 2005.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut.

zugelegt. Hier könnte sich u. a. die konjunkturelle Abschwächung in den USA im 1. Quartal bemerkbar gemacht haben. So ging kumuliert von Januar bis März im Vergleich zum Vorjahr (aktuellere Daten liegen dazu noch nicht vor) der Wert der Exporte in die USA, zu unserem zweitgrößten Handelspartner (Anteil ca. 8 %), um 4,9 % zurück. Allerdings legten Ausfuhren in südostasiatische Schwellenländer sowie Japan und Russland, die zusammen etwa den gleichen Anteil an unseren Exporten haben, kräftig zu (+ 14,9 %). Für den weiteren Jahresverlauf sind die Aussichten auf eine Fortsetzung der positiven Entwicklung der Exporte günstig: Das Wachstum in den Ländern des Euroraums ist weiterhin robust, die asiatischen Schwellenländer entwickeln sich nach wie vor ausgesprochen lebhaft, und auch für die USA wird im 2. Quartal mit einem Wiederanstieg des Wirtschaftswachstums gerechnet. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit ist nach wie vor hoch, obgleich sie zuletzt wechsellkursbedingt etwas nachgelassen hat. Auch die Erwartungen der deutschen Unternehmen an gute Exportgeschäfte waren im April und Mai wieder angestiegen (ifo-Export-erwartungen). Die Auslandsaufträge (März/April saisonbereinigt + 3,6 % gegenüber der Vorperiode) sind in allen drei Gütergruppen merklich aufwärts gerichtet, besonders deutlich im Investitionsgüterbereich (+ 4,1 %). Aber auch die Auslandsbestellungen von Konsumgütern (+ 2,1 %) und Vorleistungsgütern (+ 3,0 %) nahmen spürbar zu.

Die Warenimporte (nominal) stiegen im April ebenfalls an (saisonbereinigt + 0,8 % gegenüber dem Vormonat, nach – 3,2 % im März). Im Zweimonatsdurchschnitt kam es allerdings noch zu einer Abnahme (– 0,9 % gegenüber der Vorperiode), während der Dreimonatsdurchschnitt eine kräftige Aufwärtsbewegung zeigt (+ 2,6 %). Der Zuwachs im März/April gegenüber dem entsprechenden Vorjahresniveau belief sich auf 6,5 %. Die anhaltende kräftige Inlandsnachfrage, insbesondere von Investitions- und Konsumgütern, spricht dafür, dass auch die Warenimporte sich weiterhin positiv entwickeln dürften.

Der Außenhandel bleibt damit ein wichtiges Standbein der deutschen Konjunktur und dürfte die Binnenwirtschaft weiter beleben. Zwar ist die industrielle Erzeugung sowohl im April (saison-

bereinigt – 2,4 % gegenüber dem Vormonat, nach + 0,6 % im März) als auch im Zweimonatsdurchschnitt (– 0,3 % gegenüber der entsprechenden Vorperiode) zurückgegangen. Jedoch sind kurzfristige Schwankungen der monatlichen Indikatoren nicht ungewöhnlich und sollten daher nicht überbewertet werden. Im Dreimonatsvergleich war weiterhin eine Ausweitung der Industrieproduktion zu verzeichnen (+ 1,1 %). Der Rückgang der industriellen Erzeugung im März/April resultierte aus der Verringerung der Herstellung von Investitions- und Vorleistungsgütern (– 0,9 % und – 0,5 %). Die Produktion von Konsumgütern legte dagegen merklich zu (+ 1,5 %).

Die Produktion im Bauhauptgewerbe wurde im April weiter zurückgefahren (saisonbereinigt – 2,9 % nach – 7,4 % im März). Im Zweimonatsdurchschnitt und im Dreimonatsvergleich kam es zu einem spürbarem Rückgang (– 8,3 % und – 2,5 %). Das Vorjahresniveau wurde aber weiterhin deutlich überschritten (saisonbereinigt + 10,0 % und + 13,0 %). Die Verminderung der Erzeugung in der Industrie und im Baubereich im Verlauf könnte mit Produktionsausfällen infolge des Brückentages am Ende des Monats (30. April) im Zusammenhang stehen. Hinzu kommt, dass insbesondere die Bauproduktion in den Wintermonaten auch aufgrund der ungewöhnlich milden Witterung deutlich ausgeweitet worden war, so dass nun die sonst übliche Frühjahrsbelebung ausfällt. Außerdem dürfte sich hier die rückläufige Entwicklungstendenz im Wohnungsbau infolge der Umsatzsteuersatzanhebung bemerkbar gemacht haben.

Die Inlandsumsätze in der Industrie blieben im Zweimonatsdurchschnitt unverändert. Dies war auf einen Anstieg der Inlandsumsätze von Investitionsgüterproduzenten (+ 1,1 %) sowie von Konsumgüterherstellern (+ 0,2 %) bei gleichzeitigem Rückgang des Vorleistungsgüterumsatzes zurückzuführen (– 1,0 %). Im Auslandsgeschäft gab es leichte Umsatzeinbußen (– 0,1 %). Diese kamen aus dem Nicht-Euroraum (– 0,8 %), während Umsätze im Euroraum sich etwas verbesserten (+ 0,5 %). Insgesamt knüpfen die Aprildaten von Produktion und Umsätzen in der Industrie vom Niveau her an die guten Ergebnisse des 4. Quartals 2006 an.

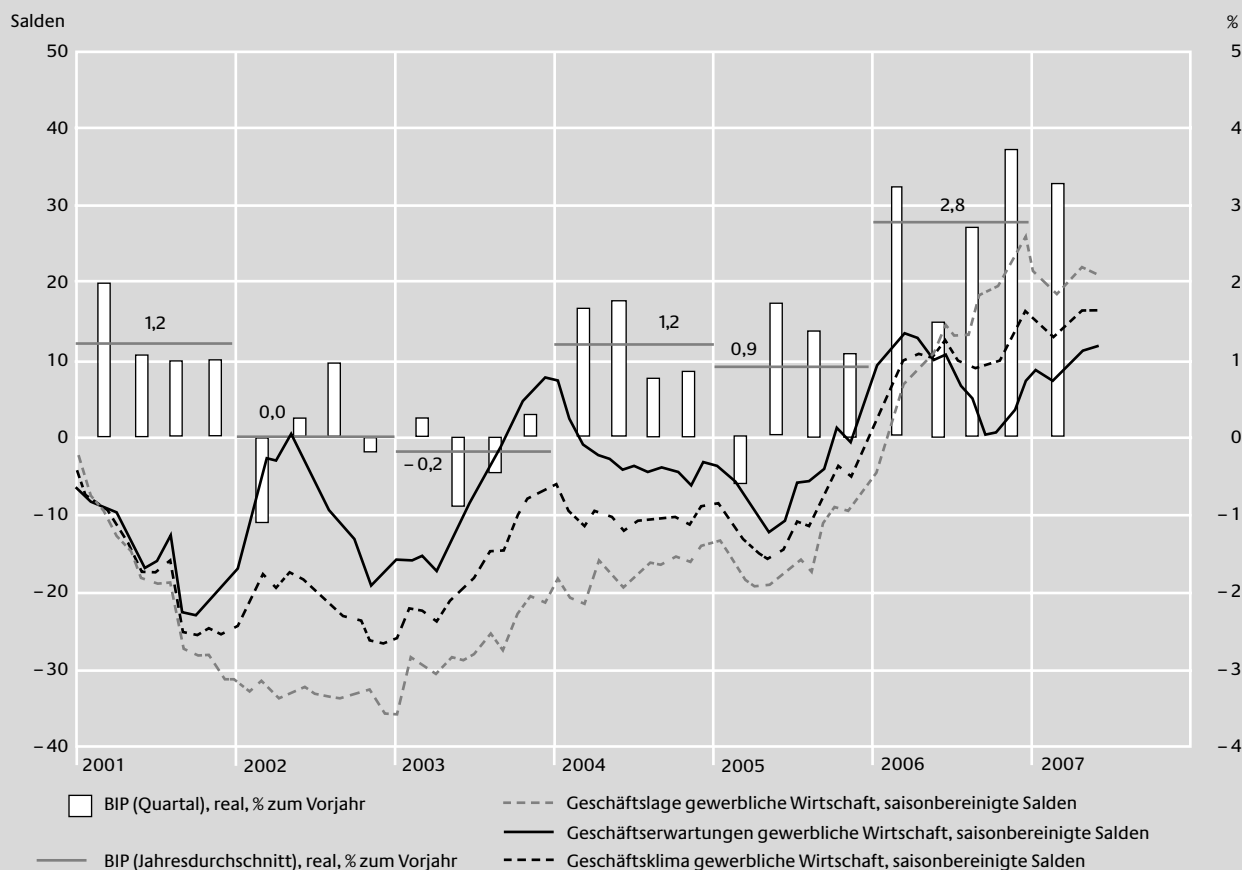
Die Nachfrage ist weiter intakt. Der Auftrags- eingang in der Industrie war im April, so wie in

den vergangenen Monaten, von einem überdurchschnittlich großen Umfang an Großaufträgen geprägt. Zwar sind die Aufträge im April ebenfalls zurückgegangen (saisonbereinigt – 1,2 % nach + 1,1 % im März gegenüber dem Vormonat), dennoch gab es im Zweimonatsdurchschnitt weiterhin einen spürbaren Anstieg (+ 2,6 %), der aus dem Ausland (+ 3,6 %) stärker als aus dem Inland (+ 1,6 %) war. Die treibende Kraft waren nach wie vor Investitionen (Ausland: + 4,1 %, Inland: + 2,5 %). Aber auch für die anderen Gütergruppen gingen mehr Aufträge ein, insbesondere im Konsumgüterbereich (Ausland: + 2,1 %, Inland: + 1,0 %). Angesichts des nach wie vor deutlichen Aufwärtstrends der Auftragseingänge, insbesondere von Investitionen, sind die Aussichten für eine Ausweitung der Produktion in den nächsten Monaten weiterhin günstig, so dass mit anhaltend kräftigen Impulsen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung gerechnet werden kann. Dafür sprechen auch die Stimmungsindikatoren: Die Geschäftserwartungen in der gewerblichen Wirtschaft sind leicht und im

Verarbeitenden Gewerbe spürbar angestiegen. Die Frühsommerumfrage des DIHK zeigte, dass die Erwartungen der Unternehmen für die nächsten zwölf Monate so zuversichtlich sind wie seit der Vereinigung nicht mehr. Die Baugenehmigungen für Fabrik- und Werkstattgebäude (+ 49,3 %) waren im 1. Quartal 2007 rasant angestiegen im Vergleich zum Vorjahresquartal. Dies spricht zum einen für eine hohe Kapazitätsauslastung und zum anderen dafür, dass die Unternehmen mit einem weiteren Wirtschaftswachstum rechnen.

Obleich sich Lage und Erwartungen des ifo-Geschäftsklimaindex im Einzelhandel zuletzt abschwächten, befindet er sich immer noch auf einem relativ hohen Niveau. Dies deutet zusammen mit den aufwärts gerichteten Einzelhandelsumsätzen auf Erholungstendenzen beim privaten Konsum, der angesichts der Umsatzsteuersatzanhebung im 1. Quartal deutlich zurückgegangen war (– 1,4 %). Der reale Einzelhandelsumsatz (einschließlich Kfz-Handel und Tankstellen) stieg im April zum dritten Mal in Folge an (saisonbereinigt

BIP-Wachstum und ifo-Geschäftsklima



+ 0,5 % gegenüber dem Vormonat). Im Zweimonatsdurchschnitt gab es einen Zuwachs um 2,6 %. Auch der zunehmende Optimismus der Verbraucher, der sich insbesondere im erwarteten weiteren Anstieg des GfK-Konsumklimaindex für Juni zeigt, dürfte sich in einer zunehmenden Konsumbereitschaft niederschlagen. Hinzu kommt eine verbesserte Einkommenssituation der privaten Haushalte durch weitere Lohnsteigerung in diesem Jahr, wodurch weitere positive Impulse für den privaten Konsum folgen könnten.

Ob es zu einer wirklichen Belebung des privaten Konsums kommt, hängt jedoch wesentlich von der Entwicklung am Arbeitsmarkt ab. Denn die Verbraucher wissen, dass ihre finanziellen Möglichkeiten, Anschaffungen zu tätigen, sich dann verbessern dürften, wenn es einen nachhaltigen Anstieg der Beschäftigung und damit des Einkommens gibt. Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich bis in den Mai hinein kontinuierlich verbessert, wenn auch zuletzt mit vermindertem Tempo. Die Arbeitslosigkeit ist im Mai im Vergleich zum Vormonat saisonbereinigt leicht um 3 000 Arbeitslose angestiegen, die saisonbereinigte Arbeitslosenquote blieb mit 9,2 % auf dem Niveau des Vormonats. Dies könnte damit erklärt werden, dass angesichts der milden Witterung vergleichsweise wenig Beschäftigungsabbau erfolgte und somit der im Saisonbereinigungsverfahren angelegte Abbau der Winterarbeitslosigkeit in diesem Frühjahr so nicht stattfand. Der Sondereffekt „milde Witterungsverhältnisse“ kann im Saisonbereinigungsverfahren nur zum Teil berücksichtigt werden. Nach Ursprungszahlen waren im Mai 3,81 Mio. Personen arbeitslos gemeldet, 732 000 weniger als vor einem Jahr. Die Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland nahm im April saisonbereinigt um 13 000 Personen gegenüber dem Vormonat zu. Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen um 539 000 Personen. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist im März gegenüber dem Vormonat weiter angestiegen (nach ersten Hochrechnungen saisonbereinigt ca. + 34 000). Das Vorjahresniveau wurde merklich überschritten (ca. + 618 000). Ein Zuwachs wurde in allen Bundesländern verzeichnet, am stärksten in Brandenburg (+ 4,2 %) und Sachsen (+ 4,0 %). Auch in fast allen Branchen zeigten sich Beschäfti-

gungszuwächse. Insgesamt betrachtet hält die Belebung auf dem Arbeitsmarkt an, die Beschäftigungszunahme stützt die Konjunktur und verstärkt durch die damit verbundenen Einkommensverbesserungen deren Eigendynamik.

Auch die weitere Preisentwicklung beeinflusst die Kaufkraft der Verbraucher und ist für deren Konsumausgaben maßgeblich. Der Verbraucherpreisindex ist im Mai um 1,9 % gegenüber dem Vorjahr und um 0,2 % gegenüber dem Vormonat angestiegen. Damit hat sich der Preisauftrieb in Deutschland auch im Mai nicht beschleunigt. Wesentlichen Anteil am Preisanstieg im Vorjahresvergleich haben höhere Preise für Alkohol und Tabakwaren (+ 3,9 %) sowie Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke (+ 1,8 %). Auch steigende Kosten für Haushaltsenergie (Strom: + 6,1 %, Gas: + 3,1 % und Fernwärme: + 3,7 %) sorgten für Preisdruck. Wie in den Vormonaten waren dagegen Heizöl (– 10 %), Unterhaltungselektronik (– 8,8 %) und Personalcomputer (– 26,8 %) deutlich günstiger als ein Jahr zuvor zu haben. Dies wirkte dem Preisanstieg entgegen. So hätte die Teuerungsrate ohne Heizöl und Kraftstoffe bei 2,1 % gelegen. Im Monatsvergleich zogen vor allem die Benzin- und Dieselpreise an (+ 1,9 %). Auch Urlaub wurde saisonbedingt spürbar teurer. Wegen mehrerer Feiertage im Mai stiegen die Preise für Pauschalreisen (+ 5,7 %) und Beherbergungsdienstleistungen (+ 4,2 %).

Der Importpreisindex ist im April um 0,5 % gegenüber dem Vorjahr und um 0,9 % gegenüber dem Vormonat angestiegen. Die anhaltende Verteuerung der Nicht-Eisen-Metalle und von deren Halbzeug (+ 16,2 %) ist nach wie vor die wesentliche Ursache für den Anstieg der Einfuhrpreise im Vorjahresvergleich. Die Importpreise für Energieprodukte (– 7,5 %) wirkten dagegen dämpfend. Rohöl wurde um 9,1 % und Mineralölerzeugnisse wurden um 8,9 % billiger. Ohne Erdöl und Mineralölerzeugnisse betrug die Jahresteuerrate 1,8 %. Im Vormonatsvergleich verteuerten sich allerdings Erdöl (+ 7,2 %) und Mineralölerzeugnisse (+ 6,3 %) weiter. Erdgasimporte wurden dagegen billiger (– 5,7 %).

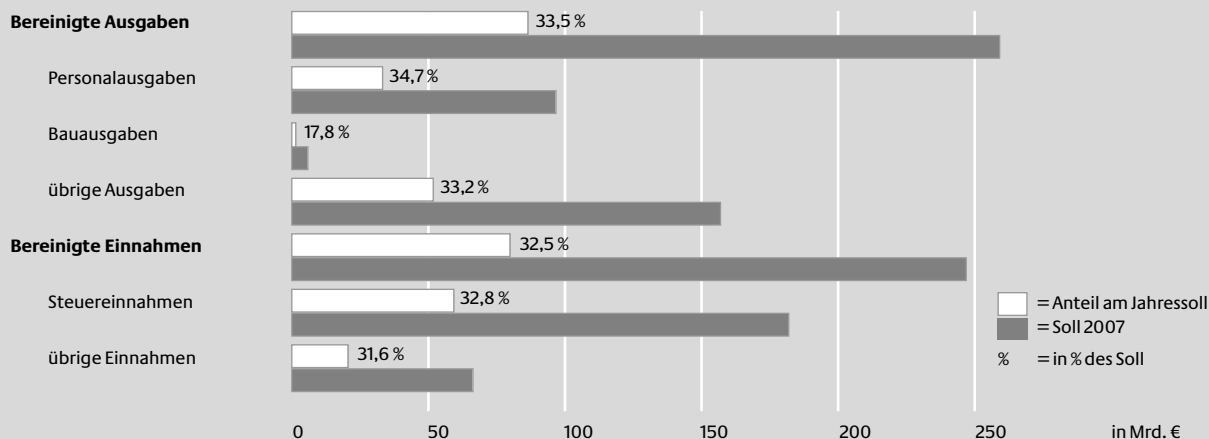
Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2007

Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder für Januar bis einschließlich April 2007 vor.

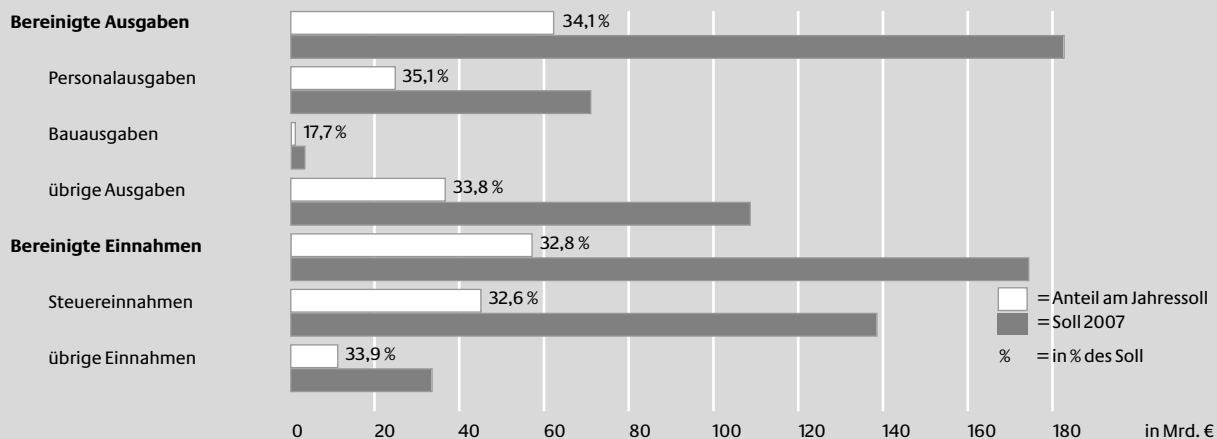
Das Finanzierungsdefizit der Länder von Januar bis April 2007 liegt mit knapp – 7,7 Mrd. € um fast 5 Mrd. € niedriger als im entsprechenden

Vorjahreszeitraum. Allerdings besitzt die Haushaltsentwicklung der Länder auch nach den ersten vier Monaten des Jahres nur eine begrenzte Aussagekraft für den tatsächlichen Haushaltsverlauf bis zum Jahresende, so dass auf eine weitergehende Bewertung verzichtet wird.

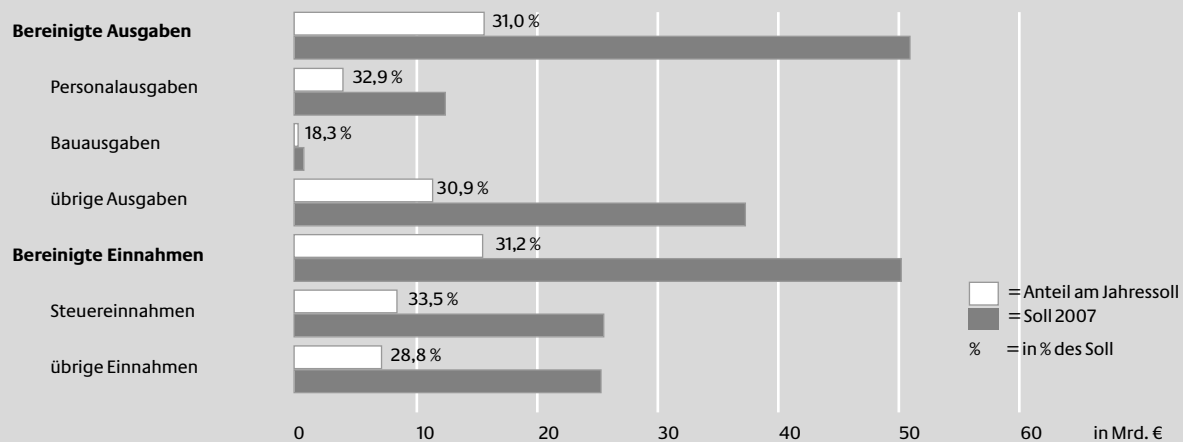
Länder insgesamt



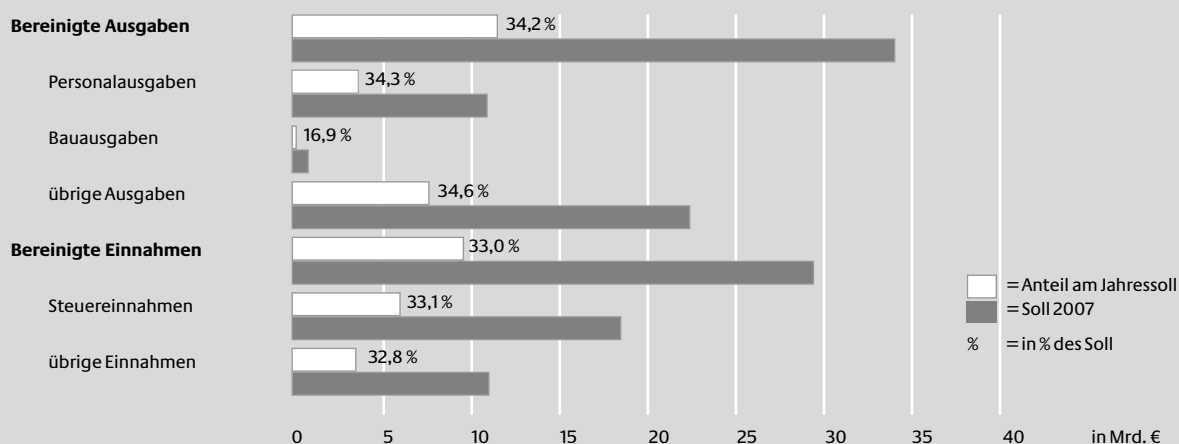
Flächenländer West



Flächenländer Ost



Stadtstaaten



Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Rückblick auf das informelle ECOFIN-Ministertreffen
am 4./5. Juni 2007 in Brüssel

Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes

Der ECOFIN-Rat hat auf Empfehlung der Kommission die Defizitverfahren gegen Deutschland, Griechenland und Malta eingestellt. Kommissar Almunia erläuterte, dass die übermäßigen Defizite in den drei Staaten korrigiert worden seien und der Referenzwert von 3 % des Bruttoinlandsprodukts voraussichtlich auch in den Jahren 2007 und 2008 eingehalten werde. Mithin hätten die Staaten die Nachhaltigkeit der Konsolidierung belegt. Im Hinblick auf Deutschland unterstrich Kommissar Almunia, dass der Abbau der Neuverschuldung bereits ein Jahr vor der vom Rat gesetzten Frist erreicht wurde. Für das Jahr 2008 forderte er die Bundesregierung gleichwohl zu fortgesetzter Konsolidierung auf. Staatssekretär Dr. Mirow betonte, dass die Erfolge beim Abbau der Neuverschuldung im Wesentlichen durch eine Begrenzung der Staatsausgaben erzielt worden seien.

Konvergenzberichte von Kommission und Europäischer Zentralbank

Am 16. Mai haben Europäische Zentralbank (EZB) und Kommission die von Malta und Zypern beantragten Berichte zur Prüfung der Konvergenz bekannt gegeben. Bei der ECOFIN-Ratsitzung am 5. Juni stellten beide Institutionen ihre Konvergenzberichte erläuternd dar. Sowohl für Zypern als auch für Malta wird darin der hohe Grad an dauerhaft erreichter Konvergenz festgestellt. Auf dieser Grundlage hat die Kommission die Euroeinführung in Malta und Zypern zum 1. Januar 2008 empfohlen. Der ECOFIN-Rat führte eine erste Debatte zur möglichen Euroeinführung. Dabei teilte er die Einschätzungen zur Konvergenz und begrüßte die Empfehlung der Kommission. Der Vorsitzende des ECOFIN-Rates, Bundesminister Steinbrück, wird die Staats- und

Regierungschefs der Union über die Ergebnisse der Debatte schriftlich unterrichten, die hierzu am 21. Juni 2007 eine Aussprache haben werden. Der ECOFIN wird dann voraussichtlich am 10. Juli eine endgültige Entscheidung über die Einführung des Euro in Malta und Zypern fällen.

Qualität der öffentlichen Finanzen

Der Rat hat Schlussfolgerungen zur „Qualität der öffentlichen Finanzen“ angenommen. Im Kern der Aussprache ging es um die Frage, wie die Effizienz der öffentlichen Ausgaben und Einnahmen erhöht werden könne. Effizienzverbesserungen würden einen Beitrag leisten, die mit der Lissabon-Strategie angestrebten Ziele zu erlangen. Die Schlussfolgerungen weisen auf die Bedeutung von Haushaltsregeln und -institutionen für die Gestaltung der öffentlichen Haushalte hin und fordern Eurostat und die nationalen statistischen Ämter auf, sich verstärkt um die Bereitstellung funktional gegliederter Budgetdaten zu bemühen. Die auf Deutschland folgenden Präsidentschaften Portugal und Slowenien sicherten dem Rat zu, die Arbeiten unter ihrem Vorsitz fortzuführen.

Steuern

Bekämpfung des Steuerbetrugs

Bei der Bekämpfung des Steuerbetrugs konnten bei der letzten ECOFIN-Sitzung unter deutschem Vorsitz deutliche Fortschritte erzielt werden. Der Rat einigte sich einvernehmlich auf Schlussfolgerungen, in denen der Kommission konkrete Aufträge erteilt werden: So wird die Kommission dazu aufgefordert, bis Ende 2007 erste Rechtsetzungsvorschläge im Bereich sogenannter konventioneller Maßnahmen vorzulegen. Diese Maßnahmen, etwa zur Beschleunigung des Informationsaustauschs über innergemeinschaftliche Lieferungen zwischen den Steuerpflichtigen und der Verwaltung bzw. zwischen

den Steuerverwaltungen, zielen darauf ab, im gegenwärtigen Erhebungssystem der Umsatzsteuer die Betrugsfälle einzudämmen. Sie sollen bis Ende 2008 vom Rat verabschiedet werden. Hinsichtlich des generellen Reverse-Charge-Verfahrens wird der Kommission ein detaillierter Prüfauftrag erteilt, der bis spätestens Ende 2007 abzuarbeiten ist. Hier geht es um die Effekte einer derartigen Option auf den Binnenmarkt. Die Kommission soll im Rahmen dieser Prüfung auch die Möglichkeit eines zeitlich befristeten Pilotprojekts in einem interessierten Mitgliedstaat klären. Kommissar Kovács stellte in Aussicht, für den Fall eines positiven Ergebnisses der Machbarkeitsstudie einen Vorschlag zur Durchführung eines Pilotprojektes vorzulegen, der von den Mitgliedstaaten einstimmig angenommen werden muss. Schließlich sollen auch die Folgen einer Besteuerung innergemeinschaftlicher Lieferungen einer Analyse zugeführt werden.



Mehrwertsteuer-Paket

Auch im Dossier Mehrwertsteuer-Paket brachte die deutsche Präsidentschaft Fortschritte. Der Rat konnte sich nach intensiven Diskussionen auf Schlussfolgerungen verständigen, in denen wesentliche Kernelemente des Mehrwertsteuer-Pakets politisch vereinbart werden. Hinsichtlich der Regelungen zum Ort der Dienstleistung konnte weitgehend Einvernehmen erzielt werden; einzelne Regelungen waren aber nicht konsensfähig (Telekommunikations-, Rundfunk- und Fernseh- sowie elektronische Dienstleistungen von EU-Unternehmern an Private in der EU, Abgabe bestimmter Dienstleistungen auf Schiffen, Vermietung von Schiffen). Bei der einzigen Anlaufstelle zur Erledigung von steuerli-

chen Verpflichtungen für grenzüberschreitend tätige Unternehmen einigte sich der Rat auf das Modell des kleinen One-Stop-Shops. Ferner gelang es, eine Einigung über Verfahren der Umsatzsteuervergütung für in anderen EU-Mitgliedstaaten ansässige Unternehmer herbeizuführen. Auch auf Maßnahmen im Bereich der Verwaltungszusammenarbeit konnten sich die Ratsmitglieder einigen. Portugal, das ab dem 1. Juli 2007 für ein halbes Jahr den Vorsitz in der EU innehat, wurde eingeladen, vor der formalen Verabschiedung des Pakets Lösungen zu den noch streitigen Ortsregelungen und zur Verbesserung der Kontrolle zu erarbeiten, ohne übermäßige zusätzliche Verwaltungslasten zu erzeugen. Der Rat bekräftigte seine Absicht, das Gesamtpaket bis Ende 2007 zu verabschieden, damit die Regelungen spätestens ab dem 1. Januar 2010 in Kraft treten können.

Gemeinsame Konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage

In der Orientierungsaussprache zur Gemeinsamen Konsolidierten Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (GKKB) erläuterte der zuständige Kommissar Kovács den Fortschrittsbericht zu den laufenden Arbeiten. Er bestätigte, dass die Kommission im nächsten Jahr einen Legislativvorschlag vorlegen will. In der kurzen Aussprache zeigte sich ein unverändert gemischtes Meinungsbild.

Bericht der Gruppe Verhaltenskodex (Unternehmensbesteuerung)

Zum Ende der Präsidentschaft hat die hochrangige Gruppe „Verhaltenskodex (Unternehmensbesteuerung)“ turnusgemäß ihren Bericht vorgestellt. In den vorbereiteten Schlussfolgerungen war vorgesehen, den Arbeitsauftrag der Gruppe innerhalb des bestehenden Mandats zu erweitern. In dieser Frage konnte keine Einigung herbeigeführt werden, da einige Mitgliedstaaten eine mögliche Zustimmung zum erweiterten Arbeitsprogramm von der Klärung bestimmter Verfahrensfragen abhängig machen wollen. In Steuerfragen bedarf es im Rat der Einstimmigkeit. Trotz intensiver Befassungen kam es nicht zur Verabschiedung von Schlussfolgerungen. Der Rat nahm den Bericht zu Kenntnis.

Gemeinsames EU-Verrechnungspreisforum

Ohne Aussprache verabschiedete der Rat Schlussfolgerungen zu Leitlinien für das Verrechnungspreisforum. Darin wird die Arbeit des Forums begrüßt und die Verpflichtung der Mitgliedstaaten festgestellt, den Leitlinien Folge zu leisten und sie so weit wie möglich in ihrer nationalen Verwaltungspraxis umzusetzen. Außerdem hieß der Rat die Entscheidung

der Kommission gut, das Mandat der Gruppe um zwei Jahre zu verlängern und regelmäßig über deren Arbeit zu berichten.

Ergänzende Informationen zur Ratstagung finden Sie auf der Internetseite des Ratssekretariats. Die Seite ist über folgenden Link erreichbar:

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ecofin/94524.pdf

Termine

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

- 21./22. Juni 2007 – Europäischer Rat in Brüssel
- 9./10. Juli 2007 – Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2008

- 20. Juni 2007 – Finanzplanungsrat
- Ende Juni 2007 – Zuleitung an Kabinett
- 4. Juli 2007 – Kabinettsbeschluss
- 10. August 2007 – Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
- 11. bis 14. September 2007 – 1. Lesung Bundestag
- 21. September 2007 – 1. Beratung Bundesrat
- 19. September bis
- 14. November 2007 – Beratungen im Haushaltsausschuss
- 6. bis 7. November 2007 – Steuerschätzung
- 15. November 2007 – Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss
- 27. bis 30. November 2007 – 2./3. Lesung Bundestag
- 20. Dezember 2007 – 2. Beratung Bundesrat
- Ende Dezember 2007 – Verkündung im Bundesgesetzblatt

Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe		Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
2007	Juli	Juni 2007	19. Juli 2007
	August	Juli 2007	22. August 2007
	September	August 2007	20. September 2007
	Oktober	September 2007	19. Oktober 2007
	November	Oktober 2007	22. November 2007
	Dezember	November 2007	20. Dezember 2007

Publikationen des BMF

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen
Referat Bürgerangelegenheiten
11016 Berlin
buergerreferat@bmf.bund.de
www.bundesfinanzministerium.de

Zentraler Bestellservice:
telefonisch: 0 18 05 / 77 80 90 (0,12 €/Minute)
per Telefax: 0 18 05 / 77 80 94 (0,12 €/Minute)

Internet: <http://www.bundesfinanzministerium.de> oder
<http://www.bmf.bund.de>





Analysen und Berichte

Entlassung Deutschlands aus dem Defizitverfahren	37
Vergleich der Konjunkturzyklen in Deutschland: Ist der aktuelle Aufschwung anders?	43
Rückblick auf das G 8-Finanzministertreffen am 18. und 19. Mai 2007 in Potsdam	57
Bericht zur Internationalen Steuerkonferenz über eine Gemeinsame Konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage, 15. und 16. Mai 2007 im Bundesministerium der Finanzen	61
Steuerliche Behandlung von staatlichen Zahlungen zur Investitionsförderung in den Mitgliedstaaten der EU-25	67
Die Jahresbilanz der deutschen Zollverwaltung für das Jahr 2006	75

Entlassung Deutschlands aus dem Defizitverfahren

– Konsolidierung auf der Ausgabenseite leistet wesentlichen Beitrag –

1	Wesentliche Konsolidierungserfolge auf der Ausgabenseite	37
2	Entwicklung der öffentlichen Ausgaben im Einzelnen	38
3	Fazit	42

- Am 5. Juni 2007 ist das Defizitverfahren gegenüber Deutschland beendet worden.
- Die EU-Kommission bescheinigt Deutschland eine glaubwürdige und nachhaltige Konsolidierung.
- Wesentlich waren Konsolidierungserfolge auf der Ausgabenseite.

1 Wesentliche Konsolidierungserfolge auf der Ausgabenseite

Am 5. Juni 2007 ist Deutschland aus dem im Januar 2003 eröffneten Defizitverfahren entlassen worden. In ihrer Empfehlung an den Europäischen Rat konstatiert die Europäische Kommission, dass die Entwicklung der Haushaltssalden in Deutschland auf eine glaubwürdige und nachhaltige Konsolidierung schließen lasse. Die erfolgreiche Rückführung des Defizits wird dabei als Bestätigung der wirtschafts- und finanzpolitischen Strategie der Bundesregierung gewertet.

In der deutschen Haushaltspolitik zeigen sich zurzeit deutliche Erfolge. Im vergangenen Jahr sank das gesamtstaatliche Defizit in Abgrenzung des Maastrichter Vertrages in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt auf 1,7 %. Das Statistische Bundesamt hat diesen von Deutschland im April an die Kommission gemeldeten Wert für das Jahr 2006 inzwischen auf 1,6 % korrigiert. Nach den Prognosen der Europäischen Kommission wird das gesamtstaatliche Defizit weiter sinken – in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt auf 0,6 % in diesem und 0,3 % im kommenden Jahr. Diese Konsolidie-

rungserfolge werden – vor allem auch nach der jüngsten Steuerschätzung im Mai – vorrangig den steigenden Steuereinnahmen zugeschrieben. Eine nähere Analyse der Ausgaben- und Einnahmenentwicklung in Deutschland zeigt jedoch, dass seit Beginn des Defizitverfahrens im Jahr 2003 die wesentlichen Konsolidierungsbeiträge auf der Ausgabenseite geleistet worden sind.

2 Entwicklung der öffentlichen Ausgaben im Einzelnen

a) Staatsquote seit 2003 um drei Prozentpunkte gesunken

Im Gefolge der Vereinigung hatte die Staatsquote, also die gesamtstaatlichen Ausgaben in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt, Mitte der 90er Jahre einen Höchstwert von über 49 % erreicht und verharrte dann über Jahre auf einem hohen Niveau. Seit dem Jahr 2003 ist es dank einer restriktiven Ausgabenlinie gelungen, sie systematisch zu senken. Innerhalb von nur vier Jahren nahm sie um drei Prozentpunkte ab, von 48,5 % auf 45,6 % im vergangenen Jahr (vgl. Abbildung 1). Während das nominale Bruttoinlandsprodukt in diesen vier Jahren um durchschnittlich 1,9 % gestiegen ist, nahmen die öffentlichen Ausgaben jahresdurchschnittlich lediglich um 0,6 % zu. Der Zuwachs der nominalen Staatsausgaben blieb damit deutlich hinter dem des nominalen Bruttoinlandsprodukts zurück.

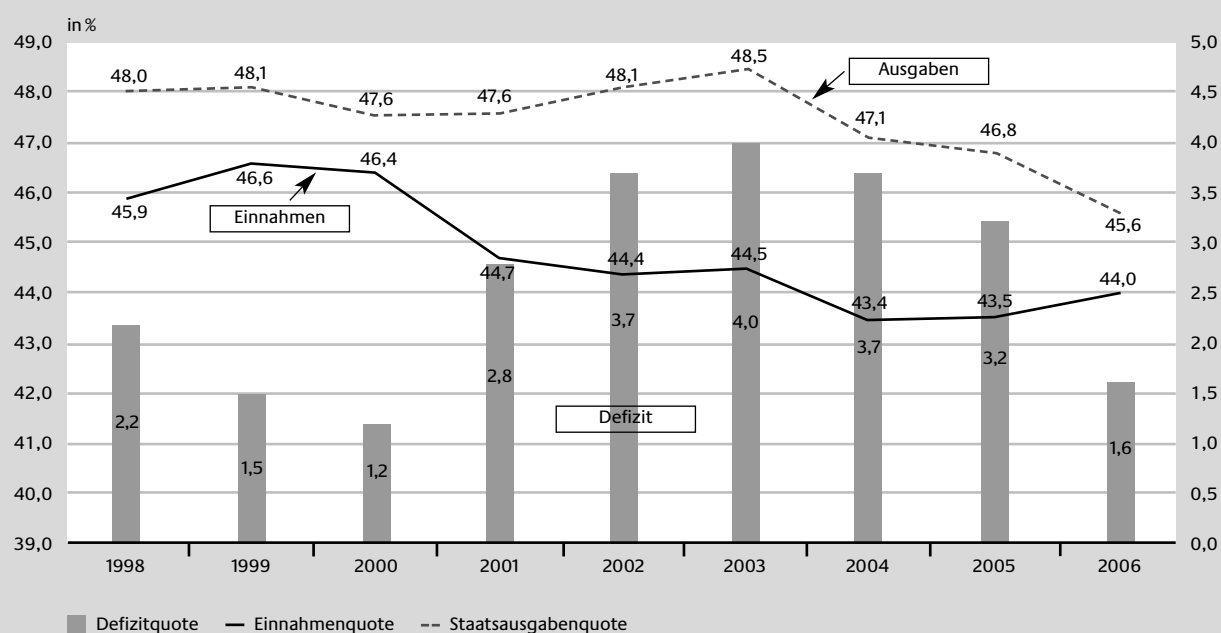
Mit den auf der Ausgabenseite erzielten Konsolidierungserfolgen hätte es bereits im Jahr 2004 gelingen können, das übermäßige Defizit abzubauen – wenn nicht gleichzeitig die Einnahmenquote um einen Prozentpunkt gesunken wäre; gegenüber dem Vorjahr nahmen die Staatseinnahmen im Jahr 2004 um 0,4 % ab.

b) Erfolge der deutschen Haushaltspolitik im internationalen Vergleich besonders deutlich

Die in der deutschen Haushaltspolitik erreichten Fortschritte werden vor allem dann deutlich, wenn die Entwicklung der Staatsquote im internationalen Umfeld betrachtet wird. Hier zeigt sich, dass Deutschland als einziges großes Land in der Europäischen Union eine erfolgreiche Konsolidierung über die Ausgabenseite vorzuweisen hat.

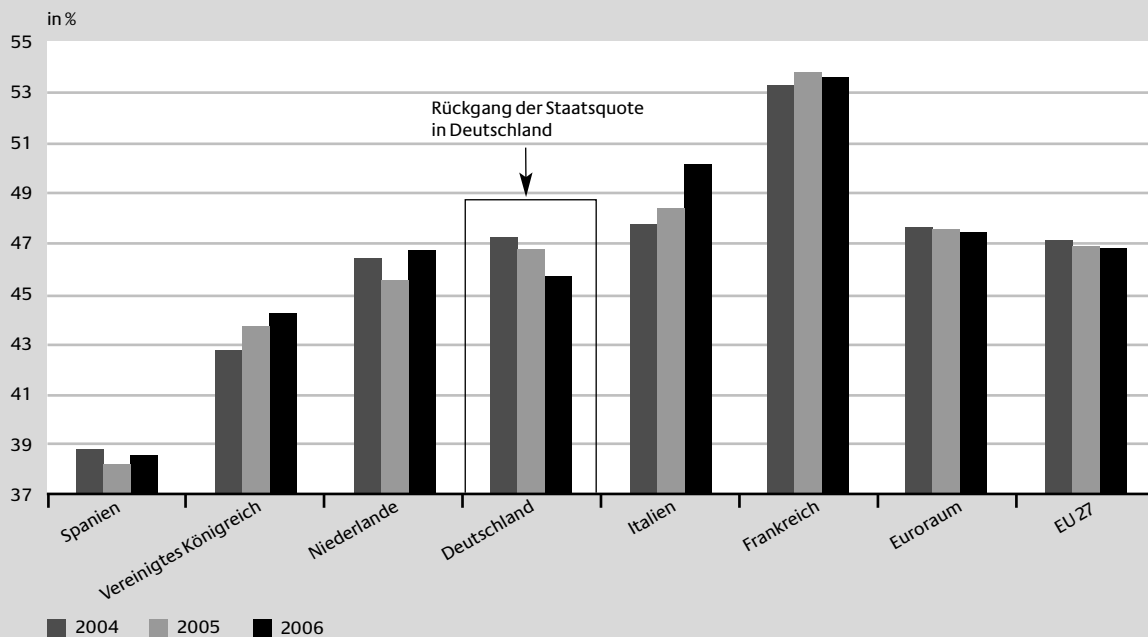
Die Abbildung 2 (siehe S. 39) zeigt die Entwicklung in ausgewählten europäischen Ländern in den vergangenen Jahren. Während die Staatsquote in diesem Zeitraum in Deutschland spürbar und stetig gesunken ist, stagnierte sie in

Abbildung 1: Staatsausgaben, -einnahmen und -defizit in Deutschland¹
– in % des nominalen BIP –



¹ In Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; im Jahr 2000 bereinigt um die Erlöse aus den UMTS-Verkäufen.
Quelle: Statistisches Bundesamt.

Abbildung 2: Staatsquote im europäischen Vergleich¹
– in % des BIP –



¹ In Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.
Quelle: Europäische Kommission.

Frankreich; in Großbritannien legte sie um 1 ½ Prozentpunkte und in Italien gar um 2 ½ Prozentpunkte zu. In den Jahren 2001 bis 2006 nahmen die Staatsausgaben in Deutschland mit jahresdurchschnittlich 0,9 % zu – und damit deutlich langsamer als das nominale Bruttoinlandsprodukt, das jahresdurchschnittlich mit 1,8 % stieg. Im Vereinigten Königreich nahmen hingegen im gleichen Zeitraum die Staatsausgaben durchschnittlich um 5,5 % zu, deutlich mehr als das Bruttoinlandsprodukt (vgl. Abbildung 3, S. 40). Auch in Italien, den Niederlanden und Frankreich war der jahresdurchschnittliche Anstieg der staatlichen Ausgaben höher als der entsprechende Zuwachs beim Bruttoinlandsprodukt. Letztlich führte diese Entwicklung dazu, dass die Staatsquote in Deutschland im vergangenen Jahr den viertniedrigsten Wert im Euroraum aufwies (vgl. Abbildung 4, S. 40).

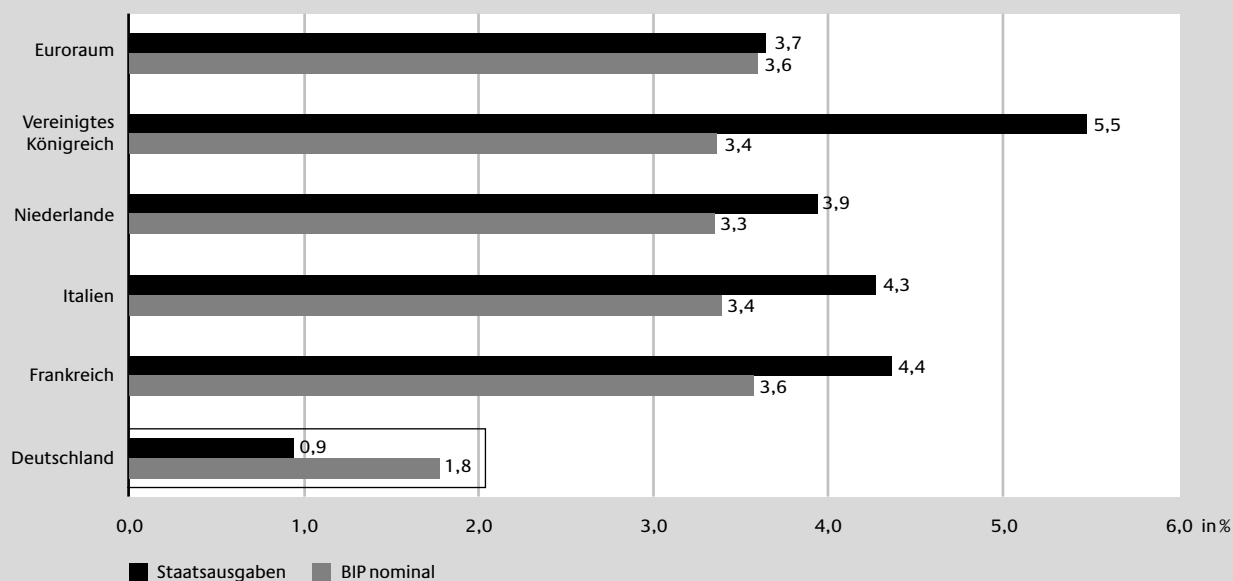
c) Konsolidierung überwiegend bei konsumtiven Ausgabepositionen

In Abbildung 5 (siehe S. 41) und Abbildung 6 (siehe S. 41) werden die Entwicklung einzelner

Ausgabepositionen sowie deren Beitrag zum Anstieg der Staatsausgaben insgesamt betrachtet. Es zeigt sich, dass vor allem die moderate Entwicklung des Staatskonsums die Konsolidierung gestützt hat. Insbesondere die restriktive Personalpolitik der Gebietskörperschaften wirkte sich hier aus, denn die Personalausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden haben seit dem Jahr 2001 durchschnittlich um lediglich 0,2 % pro Jahr zugenommen. Seit dem Jahr 2003 hat auch die verhaltene Entwicklung der geldlichen Sozialleistungen ihren Anteil am Konsolidierungserfolg. Im Jahr 2006 sind diese Leistungen – bedingt durch die Einsparungen beim Arbeitslosengeld II – dann sogar zurückgegangen.

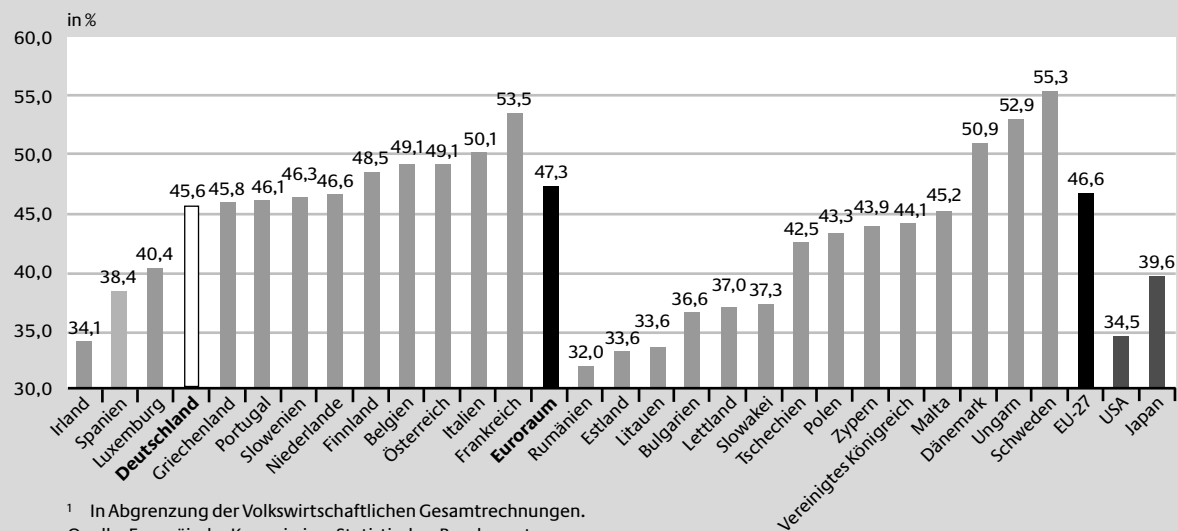
Verhalten war zudem die Entwicklung der Zinsausgaben und trug damit ebenfalls spürbar zur ausgabenseitigen Konsolidierung bei. Die gedämpfte Entwicklung der Zinsleistungen ist allerdings vor allem in den günstigeren Refinanzierungskosten auslaufender Staatsanleihen begründet – ein Effekt, der sich in mittlerer Frist wieder umkehren dürfte. Weniger positiv ist zu beurteilen, dass auch bei den Investitionsausgaben gespart wurde. Berücksichtigt man

Abbildung 3: Jahresdurchschnittliche Veränderung der Staatsausgaben¹
– in % gegenüber dem Vorjahr 2001 bis 2006 –



¹ In Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.
Quelle: Europäische Kommission.

Abbildung 4: Staatsquote im Jahr 2006¹
– in % des nominalen BIP –

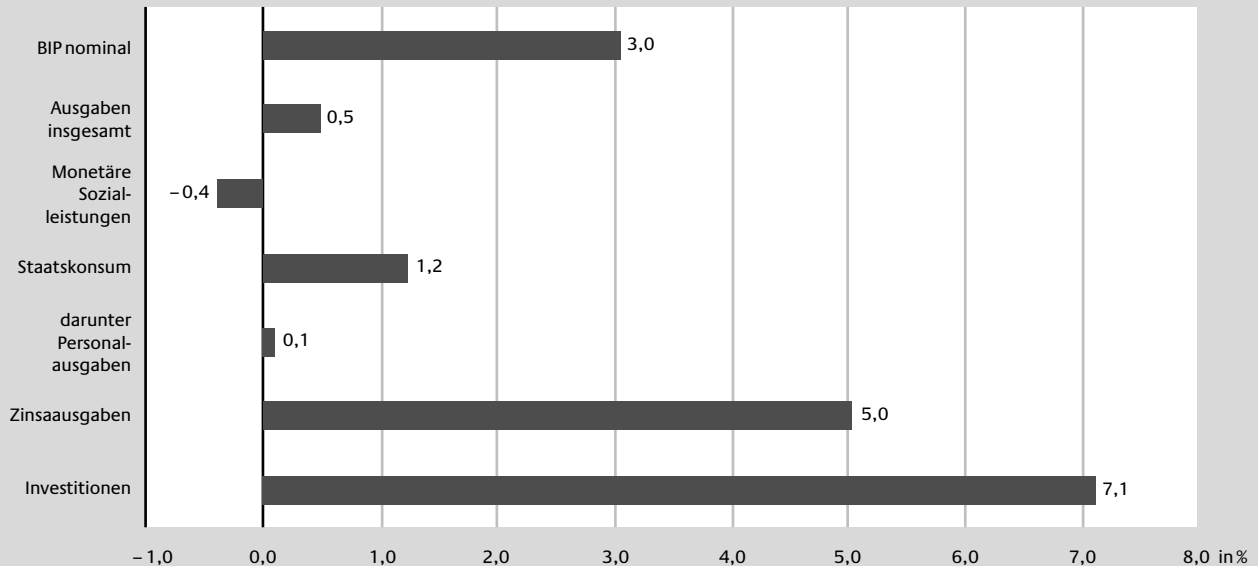


¹ In Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.
Quelle: Europäische Kommission, Statistisches Bundesamt.

Abschreibungen, waren in der Folge die Nettoinvestitionen des Staates teilweise sogar negativ. Gleichwohl zeichnete sich bei der Entwicklung der Investitionen im Jahr 2006 eine Trendumkehr ab; sie haben im Jahr 2006 in nominaler

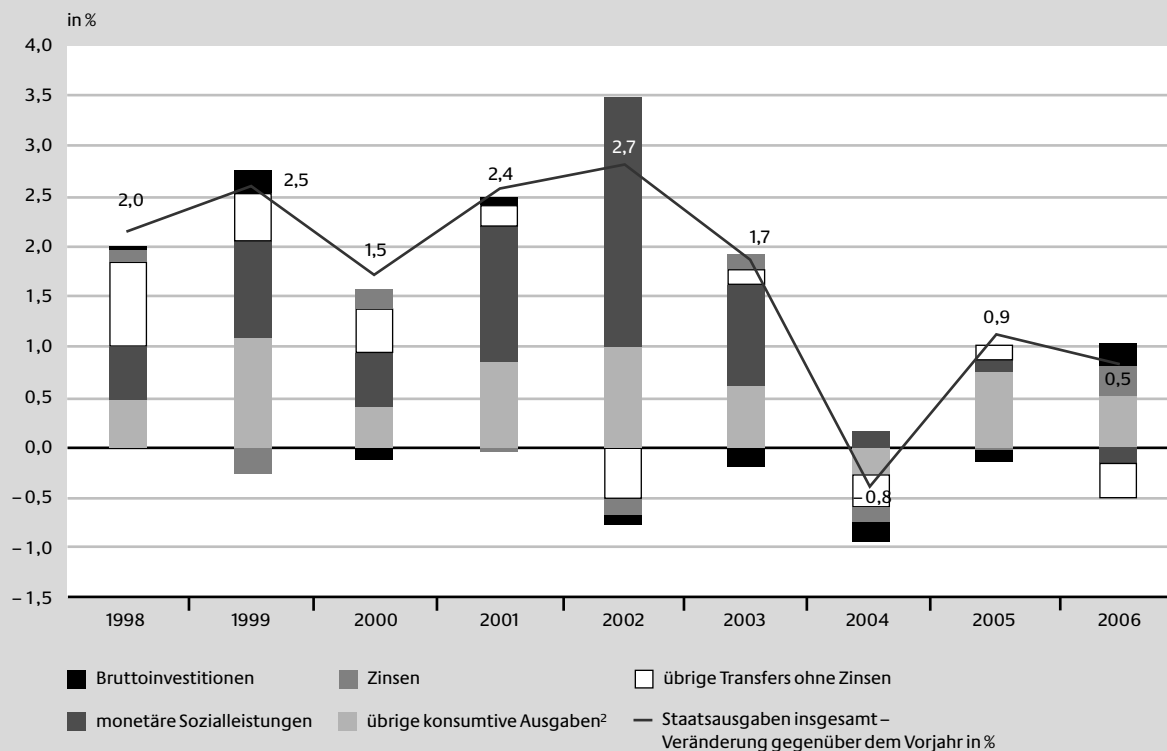
Rechnung um 7 % zugenommen. Alles in allem wirkten somit etliche Faktoren darauf hin, dass sich die Struktur der Staatsausgaben am aktuellen Rand verbessert hat.

Abbildung 5: Restriktive Ausgabenlinie: Veränderung des BIP und einzelner Ausgabenarten im Jahr 2006¹
– in % gegenüber dem Vorjahr –



¹ In Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.
Quelle: Statistisches Bundesamt.

Abbildung 6: Beitrag einzelner Ausgabearten zum Wachstum der öffentlichen Ausgaben¹



¹ In Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; im Jahr 2000 bereinigt um die Erlöse aus den UMTS-Verkäufen.

² Vorleistungskäufe, soziale Sachleistungen, Arbeitnehmerentgelte.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

3 Fazit

Die Entwicklung der Staatsquote in Deutschland zeigt, dass die Ausgabenseite erheblich zum Abbau des übermäßigen Defizits beigetragen hat. Gegenüber dem Jahr 2003 ist die Staatsquote um drei Prozentpunkte reduziert worden – im Vergleich zu ihrem Höchststand im Jahr 1996 um $3\frac{3}{4}$ Prozentpunkte. Diese Entwicklung muss vor allem im internationalen Vergleich gewürdigt werden, denn in den meisten europäischen Ländern nahm die Staatsquote in diesem Zeitraum zu oder stagnierte.

Trotz der bisherigen Erfolge bei der ausgabenseitigen Konsolidierung wird jedoch auch in Zukunft ein restriktiver Ausgabenkurs vorherrschen müssen. Das Ziel eines mittelfristig ausgeglichenen Haushalts hat nach wie vor hohe Priorität. Legt man die jüngste Steuerschätzung zu Grunde, ist dazu eine weitere Rückführung der Staatsquote unabdingbar. Denn die bereits heute absehbare demografische Entwicklung und der damit verbundene „Sog“ auf die Ausgaben der Sozialsysteme bergen langfristig erhebliche Risiken für die Tragfähigkeit der Finanzpolitik.

Vergleich der Konjunkturzyklen in Deutschland: Ist der aktuelle Aufschwung anders?

1	Einleitung	43
2	Bestimmung der Konjunkturzyklen sowie Abschwung auslösende Faktoren	43
3	Was unterscheidet den jetzigen Aufschwung von vorherigen Aufschwungsphasen?	46
4	Zusammenfassung und Ausblick	54

- Der aktuelle Aufschwung wird bisher überdurchschnittlich stark von der Exportdynamik getragen.
- Die Konsumschwäche, einhergehend mit gestiegener Sparquote und geringeren verfügbaren Einkommen, ist der wesentliche Grund für die lange wirtschaftliche Schwächephase.
- Mittlerweile setzt sich aber ein zunehmend auch von der Investitionstätigkeit getragener Aufschwung durch, der zusammen mit der Verbesserung der Arbeitsmarktsituation auch den privaten Konsum deutlich beleben dürfte.

1 Einleitung

Deutschland befindet sich derzeit in einem kräftigen Aufschwung. Diesem ging allerdings eine lange wirtschaftliche Schwächephase voraus. Ziel dieses Artikels ist es, die Konjunkturzyklen seit dem Jahr 1970 miteinander zu vergleichen und Unterschiede zum bzw. Gemeinsamkeiten mit dem aktuellen Aufschwung herauszuarbeiten.

2 Bestimmung der Konjunkturzyklen sowie Abschwung auslösende Faktoren

Unter Konjunktur versteht man allgemein Schwankungen der wirtschaftlichen Aktivität, die eine gewisse Regelmäßigkeit bzw. Zyklizität aufweisen. Ein umfassender Indikator für die wirtschaftliche Aktivität ist das Bruttoinlandsprodukt, das konjunkturellen Schwankungen unterworfen ist, die sich im Zeitablauf in Bewegungen um den Potenzialpfad äußern. Das Produktionspotenzial ist ein Maß für die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten, die mittel- und langfristig die Wachstumsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft determinieren, d.h. es bezeichnet die gesamtwirtschaftliche Produktion bei Normalauslastung der Produktionskapazitäten. Es ist keine konstante Größe, sondern im Zeitverlauf Änderungen unterworfen, die sich aus Veränderungen in der Ausstattung der Volkswirtschaft mit Produktionsfaktoren und technischem Fortschritt ergeben. Hierzu trägt eine

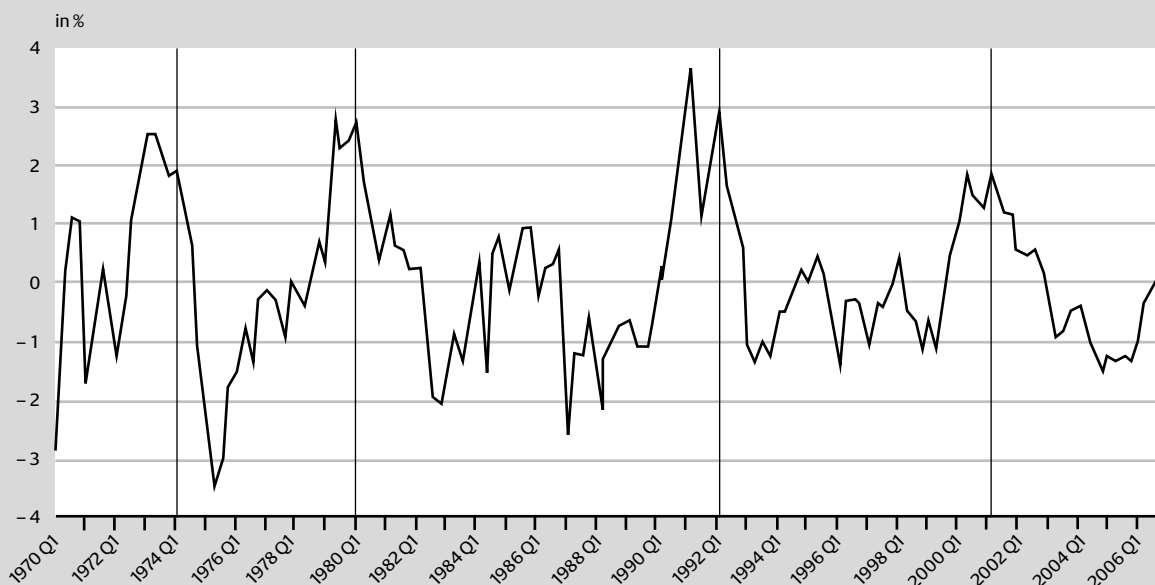
Vielzahl von Einflussfaktoren bei, so z.B. auch politische Maßnahmen und Verhaltensänderungen der Wirtschaftssubjekte. Das Bruttoinlandsprodukt zeichnet die konjunkturellen Bewegungen um diesen Pfad nach. Die Differenz zwischen Produktionspotenzial und Bruttoinlandsprodukt wird als Produktionslücke oder auch Output Gap bezeichnet und gibt das Ausmaß der Unter- bzw. Überauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten und damit eher den Einfluss von Nachfrageschwankungen wieder. Die Produktionslücke wird in der Regel als relative Größe in Prozent des Produktionspotenzials ausgewiesen.

Um einen Vergleich zwischen verschiedenen Konjunkturzyklen im Zeitverlauf vorzunehmen, müssen deren Verläufe zunächst vergleichbar gemacht werden. Hierzu werden die Quartale des jeweiligen konjunkturellen Höhepunkts bestimmt, im Folgenden mit Quartal 0 beziffert. Dabei handelt es sich um jene Quartale, in denen

bzw. in deren Folge es zu einem markanten Rückgang der Produktionslücke kam, wobei die Produktionslücke mit Hilfe des Hodrick-Prescott-Filterverfahrens¹ aus preis-, saison- und kalenderbereinigten Quartalszahlen des Bruttoinlandsprodukts ermittelt wird. Mittels dieser Definition ergeben sich vier prägnante Rückgänge der Produktionslücke, die sich jeweils auf das erste Quartal der Jahre 1974, 1980, 1992 und 2001 datieren lassen (Abbildung 1).

Allein der Blick auf die Entwicklung der Produktionslücke vermittelt bereits einen ersten Eindruck von der Verschiedenheit der Konjunkturzyklen. Im Jahr 1974 trat Deutschland in die stärkste Rezession in diesem Beobachtungszeitraum, zumindest hinsichtlich des Ausmaßes des Rückgangs der Produktionslücke um etwa 5½ Prozentpunkte innerhalb von nur fünf Quartalen. Im Folgejahr 1975 ging das Bruttoinlandsprodukt um 0,9 % gegenüber dem Vorjahr zurück, und damit so stark wie in den Jahren seitdem

Abbildung 1: Produktionslücke in % des Produktionspotenzials
(ermittelt mit dem Hodrick-Prescott-Filter)



¹ Die Bestimmung des Auslastungsgrads der Volkswirtschaft mit dem Hodrick-Prescott-Filter ist ein univariates Zeitreihenverfahren, in das ausschließlich das Bruttoinlandsprodukt selbst als determinierende Variable eingeht. Demgegenüber existieren aber auch multivariate Filterverfahren sowie auf Produktionsfunktionen beruhende Ansätze, die stärker ökonomisch fundiert sind, zur Ermittlung des Produktionspotenzials bzw. der Produktionslücke.

nicht mehr. Gleichzeitig erholte sich die deutsche Wirtschaft damals aber wieder sehr schnell und kräftig. Von gleich kurzer Dauer war der Abschwung zu Anfang der 90er Jahre, wenngleich der Rückgang der Produktionslücke etwas weniger stark ausfiel, jedoch von einem höheren Niveau kommend. Der Rückgang des Bruttoinlandsprodukts war aber ähnlich stark im Folgejahr (1993: – 0,8 % gegenüber dem Vorjahr). Im Unterschied zur Rezession Mitte der 70er Jahre kam es allerdings in den 90er Jahren, gemessen an der Produktionslücke, die bis Ende 1999 mehrheitlich negativ war, erst sehr spät zu einem durchgreifenden Aufschwung. Vergleichsweise lange dauerte es dagegen in den Abschwüngen Anfang der 80er Jahre und zu Anfang dieses Jahrtausends, bis der konjunkturelle Tiefpunkt erreicht war (elf und 15 Quartale). Dabei fiel die Amplitude im aktuellen Zyklus am geringsten aus: Der konjunkturelle Höhepunkt, gemessen am Niveau der Überauslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten, war der niedrigste aller seit 1970 identifizierten Zyklen, der Tiefpunkt lag nur wenig unterhalb dessen des Abschwungs in den 90er Jahren.

Der Blick auf den Auslastungsgrad der volkswirtschaftlichen Produktionskapazitäten gemessen an der Produktionslücke verrät noch nichts über den Grund der Abschwünge. Hierzu können unterschiedliche Einflussfaktoren, sowohl angebotsseitige als auch nachfrageseitige, beitragen. So wurde der Abschwung in den 70er Jahren im Wesentlichen durch den damaligen Ölpreisschock ausgelöst, dem bereits eine restriktive Geldpolitik seitens der Deutschen Bundesbank als Reaktion auf die kräftigen Lohnanstiege vorausgegangen war. Auch im Vorfeld des Abschwungs Anfang der 80er Jahre stand ein Ölpreisschock. Bei beiden handelte es sich eher um Angebotsschocks, da eine plötzliche Verknappung des Rohölangebots seitens der Preispolitik der OPEC ausgelöst worden war.

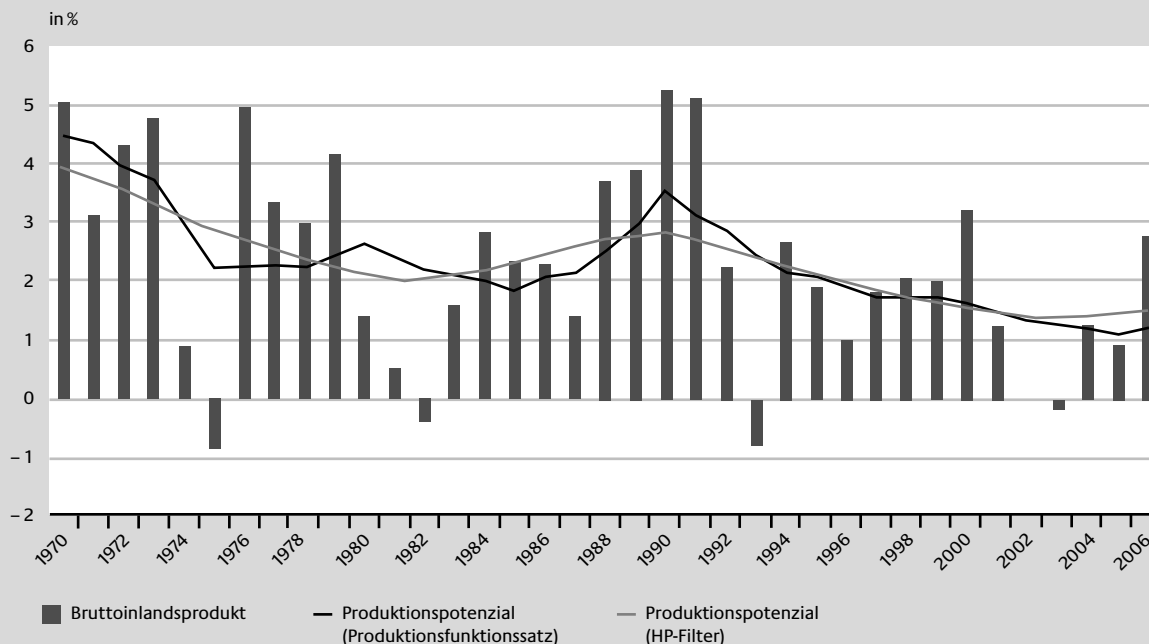
Anfang der 90er Jahre kam es dagegen zu einem Nachfrageschock, der auch als Folge des Vereinigungsbooms zu sehen ist. Eine deutlich gestiegene Inflation bewegte die Deutsche Bundesbank damals zu einer restriktiven Geldpolitik. Gleichzeitig kam es zu einer spürbaren Abschwächung der weltwirtschaftlichen Dyna-

mik, ausgelöst auch durch eine Rezession in den Vereinigten Staaten.

Demgegenüber sind die Faktoren für die gerade zurückliegende wirtschaftliche Schwächephase vielfältigerer Natur, wobei sowohl Angebots- als auch Nachfrageschocks eine Rolle gespielt haben dürften. So kam es seit 1999 zu einem deutlichen Ölpreisanstieg, der sich bis ins letzte Jahr fortsetzte. Verschärft wurden dessen Auswirkungen zu Beginn auch von der Schwäche des Euro gegenüber dem US-Dollar. Hinzu kamen in der Folge weitere Schocks wie der Aktienmarkt-Crash im Frühjahr 2000, die schwache weltwirtschaftliche Entwicklung, wiederum maßgeblich durch die Schwäche der US-Wirtschaft ausgelöst, wobei Letztere auch auf die Folgen des Platzens der New-Economy-Blase zurückzuführen war. Darüber hinaus wurde die Schwächephase durch die Attentate des 11. September 2001 und die damit einhergehenden zunehmenden geopolitischen Spannungen bis hin zu militärischen Einsätzen in Afghanistan und im Irak sowie auch die Bilanzskandale vor allem in den Vereinigten Staaten verschärft.

Die zurückliegende Schwächephase ist auch vor dem Hintergrund eines äußerst schwachen Potenzialwachstums in Deutschland zu sehen, das – von etwa 4 % bis 4 ½ % zu Beginn der 70er Jahre – bis zur Jahrtausendwende sukzessive im Trend auf nur noch etwas mehr als 1 % p.a. zurückgegangen und damit auf seinem Tiefpunkt im Beobachtungszeitraum angelangt war (Abbildung 2, siehe S. 46). Zwar kann ein trendmäßiger Rückgang des Potenzialwachstums einer reifen Volkswirtschaft, die wie die deutsche zudem zunehmend vom demografischen Wandel betroffen ist, durchaus ein mehr oder weniger normales Phänomen sein. Darüber hinaus dürfte das Potenzialwachstum weiterhin von den vereinigungsbedingten Lasten beeinträchtigt sein. Allerdings sind auch in fortgeschrittenen Volkswirtschaften, wie z.B. in den USA, deutlich höhere Potenzialwachstumsraten möglich. Erst seit kürzerem ist in Deutschland wieder ein leichter Anstieg zu erkennen.

Abbildung 2: Bruttoinlandsprodukt und Produktionspotenzial
Veränderung gegenüber Vorjahr in %



3 Was unterscheidet den jetzigen Aufschwung von vorherigen Aufschwungsphasen?

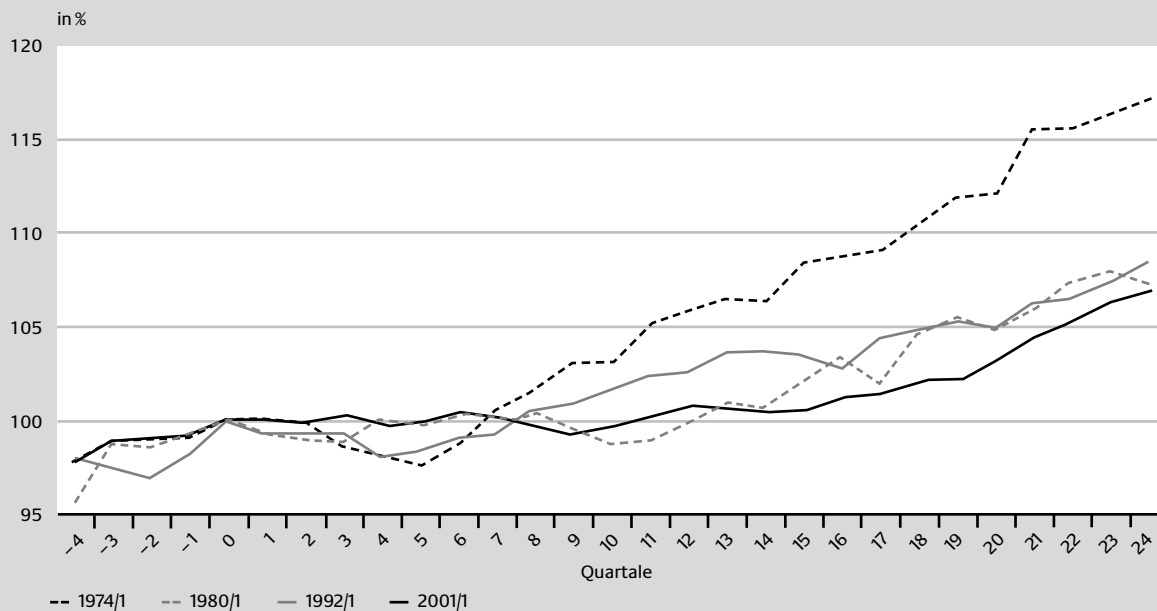
Die bereits anhand der Entwicklung der Produktionslücken (Abbildung 1, siehe S. 44) aufgedeckten Charakteristiken der Konjunkturzyklen zeigen sich auch im Vergleich der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (Abbildung 3, siehe S. 47). Dabei erfolgt die Darstellung derart, dass im Quartal 0 jeweils der konjunkturelle Höhepunkt wie oben definiert abgetragen ist und das jeweilige Niveau der betrachteten Variablen in diesem Zeitpunkt auf 100 normiert wird. Damit lässt sich die Entwicklung der einzelnen Zyklen miteinander vergleichen, wobei die Beobachtung vier Quartale vor dem konjunkturellen Höhepunkt beginnt und bis 24 Quartale, d.h. sechs Jahre danach, erfolgt, so dass sich für den aktuellen Zyklus das 1. Quartal 2007 mit Quartal 24 deckt. Zu beachten ist die in den folgenden Abbildungen allerdings z.T. deutlich abweichende Skalierung, die aufgrund der besseren Erkennbarkeit der

Verläufe einer für alle Abbildungen einheitlichen Skalierung bevorzugt wird.

Die bis noch vor kurzem anhaltende wirtschaftliche Schwächephase zeichnete sich durch eine zunächst vergleichsweise robuste Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts aus, das bis sieben Quartale nach dem konjunkturellen Höhepunkt mehr oder weniger stagnierte und danach nur kurz rückläufig war. In allen übrigen Phasen kam es zunächst, insbesondere in den Abschwüngen der Jahre 1974 und 1992, zu kräftigen Rückgängen des Bruttoinlandsprodukts. In diesen beiden Zyklen zeigte sich aber in der Folge auch die Erholung schneller und stärker. Im gegenwärtigen Zyklus folgte nach einer langen Phase der Stagnation zunächst nur ein sehr zögerlicher Aufschwung, welcher erst spät an Dynamik gewann: Erst im 1. Quartal 2007 lag das Bruttoinlandsprodukt nahezu, aber immer noch nicht ganz auf dem Niveau, auf dem es sich zum gleichen Zeitpunkt im Konjunkturzyklus im Gefolge der Abschwünge von 1980 und 1992 befand. Nur die Entwicklung nach der im Jahr 1974 begonnenen Rezession sticht durch einen außerordentlich kräftigen Aufschwung hervor.

Abbildung 3: Bruttoinlandsprodukt

Quartal des jeweiligen konjunkturellen Höhepunkts = 100

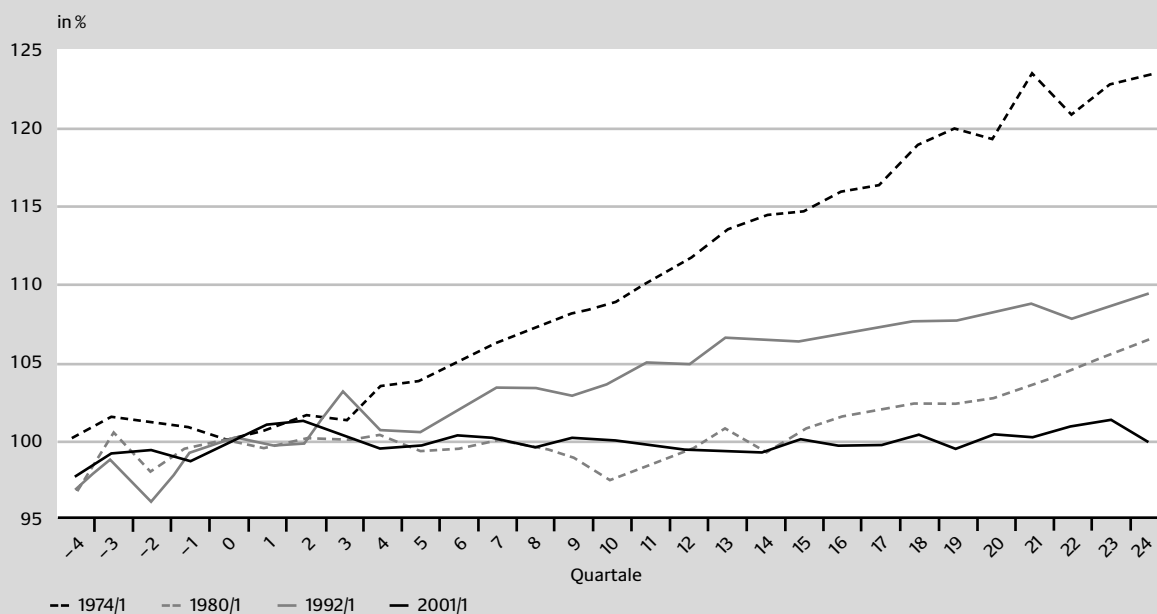


Ein wesentlicher Grund für den atypischen Verlauf des aktuellen Zyklus liegt in der Entwicklung der Privaten Konsumausgaben, die

sich bislang nicht nachhaltig von ihrem Ausgangsniveau nach oben bewegen konnten (Abbildung 4). Dabei ist der relativ kräftige

Abbildung 4: Private Konsumausgaben

Quartal des jeweiligen konjunkturellen Höhepunkts = 100



Rückgang am aktuellen Rand durch die Erhöhung des Regelsatzes zur Umsatzsteuer zum 1. Januar 2007 gekennzeichnet, wobei der Anstieg der Privaten Konsumausgaben im Vorfeld der Erhöhung auch auf Vorzieheffekte zurückzuführen ist. In den Aufschwüngen infolge der in den Jahren 1974 und 1992 begonnenen Schwächephasen kam es spätestens nach zwei Quartalen zu einer mehr oder weniger stetigen Erholung. Auch hier werden Gemeinsamkeiten mit dem Zyklus zu Beginn der 80er Jahre deutlich: Damals war die Konsumschwäche ebenfalls äußerst ausgeprägt; erst nach 14 Quartalen kam es zu einer spürbaren Erholung.

Im Vergleich zum Aufschwung Mitte der 90er Jahre haben sich in der aktuellen konjunkturellen Erholung aber die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte in realer Rechnung deutlich schwächer entwickelt (saisonbereinigte Daten hierzu liegen für den Zeitraum vor 1991 nicht vor): Während es im vorherigen Aufschwung zu einem Anstieg der real verfügbaren Einkommen um kumuliert rund 6 % kam, expandierten sie im gegenwärtigen Aufschwung bislang nur äußerst schwach (kumuliert rund 1 %). Neben der schwachen Entwicklung der Erwerbstätigkeit hat hierzu auch die sehr moderate Lohnpolitik beigetragen. Gleichzeitig kam es zu einer Zunahme der Sparquote um rund einen Prozentpunkt, im Gegensatz zu einem spürbaren Rückgang von bis zu drei Prozentpunkten damals (Abbildung 5, siehe S. 49). Dabei wurde der Anstieg der Sparquote auch politisch durch die Förderung der privaten Altersvorsorge unterstützt. Aber auch eine große Unsicherheit seitens der Konsumenten hinsichtlich der weiteren konjunkturellen Entwicklung, der Arbeitsmarktperspektiven sowie der anhaltenden Reformdiskussion und deren Auswirkungen dürften hierzu beigetragen haben. In einer solchen konjunkturellen Situation, zumal bei der schwachen Dynamik der verfügbaren Einkommen wäre normalerweise – im Sinne einer intertemporalen Glättung des Konsums – ein Rückgang der Sparquote zu erwarten gewesen. Dies alles verstärkte die Konsumschwäche im gegenwärtigen Konjunkturzyklus.

Auch die Entwicklung der Erwerbstätigkeit könnte ein Erklärungsfaktor für die ungewöhnlich lang anhaltende Konsumschwäche sein.

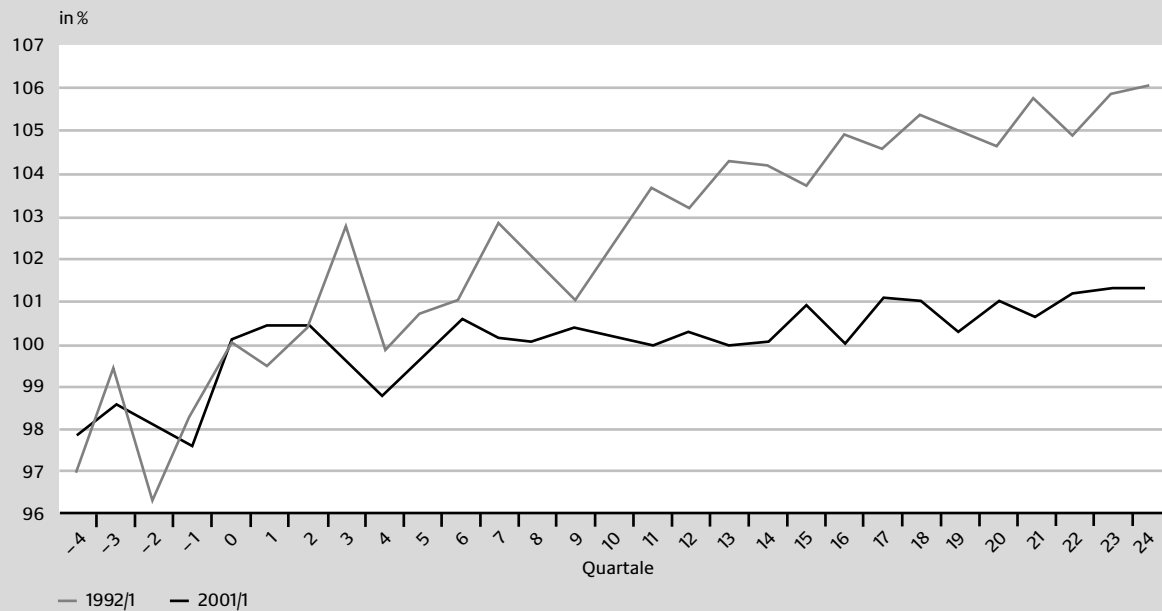
Zwar blieb sie in den ersten vier Quartalen nach Beginn der Schwächephase noch stabil und wurde erst danach reduziert (Abbildung 6, siehe S. 50). Darüber hinaus war der Rückgang weniger stark als in den Abschwüngen der Jahre 1974 und 1992. Gleichwohl verharrte die Erwerbstätigkeit länger als gewöhnlich in einer Stagnation, und der Erholungsprozess setzte – ähnlich zum Zyklus der 90er Jahre – relativ spät ein. Das Ausgangsniveau konnte erst im vergangenen Quartal geringfügig überschritten werden. Nur infolge des Abschwungs im Jahr 1992 war zu diesem Zeitpunkt das Beschäftigungsniveau im Vergleich zum Ausgangszeitpunkt noch niedriger. Hierbei spielt aber auch die vereinigungsbedingte Anpassung der Beschäftigung eine Rolle.

Die schwache inländische Nachfrage war darüber hinaus durch die Krise im Baugewerbe geprägt, die bereits Mitte der 90er Jahre ihren Anfang genommen hatte. Demzufolge ist in der Entwicklung der Bauinvestitionen seitdem kein konjunkturelles Phänomen, sondern eine Normalisierung infolge der Überinvestitionen zu Beginn der 90er Jahre zu sehen. Die Wende, die sich seit ein paar Quartalen dort abzeichnet, ist allerdings auch von Sondereffekten geprägt (Auslaufen der Eigenheimzulage, Vorzieheffekte im Zusammenhang mit der Umsatzsteuersatzerhöhung sowie die außergewöhnlich milde Witterung im vergangenen Winter), so dass es schwierig ist, diese von den Effekten der konjunkturellen Erholung und möglicherweise auch einer strukturellen Verbesserung abzugrenzen. Generell zeigt sich bei den Bauinvestitionen eine sehr volatile Entwicklung in den Schwächephasen, die aber auch in der Vergangenheit durch deutliche Rückgänge gekennzeichnet waren (Abbildung 7, siehe S. 50). Zwar befindet sich die Entwicklung im gegenwärtigen Aufschwung im Mittelfeld der ersten beiden Zyklen, diese Einordnung ist allerdings vor dem Hintergrund zu sehen, dass sich die Bauindustrie zum konjunkturellen Höhepunkt im 1. Quartal 2001 bereits in einer tiefen Rezession befand. Das schon niedrige Niveau der Bauinvestitionen zu diesem Zeitpunkt konnte bislang immer noch nicht wieder erreicht werden.

Abgesehen von dem ohnehin durch eine sehr schnelle Erholung vom Abschwung im Jahr 1974 gekennzeichneten Zyklus weisen die Ausrüstungsinvestitionen einen relativ parallelen Ver-

Abbildung 5:

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte, real Quartal des jeweiligen konjunkturellen Höhepunkts = 100



Sparquote der privaten Haushalte

Quartal des jeweiligen konjunkturellen Höhepunkts = 100

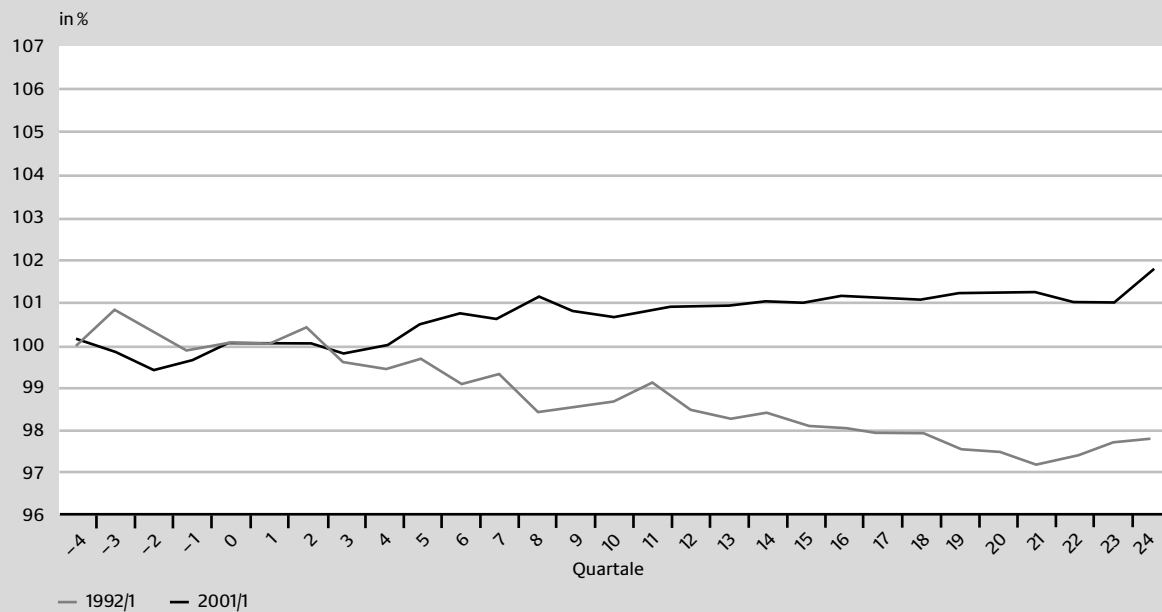


Abbildung 6: Erwerbstätige
 Quartal des jeweiligen konjunkturellen Höhepunkts = 100

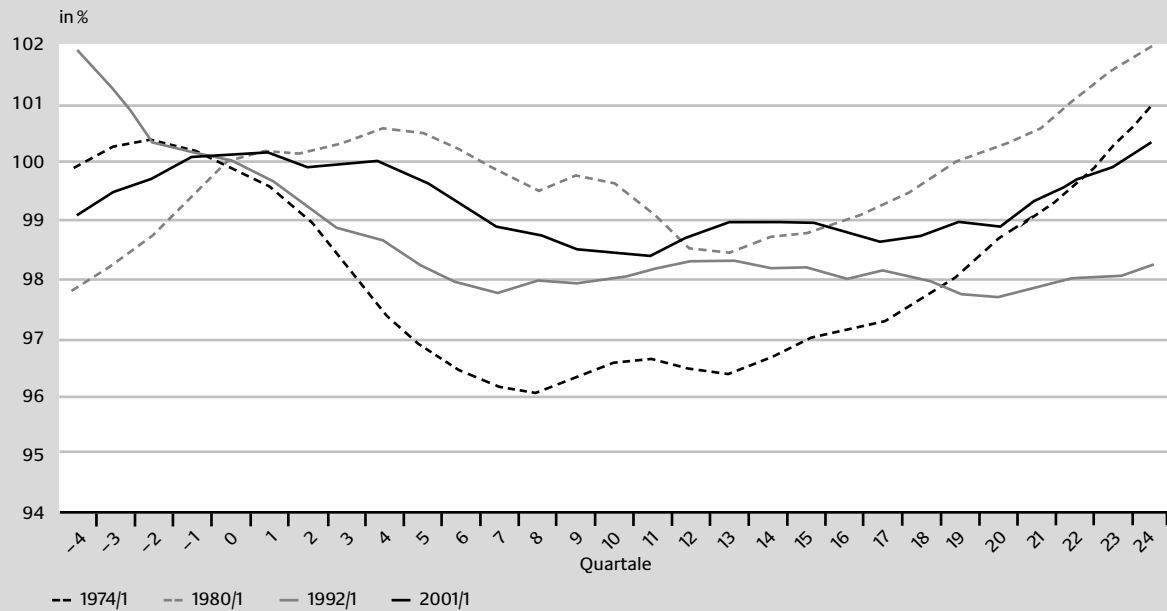
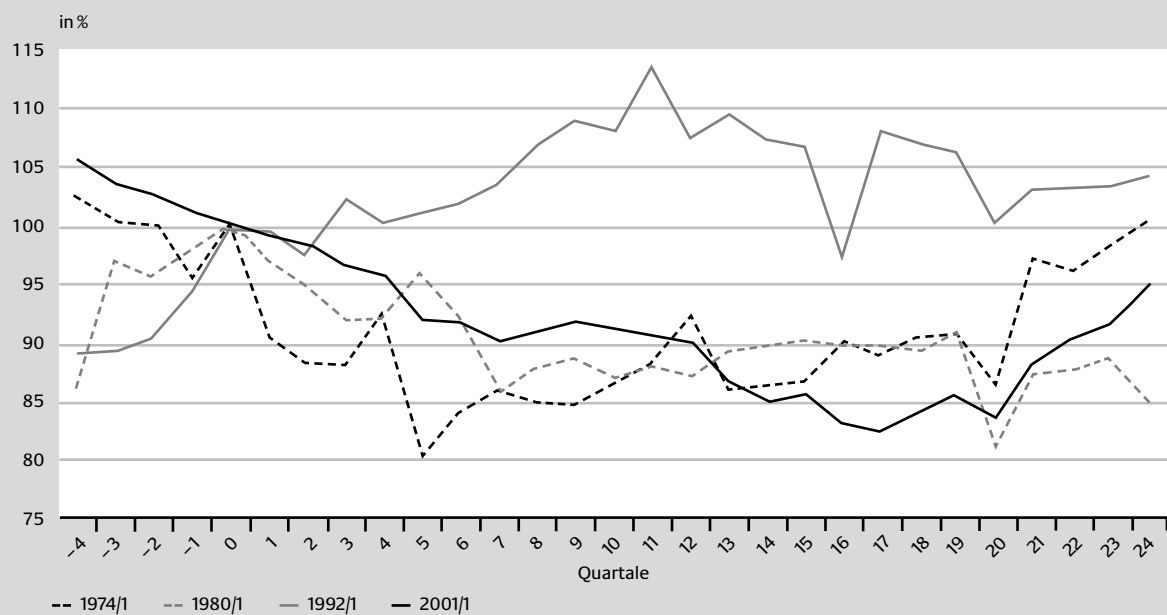


Abbildung 7: Bauinvestitionen
 Quartal des jeweiligen konjunkturellen Höhepunkts = 100

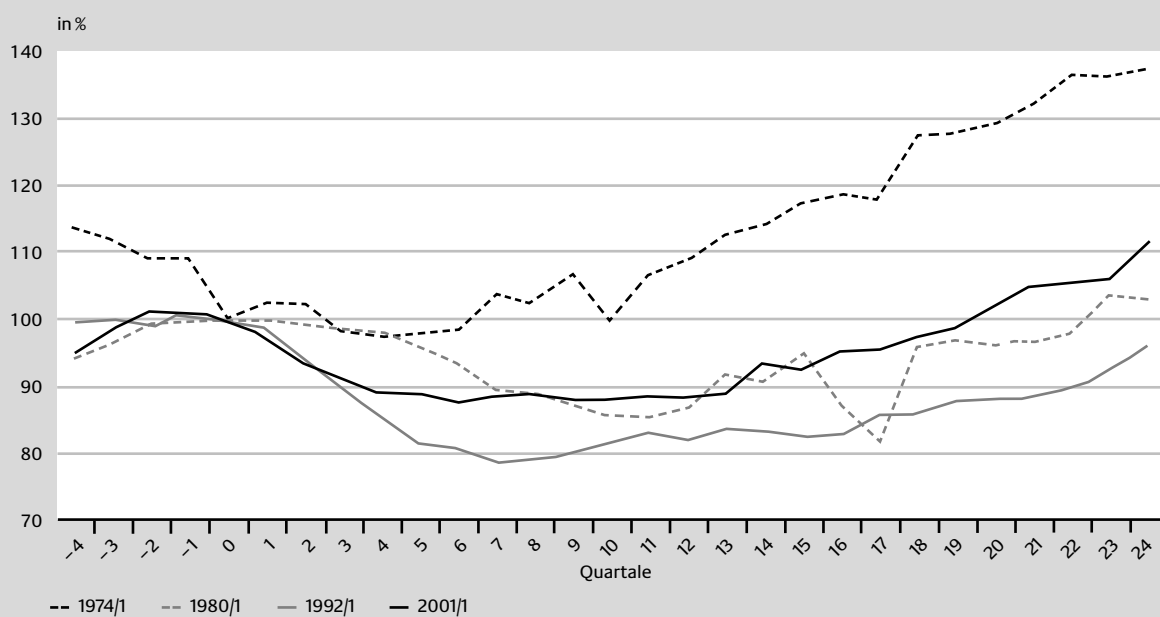


lauf in den übrigen Konjunkturzyklen auf (Abbildung 8). Während der Rückgang im aktuellen Zyklus zunächst ähnlich stark wie in jenem der 90er Jahre verlief, war der Tiefpunkt aber bereits nach sechs Quartalen erreicht. Den Abschwung der Ausrüstungsinvestitionen, dem eine Phase kräftiger Zuwächse vorausgegangen war, bedingten sowohl das deutlich verschlechterte weltwirtschaftliche Umfeld als auch die Anpassungen der Finanzierungsstruktur der Unternehmen im Anschluss an die Kurseinbrüche an den Aktienmärkten. Dem sechs Quartale anhaltenden Rückgang folgte eine ebenso lange Stagnationsphase. Seitdem ist der Verlauf ähnlich zu dem der 80er Jahre. Zuletzt zeigte sich die Dynamik der Ausrüstungsinvestitionen sogar stärker, so dass das Ausgangsniveau mittlerweile um insgesamt mehr als 10 % überschritten ist. Damit erweist sich der aktuelle Aufschwung neben der überaus dynamischen Entwicklung im Außenhandel mittlerweile auch überdurchschnittlich – verglichen mit den Abschwüngen

von 1980 und 1992 – robust hinsichtlich der Investitionstätigkeit.

Im Außenhandel zeigt sich die dichotome Entwicklung von inländischer und ausländischer Nachfrage im aktuellen Aufschwung. Die Importe entwickelten sich angesichts zunächst noch rückläufiger Privater Konsumausgaben und Bruttoanlageinvestitionen anfangs schwach, wobei hier kein Abweichen vom üblichen Verhaltensmuster festgestellt werden kann (Abbildung 9, siehe Seite 52). Nach vier Quartalen war aber bereits der Tiefpunkt erreicht, mittlerweile liegt das Niveau der Importe von Gütern und Dienstleistungen knapp 40 % über seinem Ausgangswert, wenngleich immer noch unterhalb dessen, der im Gefolge des Abschwungs 1974 zu diesem Zeitpunkt erreicht worden war. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass es damals eine sehr schnelle und auch kräftige Belebung der Binnennachfrage gab, die sich ebenfalls in einer deutlichen Erholung der Importe niederschlug, während die Exporte sich nur schwach

Abbildung 8: Ausrüstungsinvestitionen
Quartal des jeweiligen konjunkturellen Höhepunkts = 100



entwickelten. Demgegenüber ist die hierzu vergleichsweise starke Dynamik der Importe trotz der schwachen Binnennachfrage im aktuellen Zyklus auch auf einen im Zeitverlauf deutlich gestiegenen Anteil der exportinduzierten ausländischen Bruttowertschöpfung an den Exporten zurückzuführen, d.h. einen höheren Anteil sowohl der exportinduzierten importierten Vorleistungen als auch der zur Wiederausfuhr bestimmten Importe.

Die Entwicklung der Exporte im aktuellen Zyklus fällt – ebenso wie die Entwicklung der Privaten Konsumausgaben, jedoch in umgekehrter Richtung – aus dem Rahmen vorangegangener Konjunkturzyklen. Normalerweise kam es in Abschwüngen stets zu einem Rückgang der Exporte, während die Ausfuhren im Abschwung des Jahres 2001 lediglich stagnierten und in der Folge bereits nach drei Quartalen eine überdurchschnittlich kräftige aufwärts gerichtete Dynamik aufwiesen, die selbst den exportgetragenen Aufschwung in den 80er Jahren in den Schatten stellte (Abbildung 10, siehe S. 53). Hierzu dürften neben der zunehmenden weltweiten Integration von Produktion und Handel

auch die Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen, aber auch eine boomende Nachfrage nach deutschen Exportgütern, die sich im Wesentlichen aus dem Bereich der High-Tech- und Investitionsgüter bestücken, beigetragen haben.

Wichtig für die Stärke eines Aufschwungs und auch die Nachhaltigkeit eines höheren Wachstumspfad ist insbesondere die Entwicklung der Arbeitsproduktivität. Auf Stundenbasis entwickelte sie sich allerdings bis zum aktuellen Rand betrachtet wesentlich schwächer als in anderen Aufschwüngen (Abbildung 11, siehe S. 53). Zwar war die Entwicklung innerhalb der ersten 2 ½ Jahre nach dem Abschwung vergleichbar mit anderen Abschwüngen – wiederum ausgenommen der Abschwung nach 1974. Aber es folgte im Weiteren keine zunehmende Dynamik. Dabei wirkte sowohl die etwas schwächere Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts als auch der merklich geringere Rückgang der geleisteten Arbeitsstunden der Erwerbstätigen dämpfend auf den Produktivitätsanstieg. Die deutlich schwächere Entwicklung der Arbeitsproduktivität hat auch zu dem weiteren Rückgang des Wachstums-

Abbildung 9: Importe von Waren und Dienstleistungen
Quartal des jeweiligen konjunkturellen Höhepunkts = 100

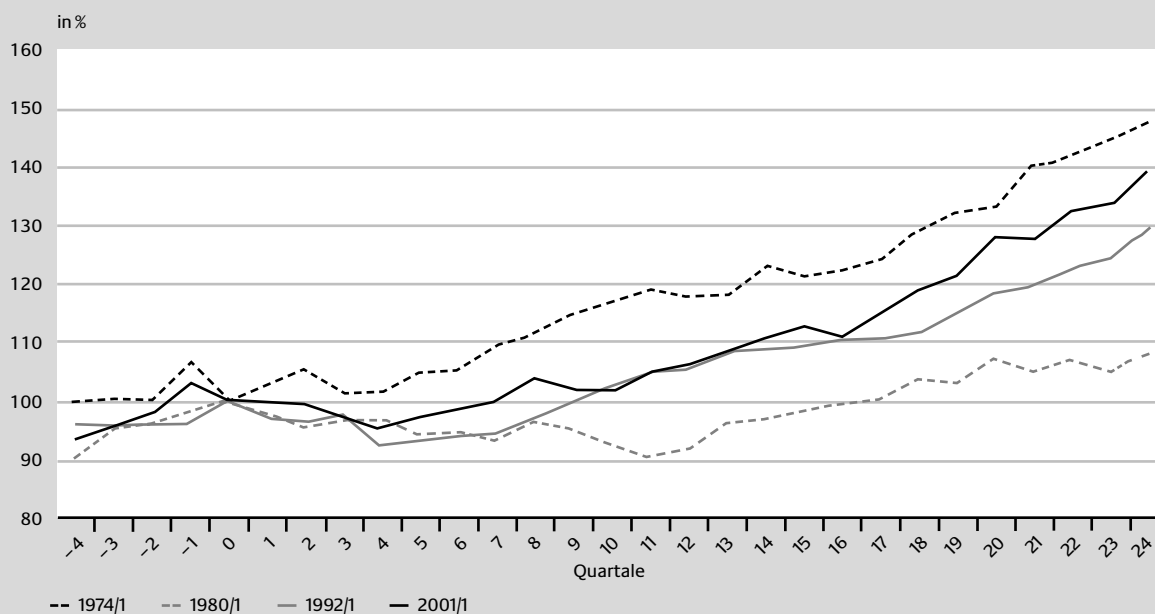


Abbildung 10: Exporte von Waren und Dienstleistungen
 Quartal des jeweiligen konjunkturellen Höhepunkts = 100

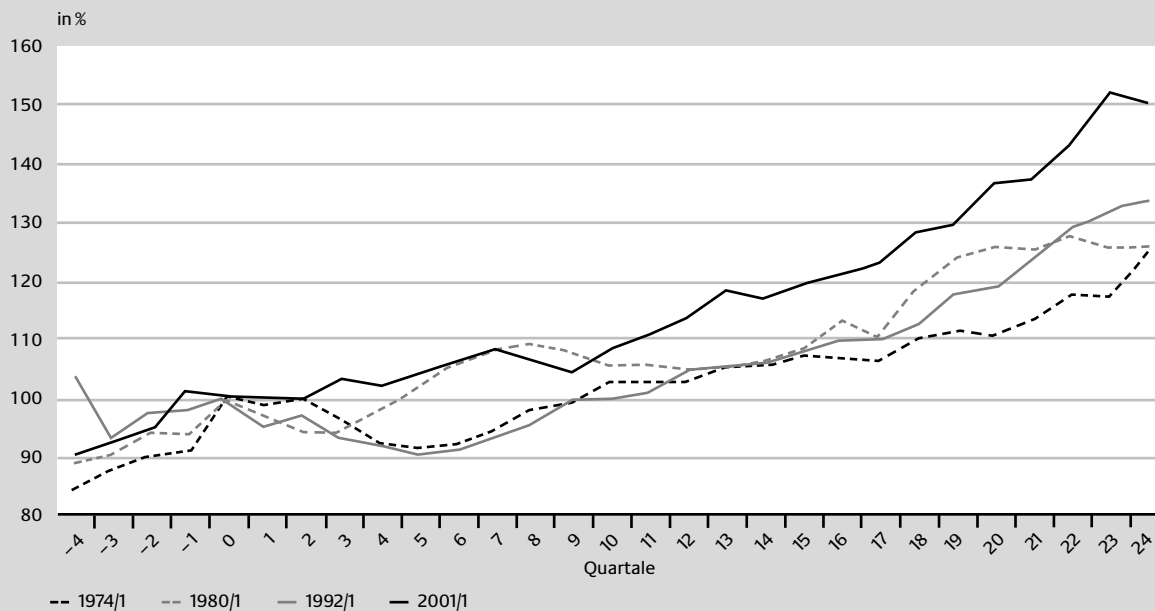
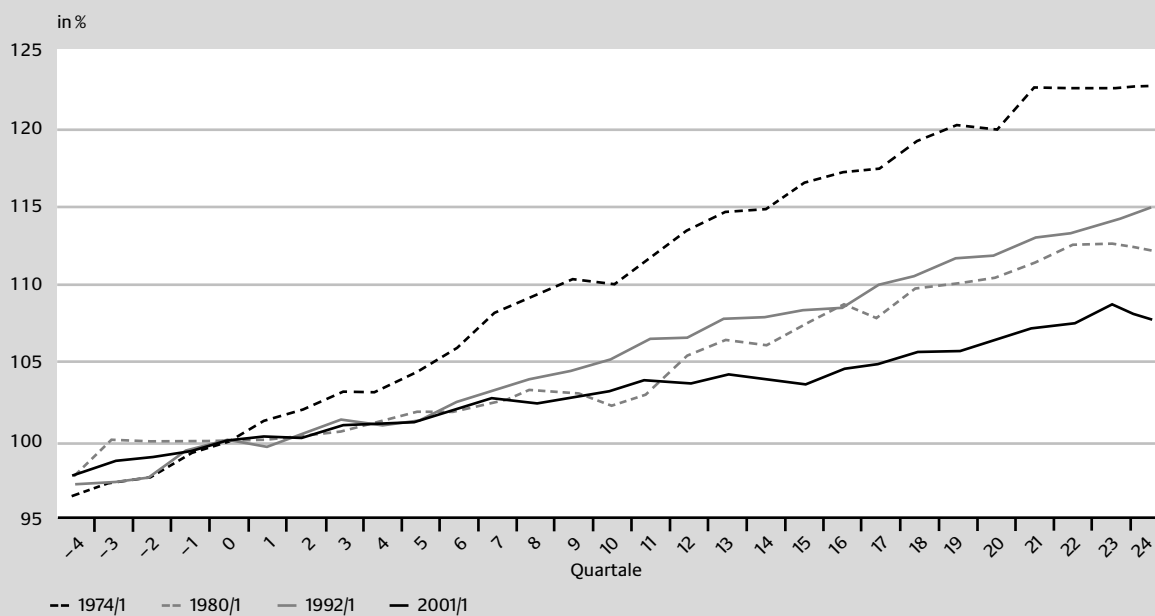


Abbildung 11: Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigenstunde
 Quartal des jeweiligen konjunkturellen Höhepunkts = 100



potenzials im Zeitverlauf beigetragen. Mittlerweile ist die Dynamik allerdings ähnlich zu den vorangegangenen Aufschwüngen, wenn auch das Niveau aufgrund der zwischenzeitlich schwächeren Entwicklung merklich unterhalb desjenigen zum gleichen Zeitpunkt in anderen Zyklen liegt. Trotz aller derzeit sehr positiven Daten zur Lage der deutschen Wirtschaft stimmt dieser Befund etwas skeptisch hinsichtlich der Perspektiven für den Wachstumspfad, zumindest aus der Sicht des Produktionsfaktors Arbeit. Es ist jedoch zu berücksichtigen, dass bereits wichtige Reformen auf dem Arbeitsmarkt vorgenommen worden sind. Deren Wirkungen schlagen sich allerdings erst mit einer gewissen Verzögerung auch in einem höheren Potenzialwachstum nieder.

0 0,0	3.516	10,5	3.030	9,1	1.969	5,9
0 0,0	3.730	10,8	3.181	9,2	2.088	5,9
0 0,0	3.920	11,1	3.362	9,5	2.236	6,1
0 0,0	3.254	8,9	3.519	9,6	2.382	6,3
0 0,0	3.492	9,2	3.535	9,3	2.511	6,4
0 0,0	3.612	9,3	3.640	9,3	2.587	6,4
0 0,0	3.850	9,6	3.750	9,3	2.625	6,2
0 0,0	2.906	6,9	3.927	9,3	2.403	6,1
0 0,0			3.538	9,0	2.769	6,4

4 Zusammenfassung und Ausblick

Der derzeitige Konjunkturzyklus weist einige Ähnlichkeiten zu demjenigen Anfang der 80er Jahre auf: In beiden Fällen kam es zu exportgetragenen Aufschwüngen, während die Impulse für die Aufschwünge in den 70er und in den 90er Jahren eher aus der gestiegenen Binnennachfrage resultierten. Allerdings entwickelte sich die gesamtwirtschaftliche Aktivität bis zuletzt, d.h. sechs Jahre nach dem identifizierten konjunkturellen Höhepunkt, am schwächsten von allen betrachteten Konjunkturzyklen. Dies ist im Wesentlichen auf die Schwäche des privaten Konsums zurückzuführen, der bislang nicht nachhaltig sein Ausgangsniveau überschreiten konnte. Insgesamt scheint dabei auch die vergleichsweise lang anhaltende schwache Entwicklung der Erwerbstätigkeit beigetragen zu haben. Zusammen mit einer sehr moderaten Lohnpolitik hat darüber hinaus die Stagnation der real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte im Unterschied zum vorangegangenen Aufschwung die Konsumschwäche verstärkt. Zusätzlich hat der – zunächst in einer solchen Situation konterintuitive Anstieg der Sparquote – die Situation verschärft. Für den Anstieg der Sparquote dürften dabei sowohl politisch motivierte verstärkte Sparanstrengungen (Förderung der privaten Altersvorsorge) als auch eine große Unsicherheit seitens der Konsumenten hinsichtlich der weiteren konjunkturellen Entwicklung sowie der anhaltenden Reformdiskussion und deren Auswirkungen beigetragen haben.

Mittlerweile setzen sich aber vermehrt auch auf Seiten der Binnennachfrage kräftigende Impulse durch: Der Aufschwung gewinnt durch die verstärkte Investitionstätigkeit, die inzwischen mit deutlich verbesserten Bedingungen am Arbeitsmarkt einhergeht, zunehmend an Kraft und an Eigendynamik. Gleichwohl ist es zu früh, in dieser Situation konjunkturelle und strukturelle Effekte voneinander zu unterscheiden. Die bereits in Kraft getretenen Reformen, z.B. auf dem Arbeitsmarkt, aber auch die Unternehmenssteuerreform zu Anfang nächsten Jahres dürften dazu beitragen, das Wachstumspotenzial zu

erhöhen. Hiervon geht die Bundesregierung auch in ihrer Projektion der mittleren Frist aus. Während von der Investitionstätigkeit zuletzt verstärkt potenzialerhöhende Effekte ausgingen, ist der Anstieg der Arbeitsproduktivität immer noch recht verhalten. Zwar dürften die auf dem Arbeitsmarkt ergriffenen Reformen mit einiger Verzögerung auch den Wachstumspfad der deutschen Volkswirtschaft erhöhen, gleichwohl muss die Politik aber auch weiterhin für

wachstumsfreundliche Rahmenbedingungen sorgen. Zu einem langfristig höheren Wachstum bei mehr Beschäftigung und produktiverem Einsatz aller Produktionsfaktoren können weitere Reformen, die eine Flexibilisierung auf den Faktor- und den Gütermärkten ermöglichen, sowie eine glaubwürdige Konsolidierungspolitik, die die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen gewährleistet, beitragen.



Rückblick auf das G8-Finanzministertreffen am 18. und 19. Mai 2007 in Potsdam

1	Einleitung	57
2	Internationale Finanzmärkte, insbesondere Transparenz von Hedge Fonds	57
3	Aufbau lokaler Anleihemärkte in Schwellen- und Entwicklungsländern	59
4	Good Financial Governance in Africa	60

- Hedge Fonds bleiben auf der Agenda.
- Lokale Anleihemärkte stärken wirtschaftliches Wachstum.
- Gute Regierungsführung ist wichtiger Faktor für die Armutsbekämpfung in Afrika.
- Der Aktionsplan „Good Financial Governance in Africa“ wurde durch die Staats- und Regierungschefs auf dem G 8-Gipfel in Heiligendamm bestätigt.

1 Einleitung

Am 18. und 19. Mai 2007 haben sich in Werder (Havel) bei Potsdam unmittelbar am Schwielowsee die Finanzminister der G8-Staaten (Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, Russland, USA sowie Deutschland) zu einem Vorbereitungstreffen anlässlich des G8-Gipfels der Staats- und Regierungschefs unter deutscher Präsidentschaft (vom 6. bis 8. Juni 2007) in Heiligendamm zusammengefunden.

An den Gesprächen haben auch die Europäische Kommission und der Internationale Währungsfonds (IWF) teilgenommen. Im Rahmen eines Outreach haben sich die G8-Finanzminister mit den Finanzministern aus Kamerun, Ghana, Mosambik, Nigeria und Südafrika sowie dem Präsident der Afrikanischen Entwicklungsbank (AfDB) über Aspekte guter Regierungsführung in Afrika ausgetauscht.

Im Vordergrund der Beratungen standen die folgenden Themen:

2 Internationale Finanzmärkte, insbesondere Transparenz von Hedge Fonds

Deutschland hat dieses Thema auf die Tagesordnung seiner EU- und G8-Präsidentschaften gesetzt. Die intensive Diskussion national und international zeigt, dass ein Nerv getroffen wurde. Politik, Aufsichtsbehörden und Notenbanken, die Hedge-Fonds-Branche, Investoren und Banken beteiligen sich an der Diskussion.

Noch 1990 waren nicht einmal 50 Mrd. US-Dollar in diesen Fonds investiert. Heute dürften die Aktiva etwa 1600 Mrd. US-Dollar betragen. Pensionsfonds, Lebensversicherungen und andere institutionelle Investoren sehen Hedge Fonds zunehmend als attraktive Anlage an. Wahrscheinlich wird das Wachstum in den kommenden Jahren anhalten.

In der Diskussion und Berichterstattung hat es immer wieder Missverständnisse gegeben. Zentrales Anliegen der Bundesregierung ist die Verringerung von Risiken für die Finanzmarkt-

stabilität, nicht Fragen der Unternehmensführung (Corporate Governance).

Dieses Ziel soll nicht mit stärkerer Regulierung erreicht werden; vielmehr sollen Transparenz und Marktdisziplin gestärkt werden.

Seit Anfang 2007 hat es eine Reihe wichtiger Stationen gegeben:

- Beim G7-Treffen in Essen wurde das Thema auf die Tagesordnung gebracht.
- Im Februar hat die Arbeitsgruppe des US-Präsidenten ihre Empfehlungen vorgelegt, die aus Sicht der Bundesregierung in die richtige Richtung gehen.
- Am 15. April fand ein informelles Gespräch der G7-Finanzstaatssekretäre mit Vertretern von Hedge Fonds in Washington statt.
- Am 8. Mai hat der ECOFIN Ratsschlussfolgerungen zu Hedge Fonds verabschiedet.

Mario Draghi, Vorsitzender des Financial Stability Forum (FSF), hat am G8-Treffen an der Diskussion zum Thema Hedge Fonds teilgenommen. Er hat den beim G7-Treffen in Essen in Auftrag gegebenen Bericht vorgestellt. Die G8-Finanzminister haben sich in ihren Schlussfolgerungen die Empfehlungen des FSF zu eigen gemacht.

Erstens: Die Hedge Fonds-Branche selbst soll anspruchsvolle Standards für ihr Geschäftsverhalten entwickeln:

- Sie soll ihr Risikomanagement verbessern.
- Sie soll die Bewertung ihrer Aktiva – die häufig nicht börsennotiert sind – transparent machen.
- Sie soll die Qualität ihrer Information für Geld- und Kreditgeber verbessern.

Die derzeit existierenden sog. sound practices reichen hierfür nicht aus.

Zweitens: Die Geschäftspartner der Fonds, d. h. Investoren und Kredit gebende Banken, sollen diese anspruchsvollen Standards einfordern und auf deren Einhaltung drängen. Nur so lässt sich ein größeres Maß an Marktdisziplin verwirklichen.

Drittens: Die Aufsichtsbehörden sollen die indirekte Überwachung der Hedge Fonds verbessern:

- Sie sollen prüfen, ob die Risikovorkehrungen der Institute unter ihrer Aufsicht bei Geschäften mit Hedge Fonds ausreichend sind: Ist auch für den Fall rasant schwindender Marktliquidität Vorsorge getroffen?
- Die Aufseher sollen außerdem ihren Meinungs- und Erfahrungsaustausch untereinander intensivieren.

Deutschland hält am längerfristigen Ziel eines Code of Conduct fest. Das FSF wird bis Oktober den Ministern über die Fortschritte berichten.



3 Aufbau lokaler Anleihemärkte in Schwellen- und Entwicklungsländern

Als Ergebnis der Beratungen im Kreis der G8-Finanzminister wurde ein Aktionsplan zum „Aufbau lokaler Anleihemärkte in Schwellen- und Entwicklungsländern“ verabschiedet. Inländische Anleihemärkte sind für Schwellen- und Entwicklungsländer einerseits und Industrieländer andererseits vorteilhaft:

Länder mit gut funktionierenden Finanzmärkten haben eine geringere Krisenanfälligkeit, da sie besser mit externen Schocks fertig werden. Die Asienkrise der 90er Jahre hätte bei funktionierenden Finanzmärkten weitaus weniger gravierend ausfallen können.

Anleihemärkte tragen ferner dazu bei, das wirtschaftliche Wachstum zu beschleunigen bzw. zu verstärken. Derzeit sind die Wachstumspotenziale noch nicht voll ausgeschöpft; ein Teil der Ersparnisse, z.B. in Asien, wird im Ausland angelegt, weil es an funktionsfähigen Anleihemärkten mangelt. Für Schwellen- und Entwicklungsländer ist es aber besser, ihre Ersparnisse im Inland zu investieren und so die heimische Wirtschaft zu stärken. Entwickelte Finanzmärkte setzen darüber hinaus eine Öffnung für ausländische Investoren voraus. Nach einer IWF-Studie haben Schwellenländer mit offenen Finanzmärkten in den letzten 30 Jahren ein dreimal größeres Wirtschaftswachstum erreicht als Länder, die sich nicht geöffnet haben.

Es gibt wichtige Gründe, dieses Thema jetzt unter deutschem G8-Vorsitz voranzubringen:

Das jetzige weltwirtschaftliche Umfeld mit geringen Inflationsraten, hoher Liquidität weltweit, hohen Wachstumsraten der Wirtschaft, hohen Sparraten und verbreiteter Wechselkursflexibilität schafft die richtigen Voraussetzungen, um ausländische Investoren auch für neue Märkte in Schwellen- und Entwicklungsländern zu interessieren.

Schwellenländer haben in den letzten Jahren große Fortschritte bei ihrer Integration in die globalen Finanzmärkte gemacht. Dennoch liegt noch ein weiter Weg vor ihnen: Das Volumen der Anleihemärkte in den Schwellenländern beläuft sich derzeit auf etwa 40 % des Volkseinkommens.

In entwickelten Märkten liegt diese Kennziffer mit 140 % mehr als dreimal so hoch.

Der G8-Aktionsplan schlägt konkrete Maßnahmen vor:

- Wichtig ist, dass der Staat einen nationalen Markt von Schuldenpapieren schafft. Pilotprojekte von Entwicklungsbanken können hilfreich sein, um einen solchen Markt zu schaffen.
- Derivate- und Swapmärkte müssen aufgebaut werden. Sie sind zur Absicherung von Zins- und Währungsrisiken für Investoren wichtig.
- Die Investorenbasis muss verbreitert werden. Notwendig sind Anreize für zusätzliche inländische institutionelle Investoren wie z.B. Pensionsfonds und Versicherungen, aber auch ausländische, langfristige Investoren.
- Verbreiterung der Datenbasis: Für die Investoren ist es wichtig, dass die Informationen über die Märkte in den Schwellenländern ausführlicher, zuverlässiger und vergleichbar werden.
- Unterstützung regionaler Initiativen – Beispiel Asian-Bond-Markets-Initiative – können das Wachstum der Finanzmärkte beflügeln.
- Die technische Hilfe soll verstärkt und ihre Koordination verbessert werden. Deutschland unterstützt bereits eine Reihe von Beratungsprojekten (z.B. Ukraine, Kroatien, Vietnam). Sowohl bilateral als auch multilateral soll dieses Engagement ausgebaut werden, um z.B. geeignete Projekte von IWF, Weltbank und regionalen Entwicklungsbanken zu unterstützen.

IWF und Weltbank werden regelmäßig über die Umsetzung des Aktionsplans berichten.

4 Good Financial Governance in Africa

Kofi Annan, ehemaliger Generalsekretär der UNO, hat gute Regierungsführung oder „Good Governance“ als wichtigsten Einzelfaktor für Wachstum und Armutsbekämpfung bezeichnet.

Vor allem afrikanische Länder weisen hier Defizite auf. Sie zeigen aber wachsendes Eigeninteresse und Eigenverantwortung. Angesichts höherer Zuflüsse durch Gelder der Entwicklungszusammenarbeit, gesteigerter Erlöse aus Rohstoffen und umfangreicher Schuldenerlasse ist gute Regierungsführung vor allem im Bereich der öffentlichen Finanzen eine wichtige Voraussetzung für die Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele. Daher wurde in Potsdam ein Aktionsplan „Good Financial Governance in Africa“ gemeinsam von den G8-Finanzministern und den eingeladenen afrikanischen Staaten erarbeitet.

Der G8-Aktionsplan benennt konkrete Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz der öffentlichen Finanzen in Afrika:

– Steigerung der Rechenschaftspflicht für Einnahmen aus Rohstoffen

Ziel der „Extractive Industries Transparency Initiative“ – EITI – ist, dass rohstoffreiche Länder ihre Erlöse aus Erdöl und anderen Ressourcen offenlegen und in ihren Haushalt aufnehmen. Eine Vielzahl von Ländern in Afrika, darunter Nigeria, Ghana und Kamerun, haben sich der Initiative bereits angeschlossen.

– Sicherung der Schuldentragfähigkeit

Der Erlass bilateraler und multilateraler Schulden hat eine Vielzahl von Ländern in Afrika in die Lage versetzt, die für den Schuldendienst vorgesehenen Mittel in die Armutsbekämpfung im eigenen Land zu investieren. Jetzt kommt es darauf an, den Aufbau neuer, nicht tragfähiger Schulden zu vermeiden. Hierfür tragen Kreditgeber und Kreditnehmer gleichermaßen Verantwortung. Eine wichtige Rolle spielt dabei das Rahmenwerk zur Schuldentragfähigkeit von IWF und Weltbank. Dieses hat konkrete Verschuldungsgrenzen in Abhängigkeit von der Qualität der Regierungsführung festgelegt. Die G8 ruft alle Kreditgeber auf, sich an diese Vorgaben zu halten; insbesondere sind hier auch Schwellenländer angesprochen.

Darüber hinaus setzt der Aktionsplan folgende Akzente:

- Stärkung der afrikanischen Steuersysteme;
- Einführung transparenter und effizienter Verfahren der Haushaltsführung;
- Förderung von Rechenschaftspflicht, Transparenz und Haushaltskontrolle;
- Unterstützung der Dezentralisierung im Bereich öffentlicher Finanzen.

Die Bundesregierung verfolgt bereits eine Vielzahl von Entwicklungsprojekten in diesen Bereichen und wird deren Gewicht ausbauen. An der Umsetzung des Aktionsplans, der beim G8-Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs in Heiligendamm bestätigt wurde, beteiligen sich maßgeblich das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sowie die Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ).

Bericht zur Internationalen Steuerkonferenz über eine Gemeinsame Konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage, 15. und 16. Mai 2007 im Bundesministerium der Finanzen

1	Einleitung	61
2	Eröffnung der Konferenz	62
2.1	Der steuerpflichtige Unternehmensgewinn – gemeinsame Strukturelemente	63
2.2	Internationale Aspekte, Konsolidierung und Aufteilung	64
2.3	Administrative Aspekte	65
3	Abschluss der Konferenz	65

- Eine Gemeinsame Konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (GKKB) bedeutet einheitliche Gewinnermittlungsvorschriften und die Berechnung eines EU-weiten Gesamtgewinns bei einer grenzüberschreitend tätigen Unternehmensgruppe.
- Derzeit findet eine breite Diskussion in Wissenschaft und Politik darüber statt, ob eine solche GKKB innerhalb der Europäischen Union umgesetzt werden kann und soll.
- Auf der Internationalen Steuerkonferenz wurden die Erwartungen und die Ausgestaltung, die mit einer GKKB verbunden sind, erörtert.
- Zu den Voraussetzungen ihrer Realisierung gehört die Sicherung des Steueraufkommens der Mitgliedstaaten.

1 Einleitung

Im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft richtete das Bundesministerium der Finanzen am 15. und 16. Mai 2007 in Berlin in Zusammenarbeit mit dem ZEW Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH und dem Max-Planck-Institut für Geistiges Eigentum, Wettbewerbs- und Steuerrecht eine Internationale Steuerkonferenz aus. Im Blickpunkt standen die Arbeiten zur Gemeinsamen Konsolidierten Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage. Mit über 250 internationalen Teilnehmern aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Verwaltung gelang es, in sehr konzentrierter Form die Komplexität der Materie aufzuarbeiten und in Teilbereichen neue Lösungsansätze aufzuzeigen. Damit lieferte die Konferenz einen wichtigen Beitrag für den für 2008 von der EU-Kommission angekündigten Legislativvorschlag.

Derzeit sehen sich die in der EU tätigen Unternehmen mit 27 verschiedenen Steuer- und Gewinnermittlungssystemen konfrontiert. Gewinne und Verluste einer grenzübergreifenden Unternehmensgruppe können nur sehr eingeschränkt miteinander verrechnet werden. Um den europäischen Binnenmarkt zu fördern, erarbeitet die EU-Kommission derzeit zusammen mit Experten aus den Mitgliedstaaten einen Vorschlag für einheitliche und EU-weit geltende Gewinnermittlungsvorschriften für Unternehmen. Dieser sieht innerhalb des Binnenmarkts eine Ermittlung des Gesamteinkommens einer multinationalen Gruppe nach einem einzigen Regelwerk vor. Das konsolidierte Einkommen würde dann in einem weiteren Schritt auf die in die Einkommensermittlung einbezogenen Gesellschaften dieser Gruppe mittels Schlüsselgrößen aufgeteilt. Voraussetzung ist aber, dass sich die Mitgliedstaaten auf gemeinsame Regelungen einigen können.

Die Befürworter verknüpfen mit der GKKB hohe Erwartungen. Es könnten sich bei einer entsprechenden Ausgestaltung die Verwaltungsaufwendungen für die innerhalb des Binnenmarkts operierenden Unternehmen reduzieren, was die Wettbewerbsfähigkeit der EU gegenüber den anderen großen Wirtschaftsräumen stärken würde. Aus wirtschaftlicher Sicht sei die GKKB darüber hinaus eine Voraussetzung dafür, dass ein Konzern sein gesamtes ökonomisches Potenzial nutzen kann. Eine Konsolidierung der Unternehmensgewinne würde eine europäische Konzernbesteuerung mit einer Verrechnung von Konzerngewinnen und -verlusten sowie die Beseitigung der Verrechnungspreisproblematik ermöglichen. Zudem könnte die mit einer gemeinsamen Bemessungsgrundlage einhergehende Transparenz ein Baustein zur Verhinderung eines schädlichen und die nationalen Staatshaushalte aufzehrenden Steuerwettbewerbs sein. Ein weiterer Beweggrund ist, mit einer gemeinsamen Bemessungsgrundlage aktiv und gestaltend auf die Vorgaben der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zur Unternehmensbesteuerung zu reagieren. Auch damit wird die Erwartung verknüpft, das Steueraufkommen und damit die Handlungsfähigkeit und Planungssicherheit der einzelnen Mitgliedstaaten zu stärken.

Die kritischen Stimmen zu einer GKKB stellen in Frage, ob eine solche den hochgesteckten Zielen überhaupt gerecht werden kann. Sie beklagen darüber hinaus, dass die Mitgliedstaaten bei Einführung einer GKKB einen wichtigen Teil ihrer Steuersouveränität aufgeben müssten. Viele materiell-rechtliche und administrative Probleme seien zudem kaum zu lösen. Es gibt daher auch Stimmen, die alternative Konzepte in den Diskussionsprozess einbringen möchten. Zwischen Befürwortern und Kritikern besteht jedoch überwiegend Einvernehmen dahin gehend, dass die noch offenen Fragen und Risiken im Zusammenhang mit der GKKB umfassend diskutiert und bewertet werden müssen, bevor definitive Schritte gegangen werden können.

2 Eröffnung der Konferenz

In seiner Eröffnungsrede hat der Bundesminister der Finanzen, Peer Steinbrück, das Projekt einer GKKB in den größeren Zusammenhang der europäischen Politik gestellt. Er wies unter anderem darauf hin, dass das Spannungsverhältnis zwischen nationaler Souveränität und Verantwortlichkeit auf der einen Seite und den Anforderungen des Binnenmarktes auf der anderen Seite die Mitgliedstaaten vor sehr große Herausforderungen stelle. Es gelte, nach neuen Wegen zu suchen, um zu einem fairen Ausgleich zwischen nationalen Interessen und dem Gesamtinteresse der Europäischen Union zu kommen. Erst vor wenigen Wochen haben sich die Finanzminister auf dem ECOFIN zu dem Erfordernis eines reibungslosen Zusammenwirkens der einzelstaatlichen souveränen Steuersysteme bekannt. Er betonte aber ausdrücklich, dass das Ziel, steuerliche Hindernisse im Binnenmarkt zu überwinden, nicht durch nachhaltige Beschädigung des Steueraufkommens einzelner Mitgliedstaaten erkauft werden dürfe. In diesem Zusammenhang wies er auch auf die Problematik des inner-europäischen Steuerwettbewerbs hin. Europa brauche ein „Level Playing Field“, das seine Stärken und Chancen im internationalen Wettbewerb fördert, ohne zugleich das europäische Wirtschaftsmodell zu schwächen.

Der für Steuern und Zoll zuständige EU-Kommissar László Kovács unterstrich in seiner Rede die Bedeutung dieser Initiative für die europäische Wettbewerbsfähigkeit. Eine GKKB sei ein wichtiger Beitrag zur Erreichung der Lissabon-Ziele. Die Bemessungsgrundlage solle breit angelegt, einfach und einheitlich sein und so wenige Ausnahmeregelungen wie möglich enthalten. Die danach berechneten Gewinne seien zu konsolidieren. Er bekräftigte seine Auffassung, dass eine GKKB für die Unternehmen nur optional zur Anwendung kommen sollte. Die Initiative, die Gewinnermittlungsvorschriften zu vereinheitlichen, berühre zudem nicht die Steuersätze. Die Souveränität hierüber verbleibe voll bei den Mitgliedstaaten. Er kündigte an, bereits im nächsten Jahr einen förmlichen Legislativvorschlag zur GKKB im Anschluss an eine Folgenabschätzung vorzulegen. Diese Eckpunkte der Europäischen Kommission finden

sich auch in ihrer Mitteilung zur GKKB vom 2. Mai 2007, die auf der Homepage der EU-Kommission veröffentlicht ist.

In seinem Vortrag führte Prof. Dr. Christoph Spengel (ZEW) aus Sicht der Wissenschaft in die Thematik ein. Er gab einen Überblick über die wesentlichen Unterschiede der derzeit in den 27 Mitgliedstaaten bestehenden Gewinnermittlungssysteme. Daraus ergäben sich Probleme wie zum Beispiel die Beeinträchtigung der Funktionsfähigkeit des europäischen Binnenmarktes, die Behinderung grenzüberschreitender Geschäftstätigkeit sowie die bestehenden Konflikte mit dem EU-Recht. Als theoretisch denkbare Lösungsansätze benannte er folgende Alternativen: eine Harmonisierung der Steuersätze als einzelne Maßnahme; eine Harmonisierung der Bemessungsgrundlage ohne Konsolidierung; eine Harmonisierung der Bemessungsgrundlage mit grenzüberschreitender Verlustverrechnung; eine Harmonisierung der Bemessungsgrundlage mit Konsolidierung und Aufteilung. Dabei kam er zu dem Schluss, dass durch eine GKKB die bestehenden Hindernisse im Wesentlichen beseitigt werden könnten. Prof. Dr. Spengel zeigte aber auch die wesentlichen Fragen, die im Zusammenhang mit einer GKKB gelöst werden müssten, auf und schuf damit die Grundlage für die sich anschließende Diskussion im Rahmen der spezifischen Themenblöcke. Abschließend warf er die Frage auf, ob eine einheitliche Bemessungsgrundlage nicht die Gefahr innehaben könnte, den Wettbewerb um die Steuersätze zu verschärfen.

Im Anschluss an diese einführenden Reden und Vorträge wurden die dort aufgeworfenen Themen strukturiert aufbereitet. Die aus den Vorträgen und der Diskussion zu den einzelnen Bereichen ergangenen wesentlichen Erkenntnisse werden nachfolgend kurz beleuchtet:



2.1 Der steuerpflichtige Unternehmensgewinn – gemeinsame Strukturelemente

Unter der Leitung von Prof. Dr. Wolfgang Schön (Max-Planck-Institut, München) wurden die gemeinsamen Strukturelemente des steuerpflichtigen Unternehmensgewinns erörtert. Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung waren DDr. Gunter Mayr vom österreichischen Finanzministerium, Dr. Krister Anderson von BUSINESSEUROPE, Malcolm Gammie QC (Queen's Counsel) vom Institute for Fiscal Studies, Dr. Martina Baumgärtel vom Comité Européen des Assurances, Christian Comolet-Tirman vom Ministerium für Wirtschaft, Finanzen und Industrie Frankreich sowie Prof. Dr. Peter Essers von der University of Tilburg.

Die fachlichen Arbeiten in diesem Bereich sind bereits weit fortgeschritten. Auf der Ebene von Experten-Arbeitsgruppen der EU-Kommission zur GKKB, die seit dem Jahr 2005 regelmäßig tagen, wurden u.a. Eckpunkte für ein stimmiges und geschlossenes System erarbeitet. So wurden in den Bereichen Abschreibungen und Rückstellungen Konzepte erarbeitet, die auf Konsensfähigkeit hoffen lassen. Weitgehende Übereinstimmung besteht in Bezug auf die Zugrundelegung des Realisationsprinzips. Zur Frage der Zurechnung von Wirtschaftsgütern wurde bereits eine gemeinsame Definition erarbeitet. Die Ergebnisse aus den einzelnen Arbeitsgruppen sind auf der Homepage der EU-Kommission veröffentlicht.

Die Diskussion ist naturgemäß noch nicht abgeschlossen, ein gemeinsamer Weg scheint aber möglich. Kontrovers diskutiert wurde insbesondere die Frage, ob eine gemeinsame Bemessungsgrundlage den Unternehmen als Option zur Verfügung stehen oder ob diese verpflichtend sein sollte. Die EU-Kommission befürwortet ein Wahlrecht zur GKKB. Eine Auffassung, die von vielen Experten – insbesondere von Vertretern der Steuerverwaltungen sowie kleiner und mittlerer Unternehmen – aber nicht geteilt wird.

2.2 Internationale Aspekte, Konsolidierung und Aufteilung

Unter Leitung von Florian Scheurle, Abteilungsleiter im deutschen Bundesministerium der Finanzen, fand eine Befassung mit dem Themenkomplex „Internationale Aspekte, Konsolidierung und Aufteilung“ statt. Teilnehmer waren Prof. Dr. Ulrich Schreiber (ZEW), Prof. Jack Mintz von der NYU Law School, Prof. Dr. Michael Lang, Wirtschaftsuniversität Wien, Bruno Gibert als Vorsitzender des EU Joint Transfer Pricing Forum, Mary Bennett von der OECD sowie Ivar Nordland vom dänischen Finanzministerium. In diesem Bereich sind nach Einschätzung der Experten die fachlichen Arbeiten noch nicht so weit fortgeschritten. Das haben die Beiträge und die Diskussion deutlich gemacht.

Einigkeit bestand darüber, dass zunächst eine Definition der Gruppe gefunden werden müsse. Hierdurch wird festgelegt, welche Konzerngesellschaften und Betriebsstätten in den Konsolidierungskreis mit einzubeziehen sind. Ferner stand zur Debatte, ob eine Gruppe grundsätzlich als Einheit besteuert werden sollte oder ob in besonderen und einzeln festzulegenden Situationen eine isolierte steuerliche Behandlung besser geeignet wäre. Insoweit wurde die Gefahr unerwünschter Steuergestaltungen, die durch einen Ausschluss bestimmter Einkommensteile (z.B. von Drittstaateneinkünften) aus der GKKB entstehen kann, deutlich gemacht. In diesem Zusammenhang wurde auch auf die Problematik der Verschiebung von Besteuerungssubstrat zwischen den Mitgliedstaaten in den Fällen des Gruppenein-/austritts hingewiesen. Hier müssen Lösungen gefunden werden.

Die Konsolidierung macht es notwendig, die gemeinsame Bemessungsgrundlage nach einem einheitlichen Aufteilungsmechanismus auf die einzelnen Mitgliedstaaten zu verteilen. Hierbei kommt eine Aufteilung nach verschiedenen Größen in Betracht: Nach makroökonomischen Größen, zum Beispiel nach Bruttoinlandsprodukt, oder nach mikroökonomischen Größen, zum Beispiel nach der Wertschöpfung oder – wie in den USA und Kanada – nach einer aus mehreren Faktoren bestehenden Formel (z.B. Arbeit, Vermögen, Umsätze). Die Diskussion

um den Aufteilungsmechanismus ist ein äußerst sensibler Bereich mit weit reichenden Konsequenzen insbesondere für das Budget der einzelnen Mitgliedstaaten. Vor dem Hintergrund der Schlagwörter „Vermeidung ökonomischer Verzerrungen“ und „Aufkommenseffekte bei den Mitgliedstaaten“ sind hier noch viele Diskussionen auf politischer Ebene zu erwarten. In diesem Zusammenhang sind die von mehreren Diskussionsteilnehmern eingebrachten Anregungen aus den langjährigen Erfahrungen in den USA und Kanada für die weitere Debatte von besonderem Wert.

Der Themenbereich der internationalen Aspekte warf insbesondere die Fragen auf, ob eine GKKB mit den Doppelbesteuerungsabkommen der Mitgliedstaaten mit Drittstaaten im Einklang steht beziehungsweise inwieweit diese von den Regelungen zu einer GKKB überlagert werden würden. Es wurden auch Überlegungen dahin gehend angestellt, ob und inwieweit diese Doppelbesteuerungsabkommen unter Umständen vereinheitlicht werden sollten. Des Weiteren, ob die Problematik der Abwanderung von Steuersubstrat aus der EU in Drittstaaten verschärft wird und ob in diesem Zusammenhang ein einheitlicher Standard von Abwehrvorschriften erforderlich ist.

Es wurde darauf hingewiesen, dass eine GKKB eine deutliche Abkehr von dem bisherigen Konsens des Fremdvergleichsgrundsatzes sei. Zwar wurde unterstrichen, dass ein Nebeneinander von unterschiedlichen Systemen denkbar sei, diese müssten dann aber reibungslos miteinander funktionieren können. Vertreter der OECD und Diskutanten aus Nicht-EU-Staaten konnten hier wertvolle Aspekte einbringen.



2.3 Administrative Aspekte

Unter der Leitung von Dr. Wolfgang Nolz, Sektionschef im österreichischen Finanzministerium, wurden die administrativen Schwierigkeiten, mit denen Unternehmen derzeit wegen 27 verschiedener Systeme in der EU konfrontiert sind, auf der einen Seite, aber auch die administrativen Herausforderungen einer GKKB auf der anderen Seite anschaulich dargestellt und diskutiert. Aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung waren Ernst Czakert vom deutschen Bundesministerium der Finanzen, Theo Keijzer von Shell International B.V., Miklós Kok von der ungarischen „Tax and Financial Control Administration“, Dr. Matthias Mors von der Europäischen Kommission, Prof. Dr. Maria Teresa Soler Roch von der Universität Alicante sowie Philip Baker von den Gray's Inn Tax Chambers beteiligt.

Die GKKB wurde als eine mögliche Antwort auf die administrativen Probleme dargestellt. Es wurden aber auch die administrativen Folgen und Fragestellungen dargelegt, die sich als logische Konsequenz aus den im Abschnitt 2.1 und 2.3 diskutierten materiell-rechtlichen Grundlagen ergeben. Denn gemeinsame Regeln machen nur Sinn, wenn auch ihre einheitliche Anwendung in der Praxis sichergestellt werden kann. Die Bedürfnisse sowohl der Verwaltungs- als auch der Unternehmensseite wurden geschildert: Ein gemeinsames Regelwerk muss praktikabel sein und gleichmäßig umgesetzt werden können; eine einheitliche Bemessungsgrundlage bedarf auch einheitlicher administrativer Regelungen; und eine gemeinsame Rechtsgrundlage braucht ein zumindest verzahntes Verwaltungs- und Gerichtsverfahren in den Mitgliedstaaten.

Von der Mehrheit der Diskutanten wurden die bestehenden Verfahren in der EU zur gegenseitigen Amtshilfe als nicht ausreichend beurteilt. Neue, den Anforderungen einer GKKB angemessene Strukturen müssten gefunden werden. Erörtert wurde insbesondere, wie das Spannungsverhältnis zwischen dem Wunsch der Wirtschaft nach einem sogenannten „One-Stop-Shop“ für Konzerne – das heißt eine einzige steuerliche Anlaufstelle – und den Bedürfnissen der Mitgliedstaaten nach angemessener Beteiligung

am Besteuerungsverfahren gelöst werden könnte. Insoweit wurde vor allem auf die Möglichkeiten des elektronischen Datenaustausches hingewiesen. Hinsichtlich der Durchführung von Betriebsprüfungen und Streitverfahren bis hin zu gerichtlichen Verfahren wurde von mehreren Diskutanten eine Kombination zwischen nationaler Zuständigkeit und EU-weiter Koordinierung vorgeschlagen. Es waren aber auch Stimmen zu hören, die eine stärkere Zentralisierung auf europäischer Ebene favorisieren.

3 Abschluss der Konferenz

Im seinem Schlussvortrag resümierte der für die Steuerpolitik im Bundesministerium zuständige Staatssekretär Dr. Axel Nawrath den Konferenzverlauf. Er wies dabei sowohl auf die Vorteile hin, die mit einer GKKB verbundenen werden, mahnte aber gleichzeitig eine Ausgestaltung an, die einen Ausgleich zwischen dem Interesse der Mitgliedstaaten nach ausreichenden Steuereinnahmen und dem Interesse der Wirtschaft nach der Reduzierung von administrativen Hindernissen schafft. Der Staatssekretär unterstrich die Unterstützung Deutschlands an den weiteren Arbeiten zur Entwicklung einer GKKB. Er betonte weiter, dass man nach Vorlage des Legislativvorschlags durch die Kommission genau untersuchen muss, welche Auswirkungen eine Umsetzung des Vorschlags auf den Wettbewerb im europäischen Binnenmarkt hat. Vorschläge, die – in ihrer Wirkung auf den schon bestehenden europäischen Rechtsrahmen aufbauend – die Möglichkeit zu schädlichem Steuerwettbewerb nicht beseitigen, werde Deutschland nicht unterstützen. Denn eine GKKB um jeden Preis, so Dr. Nawrath, dürfe es nicht geben.

Die in der Konferenz erarbeiteten Eckpunkte und die in der Diskussion aufgeworfenen Fragen konnten einen guten Überblick über die verschiedenen Aspekte bieten und leisten dadurch für die weitere Diskussion einen wertvollen Beitrag.



Steuerliche Behandlung von staatlichen Zahlungen zur Investitionsförderung in den Mitgliedstaaten der EU-25

Zusammenfassung einer Studie der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young AG¹

1	Einleitung	67
2	Grundlagen des EU-Beihilferechts	68
3	Rechtliche Veränderungen bei den Regionalleitlinien	69
4	Auswirkungen auf das reale Förderniveau	72
5	Steuerliche Behandlung von Beihilfen	72
6	Fazit	74

- Übergang vom Netto- zum Bruttosubventionsäquivalent durch die neuen Regionalleitlinien hat für Investitionen in Deutschland keine nennenswerten negativen Auswirkungen.
- Staatliche Zahlungen zur Investitionsförderung unterliegen in fast allen Mitgliedstaaten der Ertragsteuerverpflicht.
- Die deutsche Investitionszulage hat ein Alleinstellungsmerkmal innerhalb der EU.
- Fördergefälle Deutschland zu den übrigen Mitgliedstaaten hat sich ab 1. Januar 2007 in unterschiedlichen Richtungen verändert.

1 Einleitung

Der 1. Januar 2007 war eine Zäsur in der europäischen Regional- und Beihilfepolitik. Es begann nicht nur die neue Förderperiode für die EU-Strukturfonds und den Kohäsionsfonds, auch bei der EU-Beihilfenkontrolle liefen die Genehmigungen nationaler regionalpolitischer Maßnahmen zum 31. Dezember 2006 aus. Mit den Strukturfonds und dem Kohäsionsfonds finanziert die EU Maßnahmen zur Strukturverbesserung in den Mitgliedstaaten aus ihrem Haushalt. Mit ihrer Einstellung in die nationalen Haushalte nehmen diese Mittel den Charakter staatlicher Mittel im Sinne von Artikel 87 Absatz 1 EG-Vertrag an. Diese staatlichen Mittel (national und EU) unterliegen der Beihilfenkontrolle der EU-Kommission.

Als erstes Element für das neue Beihilferegime in der Förderperiode 2007 bis 2013 wur-

den am 21. Dezember 2005 die „Leitlinien für staatliche Beihilfen mit regionaler Zielsetzung“ von der EU-Kommission beschlossen und am 4. März 2006 im Amtsblatt veröffentlicht (C 54/13ff). Diese Leitlinien sind die Grundlage für die Erstellung der Fördergebietskarte in allen EU-Mitgliedstaaten für die neue Förderperiode. Beeinflusst durch ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) beabsichtigte die EU-Kommission – im Gegensatz zum früheren Verfahren –, eine etwaige Besteuerung von Beihilfen in den Mitgliedstaaten bei der Ermittlung des sogenannten Subventionsäquivalents, also des Wertes einer Beihilfe im Verhältnis zu den förderfähigen Investitionskosten, nicht mehr zu berücksichtigen. Dies wird als Übergang vom Netto- zum Bruttosubventionsäquivalent bezeichnet. Außerdem sollten die Förderhöchstsätze und der Umfang der Fördergebiete reduziert werden.

¹ Verantwortlich bei Ernst & Young: Franz-Josef Epping und Stephan Naumann.

Da das Niveau der Besteuerung in den 25 einzelnen Mitgliedstaaten der EU (EU-25) sehr unterschiedlich ist und Deutschland eher den Hochsteuerländern zugerechnet wird, war damit eine Vergrößerung des Fördergefälles vor allem zu den eher unter die Niedrigsteuerländer einzuordnenden Staaten Mittel- und Osteuropas zu erwarten. Um diese wahrscheinlich negativen Auswirkungen der zum damaligen Zeitpunkt zu erwartenden Beihilferechtsänderungen zu erfassen und die Auswirkungen der unterschiedlichen Besteuerungen quantifizieren zu können, wurde im Jahre 2005 ein Auftrag an die Ernst & Young AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (im Folgenden: Ernst & Young) vergeben.

Auftragsinhalt:

- Ermittlung des Ist-Zustandes bei den Investitionsbeihilfen in der Förderperiode 2000 bis 2006, und zwar im Einzelnen:
 - EU-rechtlich mögliche Förderhöchstgrenzen,
 - Reale Förderhöchstgrenzen aufgrund der angebotenen Förderprogramme und -maßnahmen,
 - Steuerliche Behandlung dieser Beihilfen;
- Veränderungen in der Förderperiode 2007 bis 2013, und zwar:
 - EU-rechtlich mögliche Förderhöchstgrenzen,
 - Prognose der realen Förderhöchstgrenzen aufgrund der bestehenden Förderprogramme und -maßnahmen,
 - steuerliche Veränderungen;
- etwaige Veränderungen im Fördergefälle zu Deutschland im Vergleich 2006 zu 2007;
- Darstellung der Wirkungen auf Investoren aus verschiedenen Ländern (Deutschland, EU, USA, Japan).

2 Grundlagen des EU-Beihilferechts

Subventionen, im Rahmen der EU „Beihilfen“ genannt – die Begriffe sind allerdings nicht ganz deckungsgleich –, können grundsätzlich den Wettbewerb im gemeinsamen Markt verzerren. Dies ist bereits von den Vätern der Römischen Verträge erkannt worden. Daher ist der EU-Kommission die Zuständigkeit für die Kontrolle von Subventionen an Marktteilnehmer in der EU vorbehalten. Sie ist in Fragen des Beihilferechts nicht auf die Zustimmung der Mitgliedstaaten angewiesen. Rechtsgrundlage ist Artikel 87 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (EG-Vertrag). Dieser beinhaltet ein Beihilfenverbot mit Erlaubnisvorbehalt für Regionalfördermaßnahmen nach Absatz 3 Buchstabe a) bzw. c) des Artikels.

Mit den Regionalleitlinien setzt die EU-Kommission die Kriterien für die Fördergebiete nach Buchstabe a) und Buchstabe c) einschließlich weiterer Differenzierungen, für den maximal zulässigen Fördergebietsumfang pro Mitgliedstaat und für die Differenzierung der zulässigen Höchstfördersätze nach der Unternehmensgröße.

Hauptindikator bei den Gebietsfestlegungen ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Einwohner, da dieses in allen Mitgliedstaaten regionalisiert vorliegt, bei der Unternehmensgröße Umsatz bzw. Bilanzsumme und Beschäftigung.²

Beihilfen werden in der EU in vielfältiger Art und Weise gewährt, als nicht rückzahlbare Barzuwendungen (steuerfreie Zulagen oder steuerpflichtige Zuschüsse), Darlehensbeteiligungen, Bürgschaften, Garantien, Ermäßigungen oder Befreiungen von Steuern und Abgaben.

² Definition gemäß Anhang 1 der Verordnung (EG) Nr. 364/2004 (ABl. EG L 63/22 vom 28. Februar 2004) in der jeweils geltenden Fassung.

Staatliche Beihilfen

(Auszug aus dem EG-Vertrag)

Artikel 87

(1) Soweit in diesem Vertrag nicht etwas anderes bestimmt ist, sind staatliche oder aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfen gleich welcher Art, die durch die Begünstigung bestimmter Unternehmen oder Produktionszweige den Wettbewerb verfälschen oder zu verfälschen drohen, mit dem gemeinsamen Markt unvereinbar, soweit sie den Handel zwischen den Mitgliedstaaten beeinträchtigen.

(2) Mit dem gemeinsamen Markt vereinbar sind: ...

(3) Als mit dem gemeinsamen Markt vereinbar können gesehen werden:

a) Beihilfen zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung von Gebieten, in denen die Lebenshaltung außergewöhnlich niedrig ist oder eine erhebliche Unterbeschäftigung herrscht.

...

c) Beihilfen zur Förderung der Entwicklung gewisser Wirtschaftszweige oder Wirtschaftsgebiete, soweit sie die Handelsbedingungen nicht in einer Weise verändern, die dem gemeinsamen Interesse zuwiderläuft;

....

3 Rechtliche Veränderungen bei den Regionalleitlinien

Mit den neuen Regionalleitlinien wurden nicht nur die bisherigen Leitlinien überarbeitet, sondern auch das besondere Regelwerk für große Investitionsvorhaben (multisektoraler Beihilferahmen für große Investitionsvorhaben) in die Regionalleitlinien eingearbeitet, das Bruttoförderniveau in den EU-Mitgliedstaaten allgemein abgesenkt und es wurde vom Netto- zum Bruttosubventionsäquivalent (NSÄ bzw. BSÄ) übergegangen.

Die Veränderungen im Förderniveau sind aus der Tabelle 1 (Siehe S. 70) zu entnehmen.

Der Begriff der „vom statistischen Effekt betroffenen Gebiete“ bedarf der Erläuterung. Diese Gebiete erfüllen die für Art. 87 Absatz 3 Buchstabe a) geltenden Kriterien in der EU-25 nicht mehr, würden sie aber in der EU-15 (15 alte EU-Mitgliedstaaten vor EU-Osterweiterung) erfüllen. Sie sind nicht aufgrund einer Verbesserung ihrer Wirtschaftslage hinausgewachsen, sondern aufgrund der Veränderung der statistischen Basis. Es gibt ferner Sonderregelungen für Gebiete in äußerster Randlage, mit geringer Bevölkerungsdichte und Inseln, die aber von nachrangiger Bedeutung sind.

Umgesetzt auf Mitgliedstaaten im Verhältnis zu Deutschland kommt Ernst & Young zu den aus den Abbildungen ersichtlichen Ergebnissen.

Die Abbildungen zeigen, dass zu den Mittelmeerstaaten, aber auch zu den unmittelbaren Nachbarn Polen und Tschechien das rechtlich mögliche Fördergefälle gesunken ist. Zu den Alt-EU-Staaten ist es dagegen tendenziell größer geworden. Dies gilt bei den im internationalen Standortwettbewerb besonders interessanten großen Unternehmen auch für die baltischen Staaten. Der Effekt liegt vor allem darin begründet, dass sich das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Kaufkraftstandards (BIP je EW in KKS) in weiten Teilen dieser Länder erhöht hat und sich die Fördersätze dadurch reduziert haben.

Tabelle 1: Übergang Regionalbeihilfeleitlinien 2000 bis 2006 zu 2007 bis 2013 – rechtliche Veränderungen

Gebietskategorie	Beihilfeintensität					
	Großunternehmen		mittleres Unternehmen (BSÄ) ¹		kleines Unternehmen (BSÄ) ¹	
	2000–2006 (NSÄ)	2007–2013 (BSÄ)	2000–2006	2007–2013	2000–2006	2007–2013
Gebiete i.S.d. Art. 87 Abs. 3 Buchst. a) EG:						
75 % des Gemeinschaftsdurchschnitts > Pro-Kopf-BIP ≥ 60 % des Gemeinschaftsdurchschnitts	40 %	30 %	+ 15 %-Pkt.	+ 10 %-Pkt.	+ 15 %-Pkt.	+ 20 %-Pkt.
60 % des Gemeinschaftsdurchschnitts > Pro-Kopf-BIP ≥ 45 % des Gemeinschaftsdurchschnitts	50 %	40 %	+ 15 %-Pkt.	+ 10 %-Pkt.	+ 15 %-Pkt.	+ 20 %-Pkt.
Pro-Kopf-BIP < 45 % des Gemeinschaftsdurchschnitts	50 %	50 %	+ 15 %-Pkt.	+ 10 %-Pkt.	+ 15 %-Pkt.	+ 20 %-Pkt.
Vom statistischen Effekt der Erweiterung betroffene Gebiete	40 %	30 %	+ 15 %-Pkt.	+ 10 %-Pkt.	+ 15 %-Pkt.	+ 20 %-Pkt.
Gebiete i.S.d. Art. 87 Abs. 3 Buchst. c) EG:						
Gebiete mit Pro-Kopf-BIP > Gemeinschaftsdurchschnitt und Arbeitslosenquote < Gemeinschaftsdurchschnitt	10 %	10 %	+ 10 %-Pkt.	+ 10 %-Pkt.	+ 10 %-Pkt.	+ 20 %-Pkt.
Übrige Gebiete	20 %	15 %	+ 10 %-Pkt.	+ 10 %-Pkt.	+ 10 %-Pkt.	+ 20 %-Pkt.
Vom statistischen Effekt der Erweiterung betroffene Gebiete ab 2011	–	20 %	+ 10 %-Pkt.	+ 10 %-Pkt.	+ 10 %-Pkt.	+ 20 %-Pkt.

¹ Kein KMU-Zuschlag für Unternehmen aus dem Verkehrssektor. Es existieren diverse Sonderregelungen, z. B. in den Gebieten in äußerster Randlage oder in den Gebieten mit einer geringeren Bevölkerungsdichte.

Quelle: Ernst & Young AG.

Abbildung 1: Ergebnisse der Studie
Veränderung des rechtlich möglichen Förderniveaus im Vergleich zu Deutschland für Großunternehmen ab 2007

- Anstieg des rechtlich möglichen Förderniveaus im Vergleich zu Deutschland
- Keine Veränderung des rechtlich möglichen Förderniveaus im Vergleich zu Deutschland
- Absenkung des rechtlich möglichen Förderniveaus im Vergleich zu Deutschland

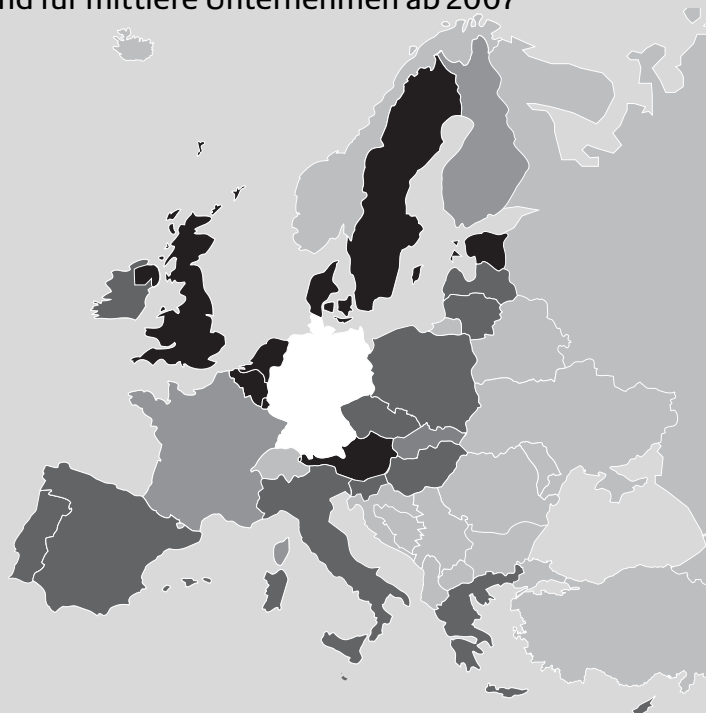


Quelle: Ernst & Young AG.

Abbildung 2: Ergebnisse der Studie

Veränderung des rechtlich möglichen Förderniveaus im Vergleich zu Deutschland für mittlere Unternehmen ab 2007

- Anstieg des rechtlich möglichen Förderniveaus im Vergleich zu Deutschland
- Keine Veränderung des rechtlich möglichen Förderniveaus im Vergleich zu Deutschland
- Absenkung des rechtlich möglichen Förderniveaus im Vergleich zu Deutschland

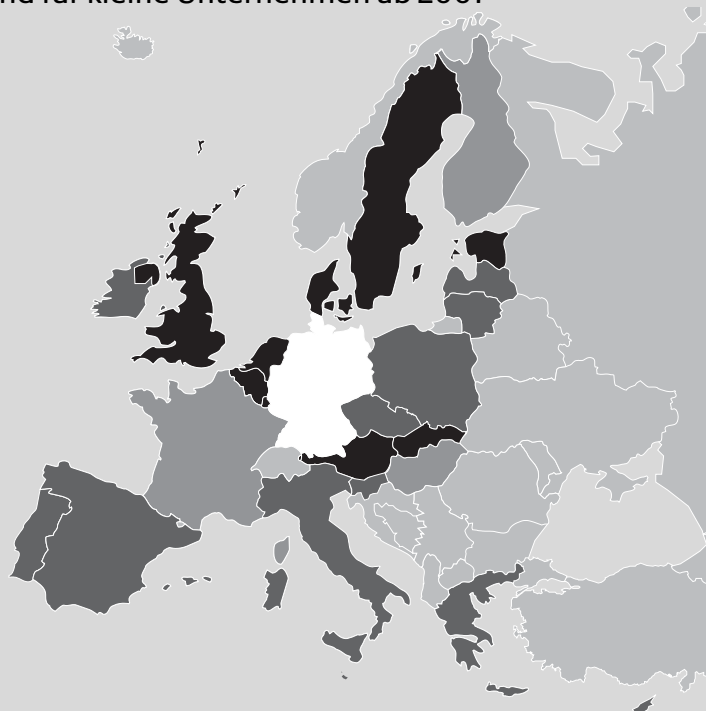


Quelle: Ernst & Young AG.

Abbildung 3: Ergebnisse der Studie

Veränderung des rechtlich möglichen Förderniveaus im Vergleich zu Deutschland für kleine Unternehmen ab 2007

- Anstieg des rechtlich möglichen Förderniveaus im Vergleich zu Deutschland
- Keine Veränderung des rechtlich möglichen Förderniveaus im Vergleich zu Deutschland
- Absenkung des rechtlich möglichen Förderniveaus im Vergleich zu Deutschland



Quelle: Ernst & Young AG.

4 Auswirkungen auf das reale Förderniveau

Aus finanz- oder förderpolitischen Gründen haben die Mitgliedstaaten diese rechtlichen Möglichkeiten in vielen Fällen nicht in die Förderprogramme umgesetzt. Damit heißt es für Investoren: Das EU-rechtlich Mögliche ist für sie nicht real möglich.

Hierbei wurde die Komplexität der Aufgabe sehr rasch deutlich. Über das Netzwerk des Auftragnehmers wurden die relevanten Förderprogramme mit einem Nettosubventionsäquivalent von mehr als 3,5% sowie deren steuerliche Behandlung in den Mitgliedstaaten ermittelt. Um den Umfang einer solchen Studie nicht zu sprengen, wurden Modellinvestitionen für kleine, mittlere und große Unternehmen in jeweils typischen Rechtsformen festgelegt und einheitliche AfA-Werte für Ausrüstungen und Gebäudeinvestitionen sowie einheitliche Abzinsungssätze für alle Mitgliedstaaten zugrunde gelegt.

Weitere Annahmen:

- Inanspruchnahme des Programms mit dem höchsten Fördersatz und günstigster steuerlicher Behandlung,
- Ausschöpfung des Förderhöchstsatzes,
- im Falle der Kumulation und Überschreitung des zulässigen Förderhöchstsatzes steuerfreie vor steuerpflichtiger Förderung,
- grundsätzliche Fortführung der Programme in 2007,
- Steuergesetzlage Oktober 2005,
- Investor erzielt Gewinne ab dem ersten Jahr,
- Höchststeuersatz,
- Berücksichtigung eines Steuermultiplikators.

Um eine Aussage zur Relevanz der Beihilfen treffen zu können, wird als weiterer Indikator ein durchschnittlicher Fördersatz pro Bürger in den Fördergebieten angelegt.

5 Steuerliche Behandlung von Beihilfen

Ernst & Young stellt dazu fest: Mit Ausnahme von nicht rückzahlbaren Barzuwendungen haben die übrigen Förderinstrumente keine oder nur geringe steuerliche Auswirkungen. In fast allen Mitgliedstaaten unterliegen Barzuwendungen der Ertragsteuernpflicht (Investitionszuschüsse) und zwar dadurch, dass die Abschreibungsbasis durch Minderung der Anschaffungskosten reduziert wird und damit später eine höhere Steuerbelastung eintritt. Der Übergang zum Bruttosubventionsäquivalent hat unter diesen Umständen nur geringe Auswirkungen auf das reale Förderniveau. Die Förderhöchstsätze werden in den meisten Mitgliedstaaten nicht ausgeschöpft. Die steuerfreie nicht rückzahlbare Barzuwendung für die neuen Länder in Deutschland (Investitionszulage) hat ein Alleinstellungsmerkmal innerhalb der EU, das unter dem Gesichtspunkt der Transparenz und Vergleichbarkeit in Frage zu stellen ist. Da die Investitionszulage auch die Anschaffungskosten des beschafften Wirtschaftsgutes nicht mindert, führt sie bei Einzelunternehmen und Personengesellschaften zu einer definitiven Steuerbefreiung. Gleiches gilt bei Kapitalgesellschaften jedenfalls für die Gesellschaft selbst, wenn auch nicht für die Gesellschafter. Im Fördergefälle insbesondere zu den neuen Mitgliedstaaten sind durch die Investitionszulage gerade mittelständische Unternehmen, die als Personengesellschaften oder Einzelunternehmen auftreten, besonders begünstigt.

Damit geht auch der wiederholt erhobene Vorwurf fehl, mit der Besteuerung von Barzuwendungen würden Unternehmensinvestitionen in Deutschland gegenüber dem Ausland benachteiligt. Bei den Investitionszuschüssen entspricht das Verfahren weitestgehend dem im Ausland angewandten. Im Bereich der Investitionszulage ist das genaue Gegenteil der Fall, da sie nicht besteuert wird. Zu berücksichtigen ist ferner, dass die Besteuerung einer Zuwendung nur dann praktische Relevanz hat, wenn im Unternehmen steuerliche Gewinne auch tatsächlich anfallen. Dies wird bei Neuinvestitionen und den damit verbundenen Anlaufverlusten in der Regel nicht der Fall sein. Insoweit trifft eine

Voraussetzung bei der bisherigen Ermittlung des Nettosubventionsäquivalents durch die EU-Kommission, wonach bereits im ersten Investitionsjahr die Maximalbesteuerung eintritt, der Erfahrung nach nicht zu. Im Übrigen wird hier die vorgesehene Unternehmensteuerreform die Stellung Deutschlands verbessern.

Der veränderte Ansatz der EU-Kommission, für die neue Förderperiode 2007 bis 2013 Steuern bei der Ermittlung des höchstzulässigen Beihilfe-

wertes außer Acht zu lassen, dürfte damit keine nachhaltigen negativen Auswirkungen für Investitionen in Deutschland haben. Es stellt vielmehr für die Stellen, die mit der Durchführung der Förderung betraut sind, bei der Ermittlung des zulässigen Beihilfehöchstwertes eine wesentliche Vereinfachung dar.

Einen Überblick über die Ergebnisse in Bezug auf das reale Förderniveau gewährt hier die Tabelle 2.

Tabelle 2: Ergebnisse der Studie

Veränderung des realen Förderniveaus in den Gebieten mit der höchsten Beihilfeintensität pro Mitgliedstaat im Vergleich zu entsprechenden Gebieten in Deutschland ab 2007

Land	Großunternehmen		mittleres Unternehmen		kleines Unternehmen	
	Δ NSÄ pro Gebiet: 2007 im Vergleich zu 2005	Veränderung des realen Förderniveaus von 2005 auf 2007 im Vergleich zu Deutschland	Δ NSÄ pro Gebiet: 2007 im Vergleich zu 2005	Veränderung des realen Förderniveaus von 2005 auf 2007 im Vergleich zu Deutschland	Δ NSÄ pro Gebiet: 2007 im Vergleich zu 2005	Veränderung des realen Förderniveaus von 2005 auf 2007 im Vergleich zu Deutschland
Österreich	- 9,94	6,22 ¹	- 14,2	6,8 ¹	- 14,14	14,14 ¹
Belgien	0	- 3,72 ²	0	- 7,4 ²	0	0 ³
Dänemark	0	- 3,72 ²	0	- 7,4 ²	0	0 ³
Deutschland	- 3,72	- ³	- 7,4	- ³	0	- ³
Estland	0	- 3,72 ²	0	- 7,4 ²	0	0 ³
Finnland	- 12,43	8,7 ¹	- 12,38	4,98 ¹	- 2,91	2,91 ¹
Frankreich	- 6,11	2,38 ¹	- 6,04	- 1,36 ²	0	0 ³
Griechenland	0,79	- 4,52 ²	1,11	- 8,51 ²	0	0 ³
Vereinigtes Königreich	- 20,06	16,33 ¹	- 19,96	12,56 ¹	- 10,15	10,15 ¹
Irland	- 22,94	19,22 ¹	- 27,48	20,08 ¹	- 13,21	13,21 ¹
italien	- 3,32	- 0,41 ²	0	- 7,4 ²	0	0 ³
Lettland	0	- 3,72 ²	- 4,5	- 2,9 ²	0	0 ³
Litauen	0	- 3,72 ²	- 4,5	- 2,9 ²	0	0 ³
Luxemburg	0	- 3,72 ²	0	- 7,4 ²	0	0 ³
Malta	- 10	6,28 ¹	- 15	7,6 ¹	- 5	5 ¹
Niederlande	- 3,77	0,05 ¹	0,26	- 7,66 ²	0	0 ³
Polen	0	- 3,72 ²	- 4,36	- 3,04 ²	0	0 ³
Portugal	0	- 3,72 ²	0	- 7,4 ²	- 0,29	0,29 ¹
Schweden	- 16,31	12,58 ¹	- 8,12	0,72 ¹	0	0 ³
Slowakei	0	- 3,72 ²	0	- 7,4 ²	0	0 ³
Slowenien	- 8,35	4,63 ¹	0	- 7,4 ²	0	0 ³
Spanien	- 7,69	- 3,97 ¹	0	- 7,4 ²	0	0 ³
Tschechien	- 10	6,28 ¹	- 15	7,6 ¹	- 5	5 ¹
Ungarn	0	- 3,72 ²	0	- 7,4 ²	0	0 ³
Zypern	- 4,67	0,95 ¹	- 4,66	- 2,74 ²	0	0 ³

¹ Deutsche Regionen mit der höchsten Beihilfeintensität stehen im Vergleich zu entsprechenden Regionen im jeweiligen Mitgliedstaat ab 2007 besser dar.

² Deutsche Regionen mit der höchsten Beihilfeintensität stehen im Vergleich zu entsprechenden Regionen im jeweiligen Mitgliedstaat ab 2007 schlechter da.

³ Keine Veränderung der Wettbewerbsfähigkeit deutscher Regionen im Vergleich zu entsprechenden Regionen im jeweiligen Mitgliedstaat ab 2007.

Quelle: Ernst & Young AG.

6 Fazit

Bei Großunternehmen halten sich Verbesserungen und Verschlechterungen nach der Zahl der Staaten die Waage, die Verbesserungen sind aber gewichtiger, sowohl im Hinblick auf die Prozentsätze als auch auf die Größe der Staaten. Bei den mittleren Unternehmen überwiegen die Verschlechterungen, bei kleinen Unternehmen treten keine Verschlechterungen, dafür einige Verbesserungen auf. Überwiegend bleibt das Fördergefälle bei kleinen Unternehmen gleich.

In einem weiteren Schritt wurde geprüft, ob dieses im Vorstehenden gezeichnete Bild des Fördergefälles sich für Investoren aus anderen EU-Mitgliedstaaten, den USA oder Japan nach Steuern ändert. Die Investitionen können entweder direkt durch den Investor im Ausland oder indirekt über eine Kapitalgesellschaft im Mitgliedstaat erfolgen. Die indirekte Investition wird dabei der Regelfall sein. Die Kapitalgesellschaft unterliegt den Steuergesetzen im jeweiligen Mitgliedstaat. Soweit staatliche Zahlungen steuerfrei gewährt werden, kommt die Steuerfreiheit dem Unternehmen zugute. Die Besteuerung greift allerdings, wenn es zu Ausschüttungen an den Investor kommt. Für

Investoren aus den genannten Ländern heißt dies:

Für eine Direktinvestition eines Investors aus Japan wirkt sich die steuerfrei gewährte Zuwendung nicht aus, da Gewinne in Japan versteuert werden. Bei Kapitalgesellschaften werden Gewinne in Japan nachbesteuert. Die nicht besteuerten Zuwendungen können dabei in Japan nicht angerechnet werden, während die besteuerten Zuwendungen die Steuerlast in Japan zum Teil mindern. Für den Investor aus den USA ergibt sich grundsätzlich, dass Fördermittel für direkte Investitionen der Steuerbelastung durch Bundessteuern unterliegen, wobei ausländische Steuern angerechnet werden. Steuerfrei gewährte Fördermittel werden damit dann in den USA nachträglich besteuert. Gleiches gilt bei Gewinnausschüttungen. Für den Investor aus einem anderen EU-Mitgliedstaat sind die Auswirkungen gering, da die EU-Mitgliedstaaten untereinander Doppelbesteuerungsabkommen abgeschlossen haben, wobei die ausländischen Einkünfte eines Investors entweder freigestellt, d. h. nur am Investitionsort besteuert werden, nicht aber im Wohnsitzland, oder im Ausland bezahlte Steuern angerechnet werden.

Die Jahresbilanz der deutschen Zollverwaltung für das Jahr 2006

1	Einführung	75
2	Erhebung von Abgaben	76
3	Bekämpfung der Marken- und Produktpiraterie	76
4	Bekämpfung der Schwarzarbeit	77
5	Rauschgiftkriminalität	78
6	Bekämpfung des Zigarettenschmuggels	78
7	Artenschutz	79
8	Vollstreckung	79

- Die Zollverwaltung ist die Einnahmeverwaltung des Bundes; 104 Mrd. € an Einnahmen entsprachen etwa der Hälfte der Steuereinnahmen des Bundes.
- Das Ergebnis aus 2006 übertrifft sogar das sehr gute Vorjahresergebnis.
- Der Zoll leistet einen wesentlichen Beitrag dazu, den Staat leistungs- und handlungsfähig zu erhalten.

1 Einführung

Anlässlich der Zolljahrespressekonferenz 2007 kommentierte Bundesfinanzminister Steinbrück die erneute Steigerung der Ergebniszahlen der Zollverwaltung wörtlich: „Ich hätte das nach den großartigen Ergebnissen des Jahres 2005 kaum für möglich gehalten.“ Der Minister betonte, dass die Zollverwaltung die Einnahmeverwaltung des Bundes ist und damit einen wesentlichen Beitrag dazu leistet, dass unser Staat leistungs- und handlungsfähig bleibt.

Er lobte auch das internationale Engagement des Zolls und in diesem Zusammenhang ausdrücklich die besondere Flexibilität und den Einsatz der deutschen Zöllner im Libanon. Im vergangenen Jahr wurde der Libanon innerhalb weniger Stunden Kriegsschauplatz und stellenweise humanitäres Notstandsgebiet. Umso mehr, so der Minister, habe ihn die Schnelligkeit und der Mut der Zöllner beeindruckt, die gemeinsam mit Kollegen der Bundespolizei in dieser dramatischen Situation in den Libanon aufgebrochen sind. Innerhalb von 24 Stunden war

von der Anreise über Einkleidung bis zu einer ersten fachlichen Einweisung alles zur Abreise vorbereitet. Die Einhaltung dieser 24-Stunden-Frist war wesentliche Voraussetzung zur Aufhebung des israelischen Luft- und Seeembargos.

Ferner wies er auf die große Bedeutung hin, die der Überwachung des Außenwirtschaftsverkehrs zukommt, insbesondere auch, wenn sich immer mehr Staaten offen oder verdeckt in den Besitz von Atomwaffen bringen wollen.

2 Erhebung von Abgaben

Im Jahr 2006 nahm der Zoll rund 104 Mrd. € ein. Das entsprach etwa der Hälfte der Steuereinnahmen des Bundes. Den größten Einnahmenblock bilden dabei die besonderen Verbrauchsteuern mit 65 Mrd. €. Die beiden aufkommensstärksten Verbrauchsteuern sind die Mineralölsteuer mit rund 39,9 Mrd. € und die Tabaksteuer mit 14,4 Mrd. €. Drittgrößte Verbrauchsteuer ist die Stromsteuer mit 6,3 Mrd. €. Hinzu kommen die Verbrauchsteuern auf alkoholische Getränke und die Kaffeesteuer, die zusammen 4,4 Mrd. € erbrachten. An Zöllen flossen 3,9 Mrd. € als Einnahmen an die Europäische Kommission. Außerdem nahm der Zoll 35 Mrd. € an Einfuhrumsatzsteuer ein.

3 Bekämpfung der Marken- und Produktpiraterie

Die wirtschaftlichen Schäden, die Marken- und Produktpiraten verursachen, sind enorm. Schätzungen gehen davon aus, dass durch Ideenklau und Abkupfern von Markenartikeln allein in Deutschland bis zu 70 000 Arbeitsplätze potenziell gefährdet sind. Umso bedeutender ist hier die intensive Arbeit des Zolls zum Schutz des Verbrauchers und zur Gewährleistung eines gerechten Wettbewerbs. Bei seinen Einfuhrkontrollen beschlagnahmte der Zoll im abgelauenen Jahr in 9164 Fällen (2005: 7217) gefälschte Marken oder Produkte, wobei sich der Wert der beschlagnahmten Waren mit fast 1,2 Mrd. € (2005: 213,4 Mio. €) gegenüber dem Vorjahr mehr als verfünffacht hat. Die Zöllnerinnen und Zöllner arbeiteten damit noch effizienter als im Vorjahr. Den spektakulärsten Erfolg in diesem Bereich erzielte der Zoll im Herbst des vergangenen Jahres im Hamburger Hafen. Hier konnten die Beamten insgesamt 117 Container mit gefälschten Sportschuhen, Sportbekleidung und Uhren im Wert von über 380 Mio. € (Wert der Originalware) aus dem Verkehr ziehen. Das stellt gleichzeitig auch den bislang größten Einzelfund gefälschter Markenware weltweit dar.

Tabelle 1: Erhobene Abgaben insgesamt

	2004	2005	2006
	in Mrd. €		
I. Einnahmen der EG			
Zölle	3,1	3,4	3,9
II. Nationale Einnahmen			
Verbrauchsteuern	66,4	65,2	65,0
Einfuhrumsatzsteuer	32,7	31,3	35,4
Insgesamt	102,2	99,9	104,3
Darunter:	2004	2005	2006
Erhobene Verbrauchsteuern	in Mrd. €		
Mineralölsteuer	41,8	40,1	39,9
Stromsteuer	6,6	6,5	6,3
Tabaksteuer	13,6	14,3	14,4
Branntweinsteuer	2,2	2,1	2,2
Alkopopsteuer	–	0,01	0,01
Kaffeesteuer	1,0	1,0	1,0
Biersteuer ¹	0,8	0,8	0,8
Schaumweinsteuer	0,4	0,4	0,4
Zwischenerzeugnissteuer	0,03	0,03	0,03
Insgesamt	66,4	65,2	65,0

¹ Der Ertrag fließt den Ländern zu.

Tabelle 2: Bekämpfung der Marken- und Produktpiraterie

Beschlagnahmen durch Zolldienststellen	2004	2005	2006
		in Mrd. €	
Anträge auf Grenzbeschlagnahme	290	352	748
Grenzbeschlagnahmen	8 564	7 217	9 164

Wert beschlagnahmter Waren	2004	2005	2006
		in Mio. €	
Konsumgüter	32,9	104,0	786,0
Computer-Soft-/Hardware, Bild-, Ton-, Datenträger	37,6	29,1	12,5
Textilien	24,4	13,5	109,3
Sportartikel	9,6	11,5	222,9
Automobilindustrie	0,8	0,8	5,5
Sonstiges	39,8	54,5	38,9
Insgesamt	145,1	213,4	1 175,1

Herkunftsländer gefälschter Markenartikel	2004	2005	2006
		in % der Aufgriffe	
VR China	23,6	35,8	33,1
Thailand	23,5	10,2	8,7
Sonst. asiatische Länder (Hongkong, Malaysia u. a.)	9,0	11,5	13,8
Tschechien	3,6	1,0	0,8
Polen	3,6	0,6	0,6
Türkei	10,2	8,7	10,9
USA	8,4	11,2	12,7
sonstige Länder	18,1	21,0	19,4

4 Bekämpfung der Schwarzarbeit

Die rund 6 500 Zöllnerinnen und Zöllner der Sachgebiete Finanzkontrolle Schwarzarbeit bei den Hauptzollämtern haben mit noch intensiveren Kontrollen dazu beigetragen, Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung weiter zurückzudrängen. Sie überprüften 423 000 (2005: 356 000) Personen und deckten eine Schadenssumme von 603,6 Mio. € auf. Das ist eine beachtliche Steigerung von gut 7 % gegenüber dem Vorjahr (562,8 Mio. €). Der Zoll hat insgesamt mehr als 104 000 Ermittlungsverfahren wegen Straftaten eingeleitet – eine Zunahme gegenüber 2005 von 28 %. Die Zahl der eingeleiteten Ermittlungsverfahren wegen Ordnungswidrigkeiten stieg um 4,7 % auf fast 63 000 (2005: 60 000). Die Gerichte verhängten 2006 aufgrund von der Zollverwaltung eingeleiteter Ermittlungsverfahren im Bereich der Schwarzarbeit

Freiheitsstrafen von insgesamt 1123 Jahren und Geldstrafen in Höhe von 19,8 Mio. €. Zudem hat die Finanzkontrolle Schwarzarbeit Bußgelder in Höhe von 46,4 Mio. € festgesetzt. Hinter diesen Zahlen steht eine klare Botschaft: Der Zoll verfolgt und ahndet Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung sehr konsequent und immer erfolgreicher.

Tabelle 3: Bekämpfung der Schwarzarbeit und der illegalen Beschäftigung

	2004	2005	2006
Personenüberprüfung an der Arbeitsstelle	264 500	355 876	423 175
Prüfung von Arbeitgebern	104 965	78 316	83 258
Abschluss von Ermittlungsverfahren wegen Straftaten	56 900	81 290	91 820
Abschluss von Ermittlungsverfahren wegen Ordnungswidrigkeiten	49 926	53 852	54 087
	in Mio. €		
Summe der Bußgelder	32,8	67,1	46,4
Wert der zur Vermögensabschöpfung gesicherten Vermögensgegenstände	43,1	13,1	15,6
Schadenssumme im Rahmen der straf- und bußgeldrechtlichen Ermittlungen	475,6 ¹	562,8 ²	603,6 ³
Summe der Geldstrafen (einschließlich Wertersatz) von Urteilen und Strafbefehlen	8,9	21,2	19,8
	in Jahren		
Summe der erwirkten Freiheitsstrafen	472	995	1 123

¹ Davon 1,27 Mio. € durch Sonderkommissionen.

² Davon 37 Mio. € durch Sonderkommissionen.

³ Davon 1,92 Mio. € durch Sonderkommissionen.

5 Rauschgiftkriminalität

Der Zoll stellte wiederum große Mengen an Rauschgift sicher und sorgte so dafür, dass diese nicht in die Hände von Dealern gelangen und ihre zerstörerische Wirkung entfalten konnten: 3,2 t Haschisch (2005: 1,6 t) und 1,5 t Kokain (896 kg); das sind 83 % der insgesamt in der Bundesrepublik Deutschland sichergestellten Menge. Außerdem gingen dem Zoll 2006 1,1 t Marihuana (1,2 t), 529 kg Heroin (456 kg) und 263 kg Amphetamine (269 kg) ins Netz. Die Zollverwaltung leistet damit weiterhin ihren bedeutenden Beitrag zum Schutz der Gesellschaft vor den Gefahren des Rauschgiftmissbrauchs.

6 Bekämpfung des Zigaretten Schmuggels

Der Zoll hat im vergangenen Jahr rund 415 Mio. (2005: 735 Mio.) Schmuggelzigaretten sichergestellt. Das entspricht in etwa den 2003 (399 Mio.) und 2004 (418 Mio.) vom Zoll beschlagnahmten Mengen. Ursache der nach wie vor hohen Aufgriffszahlen 2005 waren vermehrte Sicherstellungen gefälschter Zigaretten. Die Zollverwaltung geht dabei mit einer Kombination aus mobilen Zollkontrollen und intensiver internationaler Zusammenarbeit gegen die Drahtzieher des internationalen organisierten Zigaretten schmuggels vor. Diese Strategie, ergänzend zu den internationalen Ermittlungen mit rund 1600 Beschäftigten in 60 mobilen Kontrollgruppen den Zigaretten schmuggel intensiv zu bekämpfen, war – wie die anhaltenden Ermittlungserfolge belegen – äußerst erfolgreich.

7 Artenschutz

Die Zollverwaltung trägt in erheblichem Umfang zum wichtigen Schutz bedrohter Pflanzen und Tierarten bei. Im Jahr 2006 hat der Zoll in 1314 Fällen (2005: 1267) rd. 53 000 (2005: rd. 39 000) geschützte Tiere und Pflanzen bzw. daraus hergestellte Objekte sichergestellt. Trotz einer intensivierten Öffentlichkeitsarbeit bringen immer noch zu viele Reisende dem Artenschutz unterliegende und damit einfuhrverbotene Souvenirs aus dem Urlaub mit. Fast 95 % der sichergestellten Objekte beschlagnahmte der Zoll hierbei an den deutschen Flughäfen.

8 Vollstreckung

Vielen Bürgerinnen und Bürgern eher unbekannt, aber nichtsdestoweniger bedeutend, ist der Zoll als „Gerichtsvollzieher des Bundes“. Auch der Arbeitsbereich „Vollstreckung“ hat seine Aktivitäten gegenüber dem Vorjahr gesteigert. 2006 bearbeitete der Zoll rund 2,7 Mio. Vollstreckungsfälle und trieb dabei rund 1,1 Mrd. € an ausstehenden öffentlich-rechtlichen Forderungen des Bundes und der Sozialbehörden ein.

Detaillierte Informationen zur Jahresbilanz des Zolls 2006 finden sich im Internet unter www.zoll.de





Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	84
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	107
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	111

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	84
1 Kreditmarktmittel	84
2 Gewährleistungen	85
3 Bundeshaushalt 2005 bis 2010	85
4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2005 bis 2010	86
5 Haushaltsquerschnitt: Gliederungen der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2006	88
6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2007	92
7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2001 bis 2006	94
8 Steueraufkommen nach Steuergruppen	96
9 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	97
10 Entwicklung der Staatsquote	98
11 Schulden der öffentlichen Haushalte	99
12 Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	100
13 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	101
14 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	102
15 Steuerquoten im internationalen Vergleich	103
16 Abgabenquoten im internationalen Vergleich	104
17 Staatsquoten im internationalen Vergleich	105
18 Entwicklung der EU-Haushalte von 2001 bis 2006	106
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	107
1 Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2007 im Vergleich zum Jahressoll 2007	107
2 Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2007	107
3 Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis April 2007	108
4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis April 2007	109
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	111
1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	111
2 Preisentwicklung	111
3 Außenwirtschaft	112
4 Einkommensverteilung	112
5 Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich	113
6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	114
7 Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich	115
8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanzsaldo in ausgewählten Schwellenländern	116
9 Entwicklung von DAX und Dow Jones	117
10 Übersicht Weltfinanzmärkte	118
11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF (BIP, Verbraucherpreise, Arbeitslosenquote)	119
12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF (Haushaltssaldo, Staatsschuldenquote, Leistungsbilanzsaldo)	122

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

1 Kreditmarktmittel

I. Schuldenart

	Stand: 30. April 2007 Mio. €	Zunahme Mio. €	Abnahme Mio. €	Stand: 31. Mai 2007 ¹ Mio. €
Anleihen	576 050	7 000	0	583 050
Bundesobligationen	173 949	5 000	0	178 949
Bundesschatzbriefe	10 263	257	446	10 074
Bundesschatzanweisungen	117 000	0	0	117 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	35 544	5 881	5 895	35 529
Finanzierungsschätze	3 125	204	260	3 068
Schuldscheindarlehen	21 325	21	26	21 320
Medium Term Notes Treuhand	205	0	0	205
Kredite aus Wertpapierpensionsgeschäften	0	0	0	0
Kreditmarktmittel insgesamt	937 459			949 195

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand: 30. April 2007 Mio. €	Stand: 31. Mai 2007 ¹ Mio. €
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	186 896	186 504
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	300 117	300 078
langfristig (mehr als 4 Jahre)	450 446	462 613
Kreditmarktmittel insgesamt	937 459	949 195

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

¹ Vorläufig.

2 Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen 2007 in Mrd. €	Belegung am 31. März 2007 in Mrd. €	Belegung am 31. März 2006 in Mrd. €
Ausfuhr	117,0	97,1	106,9
Internationale Finanzierungsinstitute	46,6	40,3	40,3
Kapitalanlagen und sonstiger Außenwirtschaftsbereich einschließlich Mitfinanzierung bilateraler FZ-Vorhaben	42,3	28,3	31,2
Binnenwirtschaftliche Gewährleistungen (einschließlich Ernährungsbevorratung und Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen)	103,9	61,3	60,3

3 Bundeshaushalt 2005 bis 2010 Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	2005 Ist Mrd. €	2006 Ist Mrd. €	2007 Soll Mrd. €	2008	2009	2010
				Finanzplanung		
				Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €
1. Ausgaben	259,8	261,0	270,5	274,3	274,9	276,8
Veränderung gegen Vorjahr in %	3,3	0,5	3,4	1,4	0,2	0,7
2. Einnahmen	228,4	232,8	250,7	252,6	253,7	256,1
Veränderung gegen Vorjahr in %	7,8	1,9	12,3	0,8	0,4	0,9
darunter:						
Steuereinnahmen	190,1	203,9	220,5	218,2	226,0	231,1
Veränderung gegen Vorjahr in %	1,7	7,2	13,7	- 1,1	3,6	2,3
3. Finanzierungssaldo	- 31,4	- 28,2	- 19,8	- 21,7	- 21,2	- 20,7
in % der Ausgaben	12,1	10,8	7,3	7,9	7,7	7,5
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme (-)¹	229,4	240,5	238,0	241,0	241,0	242,0
5. sonstige Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	0,2	1,6	- 5,3	.	.	.
6. Tilgungen (+)²	193,0	195,9	216,3	221,1	221,0	219,1
7. Nettokreditaufnahme	- 31,2	- 27,9	- 19,6	- 21,5	- 21,0	- 20,5
8. Münzeinnahmen	- 0,2	- 0,3	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2
nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	23,8	23,2	24,0	23,4	23,6	23,3
Veränderung gegen Vorjahr in %	6,2	- 2,2	3,2	- 2,2	0,8	- 1,3
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	0,7	2,9	3,5	3,5	3,5	3,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ Inkl. Finanzierung der Eigenbestandsveränderung.

Stand: Januar 2007.

4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2005 bis 2010

Ausgabeart	2005 Ist	2006 Ist	2007 Soll	2008	2009	2010
				Finanzplanung		
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	26 372	26 110	26 204	26 127	26 179	26 168
Aktivitätsbezüge	19 891	19 730	19 761	19 617	19 611	19 527
Ziviler Bereich	8 537	8 547	8 554	8 593	8 624	8 647
Militärischer Bereich	11 353	11 182	11 206	11 024	10 987	10 880
Versorgung	6 481	6 380	6 443	6 510	6 568	6 642
Ziviler Bereich	2 434	2 372	2 320	2 303	2 290	2 283
Militärischer Bereich	4 047	4 008	4 124	4 207	4 278	4 359
Laufender Sachaufwand	17 712	18 349	18 715	18 783	19 030	19 383
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 596	1 450	1 517	1 497	1 509	1 517
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	7 992	8 517	8 654	9 259	9 604	9 986
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 124	8 382	8 543	8 027	7 917	7 880
Zinsausgaben	37 371	37 469	39 278	41 498	42 488	44 778
an andere Bereiche	37 371	37 469	39 278	41 498	42 488	44 778
Sonstige	37 371	37 469	39 278	41 498	42 488	44 778
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	37 326	37 425	39 233	41 454	42 445	44 735
an Ausland	3	3	4	2	2	2
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	154 274	156 016	162 467	163 834	162 802	163 005
an Verwaltungen	13 921	13 937	14 770	12 477	12 833	12 704
Länder	8 381	8 538	9 141	6 573	6 585	6 417
Gemeinden	66	38	26	24	22	20
Sondervermögen	5 473	5 361	5 601	5 879	6 225	6 266
Zweckverbände	2	1	1	1	1	1
an andere Bereiche	140 353	142 079	147 697	151 357	149 969	150 301
Unternehmen	13 474	14 275	18 002	23 741	23 863	23 632
Renten, Unterstützungen u. Ä.						
an natürliche Personen	32 747	32 256	27 847	27 112	25 225	24 899
an Sozialversicherung	90 219	91 707	97 633	96 271	96 648	97 534
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	767	812	881	825	817	817
an Ausland	3 140	3 024	3 328	3 403	3 411	3 417
an Sonstige	5	5	5	5	5	1
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	235 728	237 944	246 664	250 242	250 499	253 335
Ausgaben der Kapitalrechnung¹						
Sachinvestitionen	7 246	7 112	6 860	6 730	6 750	6 649
Baumaßnahmen	5 779	5 634	5 326	5 290	5 325	5 232
Erwerb von beweglichen Sachen	961	943	1 029	945	937	928
Grunderwerb	506	536	505	495	488	489
Vermögensübertragungen	12 977	13 302	14 051	13 721	13 332	13 027
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	12 617	12 916	13 674	13 366	12 998	12 707
an Verwaltungen	5 587	5 755	6 051	5 272	5 243	4 883
Länder	5 527	5 700	5 979	5 201	5 161	4 795
Gemeinden und Gemeindeverbände	60	55	66	65	77	82
Sondervermögen	–	–	6	6	6	6
an andere Bereiche	7 030	7 161	7 624	8 094	7 755	7 824
Sonstige – Inland	4 933	4 999	5 333	5 716	5 334	5 370
Ausland	2 096	2 162	2 291	2 378	2 421	2 454
Sonstige Vermögensübertragungen	360	387	376	355	333	320
an andere Bereiche	360	387	376	355	333	320
Unternehmen – Inland	– 0	–	–	–	–	–
Sonstige – Inland	160	172	161	155	148	145
Ausland	201	215	215	200	185	175

4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2005 bis 2010

Ausgabeart	2005	2006	2007	2008	2009	2010
	Ist	Ist	Soll	Finanzplanung		
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	3 899	2 687	3 422	3 329	3 856	3 952
Darlehensgewährung	3 340	2 109	2 778	2 554	2 969	3 192
an Verwaltungen	53	32	1	1	1	1
Länder	53	32	1	1	1	1
an andere Bereiche	3 287	2 078	2 777	2 553	2 968	3 191
Sozialversicherungen	900	–	–	–	–	–
Sonstige – Inland (auch Gewährleistungen)	1 505	1 020	1 666	1 413	1 823	1 849
Ausland	882	1 058	1 111	1 140	1 145	1 341
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	559	578	644	775	888	760
Inland	0	0	28	16	13	13
Ausland	558	578	616	759	874	747
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung¹	24 121	23 102	24 333	23 779	23 938	23 628
¹ Darunter: Investive Ausgaben	23 761	22 715	23 957	23 425	23 604	23 308
Globale Mehr-/Minderausgaben	–	–	– 496	278	463	– 164
Ausgaben zusammen	259 849	261 046	270 500	274 300	274 900	276 800

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2006

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personalausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
0 Allgemeine Dienste	47 732	43 378	23 565	13 984	–	5 830
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	7 620	7 359	3 735	1 116	–	2 508
02 Auswärtige Angelegenheiten	5 987	2 746	446	127	–	2 173
03 Verteidigung	27 795	27 408	15 190	11 440	–	778
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2 854	2 595	1 791	747	–	56
05 Rechtsschutz	325	313	220	78	–	15
06 Finanzverwaltung	3 151	2 958	2 182	475	–	300
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	12 047	8 515	487	615	–	7 413
13 Hochschulen	1 894	968	7	5	–	956
14 Förderung von Schülern, Studenten	1 466	1 466	–	–	–	1 466
15 Sonstiges Bildungswesen	461	405	9	59	–	337
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	7 004	5 384	470	547	–	4 366
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	1 222	291	1	3	–	288
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	134 509	133 639	198	862	–	132 578
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	85 660	85 660	38	0	–	85 622
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	4 345	4 345	–	–	–	4 345
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	3 619	3 396	–	141	–	3 255
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	39 475	39 340	42	662	–	38 635
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	126	126	–	–	–	126
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 285	773	118	59	–	595
3 Gesundheit und Sport	897	698	242	243	–	214
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	333	311	133	134	–	45
312 Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–	–
319 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	333	311	133	134	–	45
32 Sport	124	100	–	18	–	82
33 Umwelt- und Naturschutz	198	156	74	40	–	41
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	242	131	35	50	–	46
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 488	706	2	2	–	701
41 Wohnungswesen	1 002	702	–	1	–	700
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	2	2	–	1	–	1
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	9	2	2	–	–	–
44 Städtebauförderung	475	–	–	–	–	–
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	908	490	27	120	–	344
52 Verbesserung der Agrarstruktur	614	229	–	1	–	228
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	113	113	–	54	–	59
533 Gasölverbilligung	–	–	–	–	–	–
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	113	113	–	54	–	59
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	181	148	27	64	–	57

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2006

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Ausgaben der Kapital- rechnung*	*darunter: Investive Ausgaben
0 Allgemeine Dienste	983	1 641	1 729	4 353	4 321
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	258	2	–	261	261
02 Auswärtige Angelegenheiten	57	1 548	1 636	3 241	3 239
03 Verteidigung	289	89	10	388	358
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	260	–	–	260	260
05 Rechtsschutz	11	–	–	11	11
06 Finanzverwaltung	108	1	84	193	193
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	100	3 433	–	3 533	3 532
13 Hochschulen	1	925	–	926	926
14 Förderung von Schülern, Studenten	–	–	–	–	–
15 Sonstiges Bildungswesen	0	56	–	56	56
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	98	1 522	–	1 620	1 619
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	0	930	–	931	931
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	8	861	1	871	521
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	–	–	–	–	–
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	–	1	–	1	1
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	1	221	1	223	2
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	5	130	–	135	5
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	–	–	–	–	–
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	3	509	0	512	512
3 Gesundheit und Sport	142	57	–	199	196
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	16	6	–	22	22
312 Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–
319 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	16	6	–	22	22
32 Sport	–	24	–	24	24
33 Umwelt- und Naturschutz	17	26	–	43	39
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	109	1	–	111	111
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	–	748	34	782	782
41 Wohnungswesen	–	266	34	300	300
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	–	–	–	–	–
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	–	7	–	7	7
44 Städtebauförderung	–	475	–	475	475
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	17	400	1	418	418
52 Verbesserung der Agrarstruktur	–	384	0	385	385
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	–	–	–	–	–
533 Gasölverbilligung	–	–	–	–	–
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	–	–	–	–	–
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	17	16	0	33	33

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2006

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 745	2 926	49	330	–	2 547
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	418	398	–	185	–	213
621 Kernenergie	211	211	–	–	–	211
622 Erneuerbare Energieformen	0	0	–	0	–	–
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	208	187	–	185	–	2
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 817	1 797	–	4	–	1 793
64 Handel	85	85	–	53	–	33
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	1 123	140	–	2	–	138
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1 302	506	49	86	–	371
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	11 012	3 450	995	1 821	–	635
72 Straßen	7 524	984	–	863	–	121
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 402	810	491	258	–	61
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	360	1	–	–	–	1
75 Luftfahrt	171	171	42	9	–	120
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	1 554	1 484	462	690	–	332
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	9 295	5 767	–	14	–	5 754
81 Wirtschaftsunternehmen	3 909	383	–	14	–	369
832 Eisenbahnen	3 409	77	–	2	–	75
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	500	306	–	12	–	294
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 386	5 384	–	–	–	5 384
873 Sondervermögen	5 361	5 361	–	–	–	5 361
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	25	23	–	–	–	23
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	38 412	38 374	545	359	37 469	0
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	38	–	–	–	–	–
92 Schulden	37 506	37 506	–	37	37 469	–
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	868	868	545	322	–	0
Summe aller Hauptfunktionen	261 046	237 944	26 110	18 349	37 469	156 016

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2006

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Ausgaben der Kapital- rechnung*	*darunter: Investive Ausgaben
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	2	1 023	794	1 819	1 819
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	–	21	–	21	21
621 Kernenergie	–	–	–	–	–
622 Erneuerbare Energieformen	–	–	–	–	–
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	–	21	–	21	21
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	–	20	–	20	20
64 Handel	–	–	–	–	–
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	–	983	–	983	983
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	2	–	794	796	796
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	5 798	1 763	–	7 562	7 562
72 Straßen	5 148	1 393	–	6 541	6 541
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	592	–	–	592	592
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	–	359	–	359	359
75 Luftfahrt	0	–	–	0	0
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	58	12	–	69	69
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	62	3 338	128	3 527	3 527
81 Wirtschaftsunternehmen	61	3 338	128	3 526	3 526
832 Eisenbahnen	–	3 235	98	3 332	3 332
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	61	103	30	194	194
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	2	–	–	2	2
873 Sondervermögen	–	–	–	–	–
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	2	–	–	2	2
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	–	38	–	38	38
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	–	38	–	38	38
92 Schulden	–	–	–	–	–
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	–	–	–	–	–
Summe aller Hauptfunktionen	7 112	13 302	2 687	23 102	22 715

6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2007 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	1998	1999
Ist-Ergebnisse									
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	233,6	246,9
Veränderung gegen Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	.	- 1,4	3,4	5,7
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	204,7	220,6
Veränderung gegen Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	.	- 1,5	5,8	7,8
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	- 16,9	- 14,1	- 11,6	- 24,6	- 25,8	- 28,9	- 26,2
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 27,1	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 28,9	- 26,1
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,4	- 27,1	- 0,2	- 0,7	- 0,2	- 0,1	- 0,1
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	- 1,2	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	-	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,7	27,0
Veränderung gegen Vorjahr	%	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	- 0,7	1,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	11,4	10,9
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	24,3	21,5	19,8	19,1	.	14,4	16,1	16,1
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	28,7	41,1
Veränderung gegen Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	- 6,2	5,2	43,1
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	12,3	16,6
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	35,1	35,9	47,6	52,3	.	38,7	42,1	58,9
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	29,2	28,6
Veränderung gegen Vorjahr	%	10,2	11,0	- 4,4	- 0,5	8,4	8,8	1,3	- 2,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	12,5	11,6
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	34,4	35,4	32,0	36,1	.	37,0	35,5	35,7
Steuereinnahmen¹	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	174,6	192,4
Veränderung gegen Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	- 3,4	3,1	10,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	74,7	77,9
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	85,3	87,2
Anteil am gesamten Steuer- aufkommen ³	%	54,0	49,2	48,3	47,2	.	44,9	41,0	42,5
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 13,9	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 28,9	- 26,1
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7	.	10,8	12,4	10,6
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	0,0	117,2	86,2	67,0	.	75,3	98,8	91,2
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts ^{3,4}	%	0,0	55,8	50,4	55,3	.	51,2	88,6	82,3
nachrichtlich: Schuldenstand³									
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	59,2	129,4	236,6	386,8	536,2	1010,4	1153,4	1183,1
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	153,4	200,6	277,2	385,7	488,0	708,3

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

² Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

³ Stand Finanzplanungsrat November 2006; 2003–2005 vorläufiges Ist, 2006 und 2007 = Schätzung.

⁴ Ab 2003: Nettokreditaufnahme = Finanzierungssaldo.

6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2007 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
		Ist-Ergebnisse							Soll
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	244,4	243,1	249,3	256,7	251,6	259,8	261,0	270,5
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 1,0	- 0,5	2,5	3,0	- 2,0	3,3	0,5	3,4
Einnahmen	Mrd.€	220,5	220,2	216,6	217,5	211,8	228,4	232,8	250,7
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 0,1	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2,6	7,8	1,9	12,3
Finanzierungssaldo	Mrd.€	- 23,9	- 22,9	- 32,7	- 39,2	- 39,8	- 31,4	- 28,2	- 19,8
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 23,8	- 22,8	- 31,9	- 38,6	- 39,5	- 31,2	- 27,9	- 19,6
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,1	- 0,9	- 0,6	- 0,3	- 0,2	- 0,3	- 0,2
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	26,5	26,8	27,0	27,2	26,8	26,4	26,1	26,2
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 1,7	1,1	0,7	0,9	- 1,8	- 1,4	- 1,0	- 0,1
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,8	11,0	10,8	10,6	10,6	10,1	10,0	9,7
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	15,7	15,9	15,7	15,8	15,6	15,5	15,3	15,5
Zinsausgaben	Mrd.€	39,1	37,6	37,1	36,9	36,3	37,4	37,5	39,3
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 4,7	- 3,9	- 1,5	- 0,5	- 1,6	3,0	0,3	4,6
Anteil an den Bundesausgaben	%	16,0	15,5	14,9	14,4	14,4	14,4	14,4	14,5
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	58,0	56,8	56,3	56,4	56,2	58,6	58,5	60,0
Investive Ausgaben	Mrd.€	28,1	27,3	24,1	25,7	22,4	23,8	22,7	24,0
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 1,7	- 3,1	- 11,7	6,9	- 13,0	6,2	- 4,4	3,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	11,5	11,2	9,7	10,0	8,9	9,1	8,7	8,9
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	35,0	34,2	33,2	36,6	33,9	34,8	34,3	37,3
Steuereinnahmen¹	Mrd.€	198,8	193,8	192,0	191,9	187,0	190,1	203,9	220,5
Veränderung gegen Vorjahr	%	3,3	- 2,5	- 0,9	- 0,1	- 2,5	1,7	7,2	13,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	81,3	79,7	77,0	74,7	74,3	73,2	78,1	81,5
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	90,1	88,0	88,7	88,2	88,3	83,2	87,6	88,0
Anteil am gesamten Steueraufkommen ³	%	42,5	43,4	43,5	43,4	42,2	42,1	42,1	42,8
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 23,8	- 22,8	- 31,9	- 38,6	- 39,5	- 31,2	- 27,9	- 19,6
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,7	9,4	12,8	15,1	15,7	12,0	10,7	7,2
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	84,4	83,7	132,4	150,2	176,7	131,3	122,8	81,7
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts ^{3,4}	%	62,0	57,8	61,6	56,4	59,5	58,9	67,2	73,6
nachrichtlich: Schuldenstand³									
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	1198,2	1203,9	1253,2	1325,7	1395,0	1447,5	1489 1/2	1517
darunter: Bund	Mrd.€	715,6	697,3	719,4	760,5	803,0	872,7	918	938

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

² Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

³ Stand Finanzplanungsrat November 2006; 2003–2005 vorläufiges Ist, 2006 und 2007 = Schätzung.

⁴ Ab 2003: Nettokreditaufnahme = Finanzierungssaldo.

7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2001 bis 2006

	2001	2002	2003	2004 ²	2005 ²	2006 ²
	Mrd. €					
Öffentlicher Gesamthaushalt¹						
Ausgaben	604,3	611,4	618,1	612,5	625,9	634,5
Einnahmen	557,7	554,6	551,6	547,2	572,9	594,9
Finanzierungssaldo	- 46,6	- 57,1	- 66,5	- 65,3	- 53,0	- 39,0
darunter:						
Bund						
Ausgaben	243,1	249,3	256,7	251,6	259,9	261,0
Einnahmen	220,2	216,6	217,5	211,8	228,4	232,8
Finanzierungssaldo	- 22,9	- 32,7	- 39,2	- 39,8	- 31,4	- 28,2
Länder						
Ausgaben	255,5	257,7	259,7	256,1	259,3	258,7
Einnahmen	230,9	228,5	229,2	231,7	235,3	248,7
Finanzierungssaldo	- 24,6	- 29,4	- 30,5	- 24,4	- 24,1	- 10,0
Gemeinden						
Ausgaben	148,3	150,0	148,0	149,2	153,3	155,7
Einnahmen	144,2	146,3	141,1	145,3	151,1	158,6
Finanzierungssaldo	- 4,1	- 3,7	- 7,0	- 3,8	- 2,2	3,0
	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %					
Öffentlicher Gesamthaushalt						
Ausgaben	0,9	1,2	1,1	- 0,9	2,1	1,4
Einnahmen	- 1,3	- 0,6	- 0,5	- 0,8	4,7	3,8
darunter:						
Bund						
Ausgaben	- 0,5	2,5	3,0	- 2,0	3,3	0,5
Einnahmen	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2,6	7,8	1,9
Länder						
Ausgaben	1,9	0,9	0,7	- 1,4	1,3	- 0,2
Einnahmen	- 3,9	- 1,0	0,3	1,1	1,6	5,7
Gemeinden						
Ausgaben	1,6	1,1	- 1,3	0,8	2,8	1,6
Einnahmen	- 2,5	1,4	- 3,6	3,0	3,9	5,0

¹ Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Fonds Aufbauhilfe, BPS-PT Versorgungskasse.

² Bund und seine Sonderrechnungen sind Rechnungsergebnisse, Länder und Gemeinden sind Kassenergebnisse.

³ Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: Mai 2007.

7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2001 bis 2006

	2001	2002	2003	2004 ²	2005 ²	2006 ²
	Anteile in %					
Finanzierungssaldo						
(1) in % des BIP (nominal)						
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 2,2	- 2,7	- 3,1	- 3,0	- 2,4	- 1,7
darunter:						
Bund	- 1,1	- 1,5	- 1,8	- 1,8	- 1,4	- 1,2
Länder	- 1,2	- 1,4	- 1,4	- 1,1	- 1,1	- 0,4
Gemeinden	- 0,2	- 0,2	- 0,3	- 0,2	- 0,1	0,1
(2) in % der Ausgaben						
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 7,7	- 9,3	-10,8	-10,7	- 8,5	- 6,1
darunter:						
Bund	- 9,4	-13,1	-15,3	-15,8	-12,1	- 10,8
Länder	- 9,6	-11,4	-11,7	- 9,5	- 9,3	- 3,9
Gemeinden	- 2,8	- 2,5	- 4,7	- 2,5	- 1,4	1,9
Ausgaben in % des BIP (nominal)						
Öffentlicher Gesamthaushalt	28,6	28,5	28,6	27,8	27,9	27,5
darunter:						
Bund	11,5	11,6	11,9	11,4	11,6	11,3
Länder	12,1	12,0	12,0	11,6	11,6	11,2
Gemeinden	7,0	7,0	6,8	6,8	6,8	6,7
Gesamtwirtschaftliche Steuerquote ³	21,1	20,6	20,5	20,1	20,2	21,1

¹ Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Fonds Aufbauhilfe, BPS-PT Versorgungskasse.

² Bund und seine Sonderrechnungen sind Rechnungsergebnisse, Länder und Gemeinden sind Kassenergebnisse.

³ Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: Mai 2007.

8 Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

Steueraufkommen					
Jahr	insgesamt	davon			
		Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €	%	%
Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990					
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
Bundesrepublik Deutschland					
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5
2007 ²	534,3	264,2	270,1	49,4	50,6
2008 ²	555,3	277,2	278,1	49,9	50,1
2009 ²	575,0	292,3	282,7	50,8	49,2
2010 ²	594,9	307,5	287,4	51,7	48,3
2011 ²	613,6	322,1	291,4	52,5	47,5

¹ Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.9.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.3.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.1.1983); Kuponsteuer (31.7.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.6.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

² Steuerschätzung vom 8. bis 11. Mai 2007.

Stand: Mai 2007.

9 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten¹ (Steuer- und Sozialbeitrageinnahmen des Staates)

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ²		Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
	Anteile am BIP in %			
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1965	23,5	34,1	23,1	32,9
1970	23,5	35,6	22,4	33,5
1975	23,5	39,1	23,1	37,9
1980	24,5	40,7	24,3	39,7
1981	23,6	40,4	23,7	39,5
1982	23,3	40,4	23,3	39,4
1983	23,2	39,9	23,2	39,0
1984	23,3	40,1	23,2	38,9
1985	23,5	40,3	23,4	39,2
1986	22,9	39,7	22,9	38,7
1987	22,9	39,8	22,9	38,8
1988	22,7	39,4	22,7	38,5
1989	23,3	39,8	23,4	39,0
1990	22,1	38,2	22,7	38,0
1991	22,0	38,9	22,0	38,0
1992	22,4	39,6	22,7	39,2
1993	22,4	40,2	22,6	39,6
1994	22,3	40,5	22,5	39,8
1995	21,9	40,3	22,5	40,2
1996	22,4	41,4	21,8	39,9
1997	22,2	41,4	21,3	39,5
1998	22,7	41,7	21,7	39,5
1999	23,8	42,5	22,5	40,2
2000	24,2	42,5	22,7	40,0
2001	22,6	40,8	21,1	38,3
2002 ³	22,3	40,5	20,6	37,7
2003 ³	22,3	40,6	20,5	37,7
2004 ³	21,8	39,8	20,1	37,0
2005 ³	22,0	39,7	20,2	36,8
2006 ⁴	23,0	40,3	21,2	37,6

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

³ Vorläufige Ergebnisse; Stand: August 2006.

⁴ Vorläufiges Ergebnis; Stand: Mai 2007.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

10 Entwicklung der Staatsquote^{1,2}

Jahr	insgesamt	Ausgaben des Staates	
		darunter	
		Gebietskörperschaften ³	Sozialversicherungen ³
		Anteile am BIP in %	
1960	32,9	21,7	11,2
1965	37,1	25,4	11,6
1970	38,5	26,1	12,4
1975	48,8	31,2	17,7
1980	46,9	29,6	17,3
1981	47,5	29,7	17,9
1982	47,5	29,4	18,1
1983	46,5	28,8	17,7
1984	45,8	28,2	17,6
1985	45,2	27,8	17,4
1986	44,5	27,4	17,1
1987	45,0	27,6	17,4
1988	44,6	27,0	17,6
1989	43,1	26,4	16,7
1990	43,6	27,3	16,4
1991	46,3	28,2	18,0
1992	47,2	28,0	19,2
1993	48,2	28,3	19,9
1994	47,9	27,8	20,0
1995	48,1	27,6	20,6
1996	49,3	27,9	21,4
1997	48,4	27,1	21,2
1998	48,0	27,0	21,1
1999	48,1	26,9	21,1
2000	47,6	26,5	21,1
2000 ⁴	45,1	24,0	21,1
2001	47,6	26,3	21,3
2002 ⁵	48,1	26,4	21,7
2003 ⁵	48,5	26,5	22,0
2004 ⁵	47,1	25,9	21,2
2005 ⁵	46,8	26,0	20,8
2006 ⁶	45,6	25,4	20,2

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

² Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

³ Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

⁴ Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

⁵ Ergebnis der VGR; Stand: August 2006.

⁶ Vorläufiges Ergebnis; Stand: Mai 2007.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

11 Schulden der öffentlichen Haushalte

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Schulden in Mio. € ¹							
Öffentlicher Gesamthaushalt	1 198 145	1 203 887	1 253 195	1 325 733	1 394 955	1 447 505	1 485 352
Bund ²	715 627	697 290	719 397	760 453	802 994	872 653	902 055
Sonderrechnungen Bund (SR)	58 270	59 084	59 210	58 830	57 250	15 367	14 556
Länder	333 187	357 684	384 773	414 952	442 922	468 214	479 563
Gemeinden	82 991	82 669	82 662	84 069	84 258	83 804	81 710
Zweckverbände	8 070	7 160	7 153	7 429	7 531	7 467	7 467
nachrichtlich:							
Bund + SR	773 897	756 374	778 607	819 283	860 244	888 020	916 611
Länder + Gemeinden	416 178	440 353	467 435	499 021	527 180	552 018	561 273
nachrichtlich:							
Länder (West) ³	278 358	299 759	322 899	348 111	372 352	394 148	404 917
Länder (Ost)	54 828	57 925	61 874	66 841	70 570	74 066	74 646
Gemeinden (West)	67 345	67 041	67 155	68 726	68 981	69 030	.
Gemeinden (Ost)	15 646	15 628	15 507	15 343	15 277	14 774	.
Länder und Gemeinden (West)	345 703	366 800	390 054	416 837	441 333	463 178	.
Länder und Gemeinden (Ost)	70 474	73 553	77 381	82 184	85 847	88 840	.
nachrichtlich:							
Sonderrechnungen Bund	58 270	59 084	59 210	58 830	57 250	15 367	14 556
ERP	18 386	19 161	19 400	19 261	18 200	15 066	14 329
Fonds Deutsche Einheit	39 680	39 638	39 441	39 099	38 650	–	–
Entschädigungsfonds	204	285	369	469	400	301	227
Anteil der Schulden am BIP (in %)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	58,1	57,0	58,5	61,3	63,2	64,6	64,4
Bund ²	34,7	33,0	33,6	35,2	36,4	38,9	39,1
Sonderrechnungen Bund	2,8	2,8	2,8	2,7	2,6	0,7	0,6
Länder	16,2	16,9	18,0	19,2	20,1	20,9	20,8
Gemeinden	4,0	3,9	3,9	3,9	3,8	3,7	3,5
nachrichtlich:							
Bund + SR	37,5	35,8	36,3	37,9	39,0	39,6	39,7
Länder + Gemeinden	20,2	20,8	21,8	23,1	23,9	24,6	24,3
nachrichtlich:							
Länder (West) ³	13,5	14,2	15,1	16,1	16,9	17,6	17,6
Länder (Ost)	2,7	2,7	2,9	3,1	3,2	3,3	3,2
Gemeinden (West)	3,3	3,2	3,1	3,2	3,1	3,1	.
Gemeinden (Ost)	0,8	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	.
Länder und Gemeinden (West)	16,8	17,4	18,2	19,3	20,0	20,7	.
Länder und Gemeinden (Ost)	3,4	3,5	3,6	3,8	3,9	4,0	.
nachrichtlich:							
Maastricht-Schuldenstand ⁴	59,7	58,8	60,3	63,9	65,7	67,9	67,9
Schulden insgesamt (€)							
je Einwohner	14 579	14 622	15 195	16 066	16 909	17 552	18 032
je Erwerbstätigen	30 609	30 621	32 054	34 235	35 883	37 285	37 983
nachrichtlich:							
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 062,5	2 113,2	2 143,2	2 161,5	2 207,2	2 241,0	2 307,2
Einwohner (in Mio.) (30.6.)	82,183	82,335	82,475	82,518	82,498	82,468	82,372
Erwerbstätige (Jahresdurchschnitt, in Mio.)	39,144	39,316	39,096	38,724	38,875	38,823	39,106

¹ Kreditmarktschulden im weiteren Sinne.² Ab 1992 ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen, ab 1974 ohne Schulden der Eigenbetriebe.³ West- und Ost-Berlin.⁴ Schuldenstand in der Abgrenzung des Maastricht-Vertrages.

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

12 Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte¹

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ²						Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Öffentlicher Gesamthaushalt ³	
	Mrd. €			Anteile am BIP in %			Mrd. €	Anteile am BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	.	.
1965	- 1,4	- 3,2	1,8	- 0,6	- 1,4	0,8	- 4,8	- 2,0
1970	1,9	- 1,1	2,9	0,5	- 0,3	0,8	- 4,1	- 1,1
1975	- 30,9	- 28,8	- 2,1	- 5,6	- 5,2	- 0,4	- 32,6	- 5,9
1980	- 23,2	- 24,3	1,1	- 2,9	- 3,1	0,1	- 29,2	- 3,7
1981	- 32,2	- 34,5	2,2	- 3,9	- 4,2	0,3	- 38,7	- 4,7
1982	- 29,6	- 32,4	2,8	- 3,4	- 3,8	0,3	- 35,8	- 4,2
1983	- 25,7	- 25,0	- 0,7	- 2,9	- 2,8	- 0,1	- 28,3	- 3,1
1984	- 18,7	- 17,8	- 0,8	- 2,0	- 1,9	- 0,1	- 23,8	- 2,5
1985	- 11,3	- 13,1	1,8	- 1,1	- 1,3	0,2	- 20,1	- 2,0
1986	- 11,9	- 16,2	4,2	- 1,1	- 1,6	0,4	- 21,6	- 2,1
1987	- 19,3	- 22,0	2,7	- 1,8	- 2,1	0,3	- 26,1	- 2,5
1988	- 22,2	- 22,3	0,1	- 2,0	- 2,0	0,0	- 26,5	- 2,4
1989	1,0	- 7,3	8,2	0,1	- 0,6	0,7	- 13,8	- 1,2
1990	- 24,8	- 34,7	9,9	- 1,9	- 2,7	0,8	- 48,3	- 3,7
1991	- 43,8	- 54,7	10,9	- 2,9	- 3,6	0,7	- 62,8	- 4,1
1992	- 40,7	- 39,1	- 1,6	- 2,5	- 2,4	- 0,1	- 59,2	- 3,6
1993	- 50,9	- 53,9	3,0	- 3,0	- 3,2	0,2	- 70,5	- 4,2
1994	- 40,9	- 42,9	2,0	- 2,3	- 2,4	0,1	- 59,5	- 3,3
1995	- 59,1	- 51,4	- 7,7	- 3,2	- 2,8	- 0,4	- 55,9	- 3,0
1996	- 62,5	- 56,1	- 6,4	- 3,3	- 3,0	- 0,3	- 62,3	- 3,3
1997	- 50,6	- 52,1	1,5	- 2,6	- 2,7	0,1	- 48,1	- 2,5
1998	- 42,7	- 45,7	3,0	- 2,2	- 2,3	0,2	- 28,8	- 1,5
1999	- 29,3	- 34,6	5,3	- 1,5	- 1,7	0,3	- 26,9	- 1,3
2000	- 23,7	- 24,3	0,6	- 1,2	- 1,2	0,0	- 34,0	- 1,6
2000 ⁴	27,1	26,5	0,6	1,3	1,3	0,0	-	-
2001	- 59,6	- 55,8	- 3,8	- 2,8	- 2,6	- 0,2	- 46,6	- 2,2
2002 ⁵	- 78,3	- 71,5	- 6,8	- 3,7	- 3,3	- 0,3	- 57,1	- 2,7
2003 ⁵	- 87,0	- 79,3	- 7,7	- 4,0	- 3,7	- 0,4	- 66,5	- 3,1
2004 ⁵	- 82,5	- 81,1	- 1,4	- 3,7	- 3,7	- 0,1	- 65,6	- 3,0
2005 ⁵	- 72,6	- 69,2	- 3,4	- 3,2	- 3,1	- 0,2	- 53,0	- 2,4
2006 ⁶	- 37,0	- 40,8	3,8	- 1,6	- 1,8	0,2	- 40,0	- 1,7

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

³ Ohne Sozialversicherungen, ab 1997 ohne Krankenhäuser.

⁴ Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

⁵ Vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2006.

⁶ Erstes vorläufiges Ergebnis bzw. Schätzung; Stand: Mai 2007.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

13 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden¹

Land	in % des BIP										
	1980	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Deutschland	- 2,8	- 1,1	- 1,9	- 3,2	- 1,2	- 4,0	- 3,7	- 3,2	- 1,7	- 0,6	- 0,3
Belgien	- 9,2	-10,0	- 6,6	- 4,4	0,1	0,1	0,0	- 2,3	0,2	- 0,1	- 0,2
Griechenland	-	-	-15,7	-10,2	- 4,0	- 6,2	- 7,9	- 5,5	- 2,6	- 2,4	- 2,7
Spanien	-	-	-	- 6,5	- 1,0	0,0	- 0,2	1,1	1,8	1,4	1,2
Frankreich	0,2	- 2,9	- 2,3	- 5,5	- 1,5	- 4,1	- 3,6	- 3,0	- 2,5	- 2,4	- 1,9
Irland	-	-10,7	- 2,8	- 2,0	4,6	0,4	1,4	1,0	2,9	1,5	1,0
Italien	- 7,0	-12,4	-11,4	- 7,4	- 2,0	- 3,5	- 3,5	- 4,2	- 4,4	- 2,1	- 2,2
Luxemburg	-	-	4,3	2,4	6,0	0,4	- 1,2	- 0,3	0,1	0,4	0,6
Niederlande	- 3,9	- 3,5	- 5,3	- 4,3	1,3	- 3,1	- 1,8	- 0,3	0,6	- 0,7	0,0
Österreich	- 1,6	- 2,7	- 2,5	- 5,6	- 1,9	- 1,6	- 1,2	- 1,6	- 1,1	- 0,9	- 0,8
Portugal	- 7,2	- 8,6	- 6,3	- 5,2	- 3,2	- 2,9	- 3,3	- 6,1	- 3,9	- 3,5	- 3,2
Slowenien	-	-	-	-	- 3,9	- 2,8	- 2,3	- 1,5	- 1,4	- 1,5	- 1,5
Finnland	3,8	3,5	5,4	- 6,2	6,9	2,5	2,3	2,7	3,9	3,7	3,6
Euroraum	-	-	-	- 5,0	- 1,1	- 3,0	- 2,8	- 2,5	- 1,6	- 1,0	- 0,8
Bulgarien	-	-	-	- 3,4	- 0,5	- 0,9	2,2	1,9	3,3	2,0	2,0
Dänemark	- 2,3	- 1,4	- 1,3	- 2,9	3,2	0,0	2,0	4,7	4,2	3,7	3,6
Estland	-	-	-	0,4	- 0,2	2,0	2,3	2,3	3,8	3,7	3,5
Lettland	-	-	6,8	- 2,0	- 2,8	- 1,6	- 1,0	- 0,2	0,4	0,2	0,1
Litauen	-	-	-	- 1,6	- 3,2	- 1,3	- 1,5	- 0,5	- 0,3	- 0,4	- 1,0
Malta	-	-	-	-	- 6,2	-10,0	- 4,9	- 3,1	- 2,6	- 2,1	- 1,6
Polen	-	-	-	- 4,4	- 3,0	- 6,3	- 5,7	- 4,3	- 3,9	- 3,4	- 3,3
Rumänien	-	-	-	-	- 4,6	- 1,5	- 1,5	- 1,4	- 1,9	- 3,2	- 3,2
Schweden	-	-	-	- 7,5	3,8	- 0,9	0,8	2,1	2,2	2,2	2,4
Slowakei	-	-	-	- 1,8	-11,8	- 2,7	- 2,4	- 2,8	- 3,4	- 2,9	- 2,8
Tschechien	-	-	-	-13,4	- 3,7	- 6,6	- 2,9	- 3,5	- 2,9	- 3,9	- 3,6
Ungarn	-	-	-	-	- 2,9	- 7,2	- 6,5	- 7,8	- 9,2	- 6,8	- 4,9
Vereinigtes Königreich	- 3,2	- 2,8	- 1,6	- 5,7	1,6	- 3,2	- 3,1	- 3,1	- 2,8	- 2,6	- 2,4
Zypern	-	-	-	-	- 2,3	- 6,3	- 4,1	- 2,3	- 1,5	- 1,4	- 1,4
EU-27	-	-	-	-	-	- 3,1	- 2,7	- 2,4	- 1,7	- 1,2	- 1,0
USA	- 2,6	- 5,1	- 4,3	- 3,2	1,6	- 4,9	- 4,6	- 3,7	- 2,3	- 2,6	- 2,9
Japan	- 4,5	- 1,4	2,1	- 4,7	- 7,6	- 7,9	- 6,2	- 6,4	- 4,6	- 3,9	- 3,5

¹ Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESG 95.

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, Mai 2007.

Für die Jahre 2003 bis 2008: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2007.

(alle Angaben ohne UMTS-Erlöse)

Stand: Mai 2007.

14 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP										
	1980	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Deutschland	30,3	39,5	41,3	55,6	59,7	63,9	65,7	67,9	67,9	65,4	63,6
Belgien	74,1	115,2	125,7	129,7	107,7	98,6	94,3	93,2	89,1	85,6	82,6
Griechenland	25,0	53,6	79,6	108,7	111,6	107,8	108,5	107,5	104,6	100,9	97,6
Spanien	16,4	41,4	42,6	62,7	59,2	48,8	46,2	43,2	39,9	37,0	34,6
Frankreich	20,8	30,3	35,3	55,1	56,7	62,4	64,3	66,2	63,9	62,9	61,9
Irland	69,0	100,6	93,2	81,1	37,8	31,2	29,7	27,4	24,9	23,0	21,7
Italien	56,9	80,5	94,7	121,2	109,1	104,3	103,8	106,2	106,8	105,0	103,1
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,4	6,3	6,6	6,1	6,8	6,7	6,0
Niederlande	45,5	69,6	76,1	76,1	53,8	52,0	52,6	52,7	48,7	47,7	45,9
Österreich	35,4	48,1	56,1	67,9	65,5	64,6	63,9	63,5	62,2	60,6	59,2
Portugal	30,6	58,4	55,3	61,0	50,4	56,8	58,2	63,6	64,7	65,4	65,8
Slowenien	–	–	–	–	27,6	28,6	28,9	28,4	27,8	27,5	27,2
Finnland	11,3	16,0	14,0	56,7	43,8	44,3	44,1	41,4	39,1	37,0	35,2
Euroraum	33,5	50,3	56,7	72,4	69,2	69,2	69,7	70,5	69,0	66,9	65,0
Bulgarien	–	–	–	–	73,6	45,9	37,9	29,2	22,8	20,9	19,0
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,5	51,7	45,8	44,0	36,3	30,2	25,0	20,0
Estland	–	–	–	8,8	5,2	5,7	5,2	4,4	4,1	2,7	2,3
Lettland	–	–	–	–	12,3	14,4	14,5	12,0	10,0	8,0	6,7
Litauen	–	–	–	11,9	23,7	21,2	19,4	18,6	18,2	18,6	19,9
Malta	–	–	–	–	56,0	70,4	73,9	72,4	66,5	65,9	64,3
Polen	–	–	–	–	35,9	47,1	45,7	47,1	47,8	48,4	49,1
Rumänien	–	–	–	–	23,9	21,5	18,8	15,8	12,4	12,8	13,1
Schweden	40,0	61,9	42,0	73,0	52,3	53,5	52,4	52,2	46,9	42,1	37,7
Slowakei	–	–	–	22,0	50,2	42,4	41,5	34,5	30,7	29,7	29,4
Tschechien	–	–	–	14,6	18,5	30,1	30,7	30,4	30,4	30,6	30,9
Ungarn	–	–	–	–	54,2	58,0	59,4	61,7	66,0	67,1	68,1
Vereinigtes Königreich	52,3	51,8	33,4	51,0	41,2	38,8	40,3	42,2	43,5	44,0	44,5
Zypern	–	–	–	–	58,8	69,1	70,3	69,2	65,3	61,5	54,8
EU-27	–	–	–	–	61,8	61,8	62,2	62,9	61,7	59,9	58,3
USA	42,0	55,8	63,6	71,3	55,5	61,2	62,0	62,2	61,2	62,5	63,0
Japan	55,0	72,2	68,6	87,6	136,6	160,3	167,3	173,1	175,7	175,7	175,3

Quellen: Für die Jahre ab 2003: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2007.

Für die Jahre 1980 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, Mai 2007.

Für USA und Japan (alle Jahre): EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, Mai 2007.

Stand: Mai 2007.

15 Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2003	2004	2005
Deutschland^{2,3}	22,5	24,6	22,3	22,7	22,7	21,1	20,6	20,8
Belgien	24,1	29,4	28,1	29,2	31,0	30,3	31,0	31,5
Dänemark	37,0	42,4	45,6	47,7	47,6	46,5	47,7	48,6
Finnland	28,9	27,5	32,7	31,6	35,7	32,7	32,3	32,4
Frankreich	21,5	23,1	23,6	24,5	28,4	26,8	27,3	28,0
Griechenland	15,3	15,9	20,0	21,4	25,8	23,3	22,8	.
Irland	26,1	26,6	28,2	27,8	27,6	24,5	25,5	26,0
Italien	16,0	18,4	25,4	27,5	30,2	29,4	28,7	28,4
Japan	15,3	18,0	21,4	17,9	17,6	15,8	16,5	16,8
Kanada	27,9	27,7	31,5	30,6	30,8	28,3	28,4	28,6
Luxemburg	16,7	25,4	26,0	27,3	29,1	27,4	27,1	27,0
Niederlande	22,1	25,9	25,8	23,4	24,1	23,5	23,7	26,0
Norwegen	28,9	33,5	30,6	31,5	34,0	33,1	34,5	36,0
Österreich	25,3	26,9	26,6	26,3	28,1	28,4	28,2	27,5
Polen	–	–	–	25,8	23,0	20,4	20,3	.
Portugal	14,0	16,1	20,2	22,1	23,8	23,8	23,5	.
Schweden	32,5	33,4	38,4	34,8	38,7	35,6	36,1	36,8
Schweiz	16,6	19,4	19,9	20,3	23,1	22,0	22,0	22,9
Slowakei	–	–	–	–	19,9	18,5	18,4	18,4
Spanien	10,0	11,6	21,0	20,5	22,2	22,2	22,7	23,8
Tschechien	–	–	–	22,0	20,1	21,2	22,2	22,1
Ungarn	–	–	–	27,1	27,4	26,5	26,6	25,4
Vereinigtes Königreich	31,9	29,3	30,3	28,8	30,9	28,9	29,3	30,2
Vereinigte Staaten	22,7	20,6	20,5	20,9	23,0	18,9	18,8	20,2

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

² Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2005, Paris 2006.

Stand: Oktober 2006.

16 Abgabenquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2003	2004	2005
Deutschland^{2,3}	32,3	37,5	35,7	37,2	37,2	35,5	34,7	34,7
Belgien	33,9	41,3	42,0	43,6	44,9	44,7	45,0	45,4
Dänemark	38,5	43,1	46,5	48,8	49,4	47,7	48,8	49,7
Finnland	31,7	35,9	43,9	45,6	47,7	44,6	44,2	44,5
Frankreich	33,7	40,2	42,2	42,9	44,4	43,1	43,4	44,3
Griechenland	21,9	23,6	28,7	31,7	37,3	36,3	35,0	.
Irland	28,4	31,0	33,1	32,5	31,7	28,7	30,1	30,5
Italien	25,7	29,7	37,8	40,1	42,3	41,8	41,1	41,0
Japan	19,6	25,4	29,1	26,9	27,1	25,7	26,4	.
Kanada	30,9	31,0	35,9	35,6	35,6	33,6	33,5	33,5
Luxemburg	23,5	35,7	35,7	37,0	39,1	38,2	37,8	37,6
Niederlande	34,1	41,8	41,1	40,2	39,5	37,0	37,5	.
Norwegen	34,4	42,5	41,5	41,1	43,0	42,9	44,0	45,0
Österreich	33,9	39,0	39,6	41,1	42,6	42,9	42,6	41,9
Polen	–	–	–	37,0	32,5	34,9	34,4	.
Portugal	18,4	22,9	27,7	31,7	34,1	35,0	34,5	.
Schweden	38,2	46,9	52,7	48,1	53,4	50,1	50,4	51,1
Schweiz	19,8	25,3	26,0	27,8	30,5	29,4	29,2	30,0
Slowakei	–	–	–	–	33,1	31,2	30,3	29,4
Spanien	15,9	22,6	32,5	32,1	34,2	34,3	34,8	35,8
Tschechien	–	–	–	37,5	36,0	37,6	38,4	38,5
Ungarn	–	–	–	42,1	38,7	38,1	38,1	37,1
Vereinigtes Königreich	37,0	35,2	36,5	35,0	37,2	35,4	36,0	37,2
Vereinigte Staaten	27,0	26,4	27,3	27,9	29,9	25,7	25,5	26,8

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

² Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2005, Paris 2006.

Stand: Oktober 2006.

17 Staatsquoten im internationalen Vergleich

Land	Gesamtausgaben des Staates in % des BIP										
	1980	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Deutschland¹	46,6	44,9	43,4	48,3	45,1	48,5	47,1	46,8	45,7	44,3	43,7
Belgien	54,7	58,3	52,1	51,9	49,0	51,1	49,2	52,2	49,1	48,7	48,5
Griechenland	–	–	50,2	51,0	51,1	49,4	49,9	47,1	45,8	45,4	45,2
Spanien	–	–	–	44,4	39,0	38,2	38,7	38,2	38,4	38,3	38,5
Frankreich	45,6	51,1	49,6	54,5	51,6	53,3	53,2	53,6	53,5	53,2	52,7
Irland	–	53,2	42,8	41,0	31,6	33,5	34,1	34,4	34,1	35,1	35,5
Italien	40,8	49,8	52,9	52,5	46,2	48,3	47,7	48,2	50,1	48,1	48,3
Luxemburg			37,7	39,7	37,6	42,0	43,2	42,8	40,4	39,0	38,0
Niederlande	55,4	57,1	54,4	51,6	44,2	47,1	46,3	45,4	46,6	47,0	46,2
Österreich	50,2	53,7	51,5	55,9	51,3	50,9	50,2	49,8	49,1	48,3	47,9
Portugal	33,5	38,8	40,0	42,8	43,1	45,4	46,4	47,5	46,1	45,8	45,5
Slowenien	–	–	–	–	48,2	48,0	47,4	47,0	46,3	45,4	44,4
Finnland	40,1	46,3	47,9	61,6	48,3	49,9	50,0	50,3	48,5	47,7	47,3
Euroraum	–	–	–	50,7	46,3	48,2	47,6	47,6	47,4	46,5	46,2
Bulgarien	–	–	–	–	–	40,9	39,3	39,5	36,6	37,3	37,6
Dänemark	52,7	55,5	55,9	59,2	53,5	55,0	54,7	52,6	50,9	50,1	49,6
Estland	–	–	–	42,4	36,5	35,3	34,2	33,2	33,2	32,4	32,4
Lettland	–	–	31,6	38,8	37,3	34,8	35,8	35,5	37,0	37,3	36,4
Litauen	–	–	–	35,7	39,1	33,2	33,4	33,6	33,6	34,8	36,0
Malta	–	–	–	–	41,0	48,6	46,8	46,0	45,2	44,3	43,4
Polen	–	–	–	47,7	41,1	44,6	42,6	43,4	43,3	42,4	41,4
Rumänien	–	–	–	–	48,4	33,6	32,6	33,7	32,0	33,6	34,2
Schweden	–	–	–	67,2	57,1	58,0	56,6	56,3	55,3	53,0	52,5
Slowakei	–	–	–	47,0	51,7	40,0	37,7	38,1	37,3	36,0	35,6
Tschechien	–	–	–	54,5	41,8	47,3	44,4	44,0	42,5	43,1	43,0
Ungarn	–	–	–	–	46,5	49,1	48,9	50,0	52,9	50,9	49,0
Vereinigtes Königreich	47,3	48,8	41,5	44,3	36,8	42,4	42,7	43,7	44,1	44,2	44,3
Zypern	–	–	–	–	37,0	45,1	42,9	43,6	43,9	44,0	43,9
EU-27 ²	–	–	–	50,5	45,0	47,4	46,8	46,9	46,7	46,0	45,7
USA	33,8	36,1	36,0	35,4	32,5	34,8	34,5	34,8	34,5	35,0	35,3
Japan	33,5	33,2	32,3	36,9	50,6	50,0	48,5	50,0	39,6	39,2	39,0

¹ 1990: nur alte Bundesländer.² 1995 und 2000: EU-15.

Quelle: EU-Kommission „Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft“.

Stand: April 2007.

18 Entwicklung der EU-Haushalte von 2001 bis 2006

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Ausgabenseite						
a) Ausgaben insgesamt (in Mrd. €)	79,99	85,14	90,56	100,14	104,84	107,38
davon:						
Agrarpolitik	41,53	43,52	44,38	43,58	48,47	50,13
Strukturpolitik	22,46	23,50	28,53	34,20	32,76	32,34
Interne Politiken	5,30	6,57	5,67	7,26	7,97	8,91
Externe Politiken	4,23	4,42	4,29	4,61	5,01	5,37
Verwaltungsausgaben	4,86	5,21	5,31	5,86	6,19	6,66
Reserven	0,21	0,17	0,15	0,18	0,14	0,46
Heranführungsstrategien	1,40	1,75	2,24	3,05	2,98	2,44
Ausgleichszahlungen				1,41	1,31	1,07
b) Zuwachsraten (in %)						
Ausgaben insgesamt	- 4,1	6,4	6,4	10,6	4,7	2,4
davon:						
Agrarpolitik	2,5	4,8	2,0	- 1,8	11,2	3,4
Strukturpolitik	- 18,6	4,6	21,4	19,9	- 4,2	- 1,3
Interne Politiken	- 1,3	24,0	- 13,7	28,0	9,8	11,8
Externe Politiken	10,2	4,5	- 2,9	7,5	8,7	7,2
Verwaltungsausgaben	2,5	7,2	1,9	10,4	5,6	7,6
Reserven	10,5	- 19,0	- 11,8	20,0	- 22,2	228,6
Heranführungsstrategie	16,7	25,0	28,0	36,2	- 2,3	- 18,1
Ausgleichszahlungen					- 7,1	- 18,3
c) Anteil an Gesamtausgaben (in % der Ausgaben):						
Agrarpolitik	51,9	51,1	49,0	43,5	46,2	46,7
Strukturpolitik	28,1	27,6	31,5	34,2	31,2	30,1
Interne Politiken	6,6	7,7	6,3	7,2	7,6	8,3
Externe Politiken	5,3	5,2	4,7	4,6	4,8	5,0
Verwaltungsausgaben	6,1	6,1	5,9	5,9	5,9	6,2
Reserven	0,3	0,2	0,2	0,2	0,1	0,4
Heranführungsstrategie	1,8	2,1	2,5	3,0	2,8	2,3
Ausgleichszahlungen				1,4	1,2	1,0
Einnahmenseite						
a) Einnahmen insgesamt (in Mrd. €)	94,29	95,43	93,47	103,51	107,09	107,38
davon:						
Zölle	12,81	7,95	9,46	10,59	12,02	13,87
Agrarzölle und Zuckerabgaben	1,78	1,26	1,39	1,71	2,05	1,01
MwSt-Eigenmittel	31,32	22,39	21,26	13,91	16,02	17,20
BSP/BNE-Eigenmittel	34,88	45,95	51,24	68,98	70,86	68,92
b) Zuwachsraten (in %)						
Einnahmen insgesamt	1,7	1,2	- 2,1	10,7	3,5	0,3
davon:						
Zölle	- 2,3	- 37,9	19,0	11,9	13,5	15,4
Agrarzölle und Zuckerabgaben	- 17,6	- 29,2	10,3	23,0	19,9	- 50,7
MwSt-Eigenmittel	- 11,0	- 28,5	- 5,0	- 34,6	15,2	7,4
BSP/BNE-Eigenmittel	- 7,2	31,7	11,5	34,6	2,7	- 2,7
c) Anteil an Gesamteinnahmen (in % der Einnahmen):						
Zölle	13,6	8,3	10,1	10,2	11,2	12,9
Agrarzölle und Zuckerabgaben	1,9	1,3	1,5	1,7	1,9	0,9
MwSt-Eigenmittel	33,2	23,5	22,7	13,4	15,0	16,0
BSP/BNE-Eigenmittel	37,0	48,2	54,8	66,6	66,2	64,2

Bemerkungen:

2001 bis 2005: Ist-Angaben gem. EU-Jahresrechnung der EU-Kommission.

2006: EU-Haushalt einschl. Berichtigungshaushalte Nr. 1-6.

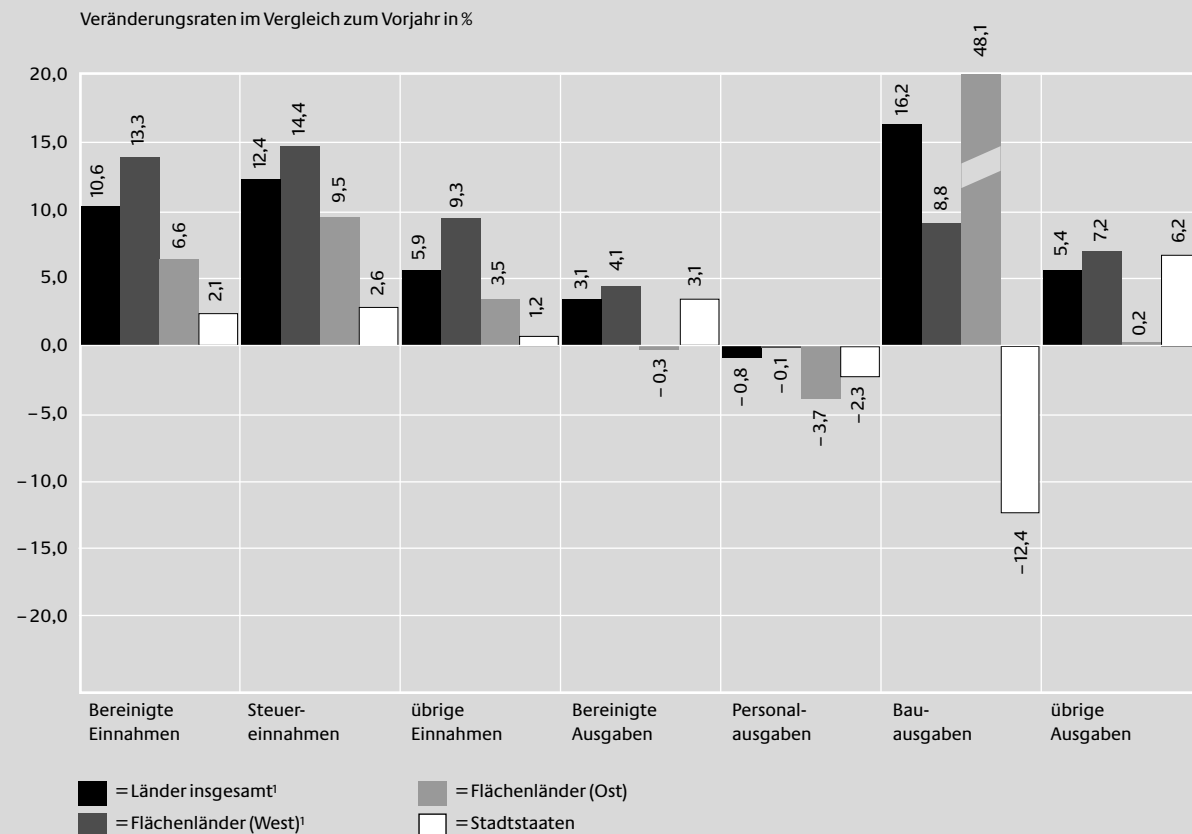
Stand: Februar 2007.

Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

1 Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2007 im Vergleich zum Jahressoll 2007

in Mio. €	Flächenländer (West)		Flächenländer (Ost)		Stadtstaaten		Länder zusammen	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
Bereinigte Einnahmen	174 186	57 207	50 524	15 753	29 725	9 812	248 819	80 765
darunter:								
Steuereinnahmen	139 904	45 579	25 492	8 547	18 359	6 081	183 755	60 207
übrige Einnahmen	34 282	11 628	25 033	7 206	11 365	3 731	65 064	20 558
Bereinigte Ausgaben	183 753	62 669	52 229	16 191	33 966	11 606	264 332	88 459
darunter:								
Personalausgaben	71 862	25 243	12 429	4 093	10 889	3 733	95 180	33 069
Bauausgaben	2 396	425	1 647	302	673	114	4 716	840
übrige Ausgaben	109 495	37 002	38 153	11 795	22 404	7 759	164 436	54 549
Finanzierungssaldo	- 9 564	- 5 462	- 1 704	- 437	- 4 244	- 1 794	- 15 512	- 7 694

2 Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2007



¹ Ohne Saarland.

3 Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis April 2007; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	April 2006			März 2007			April 2007		
		Bund	Länder ⁵	Ins- gesamt ⁵	Bund	Länder	Ins- gesamt	Bund	Länder	Ins- gesamt
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	63 956	72 240	131 307	55 695	63 046	114 716	74 701	80 765	149 760
111	darunter: Steuereinnahmen	53 634	52 960	106 594	47 075	46 749	93 823	64 958	60 207	125 165
112	Länderfinanzausgleich ¹	–	–	–	–	–	–	–	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	82 025 ³	25 224	107 249	58 223 ³	16 215	74 438	77 756 ³	20 210	97 966
12	Bereinigte Ausgaben¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	92 764	84 709	172 584	75 633	68 726	140 334	96 297	88 459	179 050
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	9 081	32 859	41 939	6 911	25 544	32 455	9 034	33 06	42 103
122	Bausubstanz	831	711	1 543	658	563	1 222	958	840	1 799
123	Länderfinanzausgleich ¹	–	–200	–200	–	149	149	–	169	169
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	79 239	22 806	102 046	66 730	22 781	89 511	75 385	27 668	103 053
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)	–28 808	–12 469	–41 277	–19 938	–5 680	–25 618	–21 596	–7 694	–29 290
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	0	189	189	0	200	200	0	82	82
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	0	76	76	0	900	900	0	115	115
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	0	113	113	0	–700	–700	0	–33	–33
17	Abgrenzungsposten zur Abschluss- nachweisung der Bundeshauptkasse/ Landeshauptkassen ²	2 942	2 749	5 690	–7 694	–5 799	–13 492	3 281	–6 600	–3 320
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	0	–805	–805	0	–115	–115	0	–997	–997
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	0	–180	–180	0	–	0	0	165	165
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	14 796	5 975	20 772	7 317	8 698	16 015	3 771	18 525	12 296
32	Vorschüsse	0	11 845	11 845	0	9 944	9 944	0	10 951	10 951
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	0	5 322	5 322	0	8 961	8 961	0	9 457	9 457
34	Saldo (31–32+33)	14 796	–548	14 249	7 317	7 715	15 032	3 771	7 031	10 802
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	–11 070	–11 141	–22 210	–20 315	–4 578	–24 893	–14 54	–8 130	–22 674
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	11 070	6 914	17 983	20 315	2 770	23 085	14 544	6 262	20 806
52	Schatzwechsel	0	–	0	0	–	0	0	–	0
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	0	–	0	0	–	0	0	–	0
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	0	265	265	0	592	592	0	87	87
56	Zusammen	11 070	7 179	18 248	20 315	3 362	23 677	14 544	6 349	20 893
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	0	–3 962	–3 962	0	–1 216	–1 216	0	–1 781	–1 781
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit ⁴	–	1 049	1 049	–	1 565	1 565	–	1 731	1 731
72	Nicht zum Bestand der Bundeshaupt- kasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	1 852	1 852	–	2 931	2 931	–	3 263	3 263

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokreditilgung. ³ Ohne sonstige Einnahmen zur Schuldentilgung. ⁴ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt. ⁵ Ohne Saarland.

Stand: Juni 2007.

4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis April 2007; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden-Württ.	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklbg.-Vorpom.	Niedersachsen	Nordrh.-Westf.	Rheinl.-Pfalz	Saarland
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	10 541,4	11 439,5	3 025,7	6 099,6	1 890,6	7 093,2	15 012,1	3 866,	860,1
111	darunter: Steuereinnahmen	8 330,7	9 215,6	1 694,3	5 244,3	977,5	4 760,1	12 693,0 ⁶	2 683,1	698,0
112	Länderfinanzausgleich ¹	–	0,0	149,6	0,0	169,4	53,5	0,0	111,0	28,6
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	2 475,0	1 557,4	545,1	0,0	64,4	1 000,0	5 947,0	3 125,4	603,6
12	Bereinigte Ausgaben¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	10 820,6	12 291,0	3 109,2	7 014,3	2 183,5	7 699,0	16 463,3	4 439,6	1 143,1
121	darunter: Personalausgaben									
	(inklusive Versorgung)	5 014,1	5 728,4	750,4	2 286,3	490,4	2 794,6 ³	5 980,0 ³	1 801,5	474,1
122	Bausubstanz	78,9	172,7	42,8	85,6	50,6	19,9	23,6	9,9	14,0
123	Länderfinanzausgleich ¹	587,9	919,0	0,0	1 066,2	0,0	–	–169,0	–	–
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	1 629,0	1 654,9	1 357,5	2 010,3	430,7	1 968,6	7 304,8	3 229,0	594,8
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)	– 279,2	– 851,5	– 83,5	– 914,7	– 292,9	– 605,8	– 1 451,2	– 573,0	– 283,0
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	0,0	0,0	0,0	0,0	–	0,0	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	0,0	0,0	0,0	0,0	–	0,0	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	0,0	0,0	0,0	0,0	–	0,0	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse ²	863,8	19,2	– 574,8	– 2 025,1	– 366,2	– 960,8	– 1 371,8	– 87,3	6,2
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	535,2	0,0	0,0	– 1 119,5	0,0	–	0,0	–	–
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	0,0	153,9	0,0	0,0	10,7	–	0,0	–	–
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	2 081,7	814,8	283,2	481,1	301,7	198,2	606,5	887,6	175,2
32	Vorschüsse	3 762,6	3 409,3	33,5	29,7	0,6	669,3	94,7	228,4	– 22,0
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	258,9	3 273,0	0,0	732,2	187,3	1 309,6	778,3	1,9	10,4
34	Saldo (31–32+33)	– 1 422,0	678,5	249,7	1 183,6	488,4	838,5	1 290,1	661,1	207,6
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	– 302,2	0,0	– 408,4	– 2 875,7	– 160,0	– 728,1	– 1 532,9	0,8	– 69,2
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	0,0	0,0	135,0	2 170,0	47,5	250,0	2 400,0	0,0	64,5
52	Schatzwechsel	–	0,0	–	0,0	0,0	–	0,0	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	0,0	–	0,0	0,0	–	0,0	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	0,0	–	0,0	0,0	–	0,0	–	–
55	Sonstige	–	0,0	–	0,0	0,0	87,0	0,0	–	–
56	Zusammen	0,0	0,0	135,0	2 170,0	47,5	337,0	2 400,0	0,0	64,5
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)⁴	– 302,2	0,0	– 273,4	– 705,7	– 112,5	– 391,1	867,1	0,8	– 4,7
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit ⁷	–	0,0	–	0,0	–	1 011,3	0,0	–	–
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	0,0	–	0,0	–	1 309,6	773,6	–	–

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. ³ Ohne Mai-Bezüge. ⁴ Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. ⁵ SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. ⁶ NW – Darin enthalten 168,443 Mio. € Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage. ⁷ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

Stand: Juni 2007.

4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis April 2007; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schlesw.-Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
1	Seit dem 1. Januar gebuchte								
11	Bereinigte Einnahmen¹								
	für das laufende Haushaltsjahr	5 079,2	2 785,4	2 522,4	2 972,3	6 081,5	896,5	2 963,1	80 764,8
111	darunter: Steuereinnahmen	2 686,8	1 550,3	1 954,3	1 638,1	3 092,2	565,1	2 423,8	60 207,2
112	Länderfinanzausgleich ¹	387,1	216,0	34,7	220,7	915,7	78,1	0,0	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	– 193,0	162,1	1 913,4	1 009,8	1 784,8	1 283,9	– 1 068,7	20 210,2
12	Bereinigte Ausgaben¹								
	für das laufende Haushaltsjahr	4 491,2	3 263,1	3 026,3	3 143,5	7 018,5	1 410,4	3 306,4	88 458,6
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	1 351,4	718,5	1 164,0	782,5	2 329,8	422,6	980,7	33 069,3
122	Bausubstanz	131,4	31,3	20,2	45,8	26,9	19,4	67,4	840,4
123	Länderfinanzausgleich ¹	0,0	0,0	0,0	–	–	0,0	129,3	169,0
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	579,4	700,7	2 008,0	953,1	2 516,1	731,1	0,0	27 668,0
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)	588,0	– 477,7	– 503,9	– 171,2	– 937,0	– 513,9	– 343,3	– 7 693,8
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	0,0	–	–	–	–	81,9	0,0	81,9
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	0,0	–	–	–	–	115,1	0,0	115,1
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	0,0	–	–	–	–	– 33,2	0,0	– 33,2
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse ²	– 774,5	– 539,4	– 66,1	58,0	– 269,0	551,3	– 1 063,7	– 6 600,2
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	0,0	0,0	–	–	–	– 409,0	– 4,0	– 997,3
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	0,0	0,0	–	–	–	0,0	0,0	164,6
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.								
31	Verwahrungen	387,4	1 291,1	0,0	– 96,4	126,6	79,1	907,0	8 524,8
32	Vorschüsse	1 695,2	459,1	0,0	18,5	–	– 27,9	600,3	10 951,3
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	1 407,2	116,9	0,0	2,2	369,0	290,3	719,8	9 457,0
34	Saldo (31–32+33)	99,4	948,9	0,0 ⁵	– 112,7	495,6	397,3	1 026,5	7 030,5
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	– 87,1	– 68,2	– 570,0	– 225,9	– 710,6	– 7,6	– 384,5	– 8 129,6
5	Schwebende Schulden								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	0,0	0,0	0,0	213,4	724,0	61,3	196,0	6 261,7
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	0,0	0,0	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	0,0	0,0	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	0,0	0,0	–
55	Sonstige	–	–	–	–	–	0,0	0,0	87,0
56	Zusammen	0,0	0,0	0,0	213,4	724,0	61,3	196,0	6 348,7
6	Kassenbestand insgesamt (4+56) ⁴	– 87,1	– 68,2	– 570,0	– 12,5	13,4	53,7	– 188,5	– 1 780,9
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)								
71	Innerer Kassenkredit ⁷	–	–	–	–	–	0,0	719,8	1 731,1
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	–	369,0	91,1	719,8	3 263,1

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. ³ Ohne Mai-Bezüge. ⁴ Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. ⁵ SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. ⁶ NW – Darin enthalten 168,443 Mio. € Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage. ⁷ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

Stand: Juni 2007.

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Jahr	Erwerbstätige im Inland ¹		Erwerbs- quote ²	Erwerbs- lose	Erwerbs- losen- quote ³	Bruttoinlandsprodukt (real)			Investitions- quote ⁴	
		Verän- derung in % p. a.					gesamt	je Erwerbs- tätigen		je Stunde
Mio.		in %	Mio.	in %	Veränderung in % p. a.			in %		
1991	38,6	.	50,8	2,0	4,9	.	.	.	23,2	
1992	38,1	- 1,5	50,1	2,3	5,7	2,2	3,7	2,5	23,6	
1993	37,6	- 1,3	49,7	2,8	6,9	- 0,8	0,5	1,6	22,5	
1994	37,5	- 0,1	49,7	3,0	7,4	2,7	2,8	2,9	22,6	
1995	37,6	0,2	49,5	2,9	7,1	1,9	1,7	2,6	21,9	
1996	37,5	- 0,3	49,5	3,1	7,7	1,0	1,3	2,3	21,3	
1997	37,5	- 0,1	49,8	3,5	8,6	1,8	1,9	2,5	21,0	
1998	37,9	1,2	50,2	3,3	8,1	2,0	0,8	1,2	21,1	
1999	38,4	1,4	50,5	3,1	7,5	2,0	0,7	1,4	21,3	
2000	39,1	1,9	51,0	2,9	6,9	3,2	1,3	2,6	21,5	
2001	39,3	0,4	51,1	2,9	6,9	1,2	0,8	1,8	20,0	
2002	39,1	- 0,6	51,2	3,2	7,6	0,0	0,6	1,5	18,3	
2003	38,7	- 1,0	51,3	3,7	8,7	- 0,2	0,8	1,2	17,8	
2004	38,9	0,4	51,8	3,9	9,2	1,2	0,9	0,7	17,4	
2005	38,8	- 0,1	51,7	3,9	9,1	0,9	1,0	1,3	17,3	
2006	39,1	0,7	51,5	3,4	8,1	2,8	2,1	2,2	17,8	
2001/1996	38,3	1,0	50,4	3,1	7,6	2,1	1,1	1,9	21,0	
2006/2001	39,0	- 0,1	51,4	3,5	8,3	0,9	1,1	1,4	18,1	

¹ Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95. ² Erwerbspersonen (inländische Erwerbstätige + Erwerbslose [ILO]) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95.

³ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95. ⁴ Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen. Stand: Mai 2007.

2 Preisentwicklung

Jahr	Bruttoinlands- produkt (nominal) ¹	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlands- nachfrage (Deflator)	Konsum der privaten Haus- halte (Deflator) ¹	Verbraucher- preisindex (2000=100)	Lohnstück- kosten ²
1991
1992	7,3	5,0	3,2	4,1	4,1	5,1	6,3
1993	2,9	3,7	2,0	3,2	3,4	4,4	3,8
1994	5,1	2,4	1,0	2,2	2,5	2,7	0,2
1995	3,8	1,9	1,5	1,5	1,3	1,7	2,1
1996	1,5	0,5	- 0,7	0,7	1,0	1,5	0,4
1997	2,1	0,3	- 2,2	0,9	1,4	1,9	- 0,9
1998	2,6	0,6	1,6	0,1	0,5	0,9	0,1
1999	2,4	0,3	0,5	0,2	0,3	0,6	0,5
2000	2,5	- 0,7	- 4,8	0,9	0,9	1,4	0,7
2001	2,5	1,2	- 0,1	1,3	1,7	2,0	0,6
2002	1,4	1,4	2,1	0,8	1,1	1,4	0,6
2003	0,9	1,0	1,0	0,9	1,5	1,1	0,7
2004	2,1	0,9	- 0,2	1,0	1,6	1,6	- 0,5
2005	1,5	0,6	- 0,8	0,9	1,4	2,0	- 0,9
2006	3,0	0,3	- 2,0	1,1	1,4	1,7	- 1,2
2001/1996	2,4	0,3	- 1,0	0,7	1,0	1,4	0,2
2006/2001	1,8	0,8	0,0	0,9	1,4	1,5	- 0,3

¹ Ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck. ² Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigenstunde (Inlandskonzept).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: Mai 2007.

3 Außenwirtschaft¹

Jahr	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt
	Veränderung in % p. a.		Mrd. €	Mrd. €	Anteile am BIP in %			
1991	.	.	- 6,09	- 23,08	25,8	26,2	- 0,4	- 1,5
1992	0,2	0,6	- 7,48	- 18,62	24,1	24,5	- 0,5	- 1,1
1993	- 4,8	- 6,4	- 0,46	- 17,82	22,3	22,3	- 0,0	- 1,1
1994	8,9	8,1	2,59	- 28,44	23,1	22,9	0,1	- 1,6
1995	7,7	6,2	8,67	- 23,96	24,0	23,5	0,5	- 1,3
1996	5,5	3,7	16,87	- 12,26	24,9	24,0	0,9	- 0,7
1997	12,7	11,6	23,91	- 8,61	27,5	26,2	1,2	- 0,4
1998	7,0	6,8	26,82	- 13,43	28,7	27,3	1,4	- 0,7
1999	5,0	7,0	17,44	- 23,96	29,4	28,5	0,9	- 1,2
2000	16,4	18,7	7,25	- 26,70	33,4	33,0	0,4	- 1,3
2001	6,9	1,8	42,51	- 0,90	34,8	32,8	2,0	0,0
2002	4,1	- 3,6	97,72	45,89	35,7	31,2	4,6	2,1
2003	0,7	2,6	85,52	43,90	35,7	31,7	4,0	2,0
2004	9,5	7,0	110,88	85,13	38,2	33,2	5,0	3,9
2005	8,1	8,6	116,01	94,78	40,7	35,5	5,2	4,2
2006	14,0	14,9	125,12	124,33	45,1	39,6	5,4	5,4
2001/1996	9,5	9,0	22,5	- 14,3	29,8	28,6	1,1	- 0,7
2006/2001	7,2	5,7	96,3	65,5	38,3	34,0	4,4	2,9

¹ In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: Mai 2007.

4 Einkommensverteilung

Jahr	Volks-einkommen	Unternehmens- und Vermögens-einkommen	Arbeitnehmer-entgelte (Inländer)	Lohnquote		Bruttolöhne und -gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer) ³
	Veränderung in % p. a.			unbereinigt ¹	bereinigt ²	Veränderung in % p. a.	
1991	.	.	.	71,0	71,0	.	.
1992	6,5	2,0	8,3	72,2	72,5	10,3	4,2
1993	1,4	- 1,1	2,4	72,9	73,4	4,3	1,1
1994	4,1	8,7	2,5	71,7	72,4	1,9	- 2,4
1995	4,2	5,6	3,7	71,4	72,1	3,1	- 0,6
1996	1,5	2,7	1,0	71,0	71,7	1,4	- 1,1
1997	1,5	4,1	0,4	70,3	71,1	0,1	- 2,6
1998	1,9	1,4	2,1	70,4	71,3	0,9	0,6
1999	1,4	- 1,4	2,6	71,2	72,0	1,4	1,5
2000	2,5	- 0,8	3,8	72,2	72,9	1,5	1,2
2001	2,4	3,7	1,9	71,8	72,6	1,8	1,5
2002	1,0	1,7	0,7	71,6	72,5	1,4	- 0,1
2003	1,3	3,9	0,3	70,9	72,0	1,2	- 0,8
2004	3,4	10,4	0,5	68,9	70,2	0,6	0,8
2005	1,5	6,2	- 0,7	67,4	69,0	0,3	- 1,1
2006	4,3	10,1	1,5	65,6	67,2	0,8	- 1,7
2001/1996	1,9	1,4	2,2	71,1	71,9	1,2	0,4
2006/2001	2,3	6,4	0,4	69,4	70,6	0,9	- 0,6

¹ Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens. ² Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991). ³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: Mai 2007.

5 Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %									
	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Deutschland	2,3	5,3	1,9	3,2	- 0,2	1,2	0,9	2,7	2,5	2,4
Belgien	1,7	3,1	2,4	3,7	1,0	3,0	1,1	3,1	2,3	2,2
Griechenland	2,5	0,0	2,1	4,5	4,8	4,7	3,7	4,3	3,7	3,7
Spanien	2,3	3,8	2,8	5,0	3,0	3,2	3,5	3,9	3,7	3,4
Frankreich	2,0	2,7	2,2	4,0	1,1	2,3	1,2	2,0	2,4	2,3
Irland	3,1	7,6	9,8	10,2	4,3	4,3	5,5	6,0	5,0	4,0
Italien	2,8	2,1	2,8	3,6	0,0	1,2	0,1	1,9	1,9	1,7
Luxemburg	2,9	5,3	1,4	8,4	1,3	3,6	4,0	6,2	5,0	4,7
Niederlande	2,7	4,1	3,0	3,9	0,3	2,0	1,5	2,9	2,8	2,6
Österreich	2,6	4,6	1,9	3,4	1,1	2,4	2,0	3,1	2,9	2,5
Portugal	2,8	4,0	4,3	3,9	- 0,7	1,3	0,5	1,3	1,8	2,0
Slowenien	-	-	4,1	4,1	2,7	4,4	4,0	5,2	4,3	4,0
Finnland	3,3	0,1	3,9	5,0	1,8	3,7	2,9	5,5	3,1	2,7
Euroraum	2,4	3,5	2,4	3,9	0,8	2,0	1,4	2,7	2,6	2,5
Bulgarien	-	-	2,9	5,4	5,0	6,6	6,2	6,1	6,1	6,2
Dänemark	4,0	1,5	3,1	3,5	0,4	2,1	3,1	3,1	2,3	2,0
Estland	-	-	4,5	7,9	7,1	8,1	10,5	11,4	8,7	8,2
Lettland	-	-	- 0,9	6,9	7,2	8,7	10,6	11,9	9,6	7,9
Litauen	-	-	3,3	4,1	10,3	7,3	7,6	7,5	7,3	6,3
Malta	-	-	6,2	6,4	- 2,3	0,4	3,0	2,9	3,0	2,8
Polen	-	-	7,0	4,2	3,8	5,3	3,5	6,1	6,1	5,5
Rumänien	-	-	7,1	2,1	5,2	8,5	4,1	7,7	6,7	6,3
Schweden	2,2	1,0	3,9	4,3	1,7	4,1	2,9	4,4	3,8	3,3
Slowakei	-	-	5,8	0,7	4,2	5,4	6,0	8,3	8,5	6,5
Tschechien	-	-	5,9	3,6	3,6	4,2	6,1	6,1	4,9	4,9
Ungarn	-	-	1,5	5,2	4,1	4,9	4,2	3,9	2,4	2,6
Vereinigtes Königreich	3,5	0,7	2,9	3,8	2,7	3,3	1,9	2,8	2,8	2,5
Zypern	-	-	9,9	5,0	1,8	4,2	3,9	3,8	3,8	3,9
EU-27	-	-	2,6	3,9	1,3	2,5	1,7	3,0	2,9	2,7
Japan	5,1	5,2	2,0	2,9	1,4	2,7	1,9	2,2	2,3	2,1
USA	3,8	1,7	2,5	3,7	2,5	3,9	3,2	3,3	2,2	2,7

Quellen: Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, statistischer Anhang, Mai 2007.

Für die Jahre ab 2003: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2007

Stand: Mai 2007.

6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %						
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Deutschland	1,4	1,0	1,8	1,9	1,8	1,9	1,7
Belgien	1,6	1,5	1,9	2,5	2,3	1,8	1,8
Griechenland	3,9	3,4	3,0	3,5	3,3	3,2	3,1
Spanien	3,6	3,1	3,1	3,4	3,6	2,4	2,6
Frankreich	1,9	2,2	2,3	1,9	1,9	1,5	1,7
Irland	4,7	4,0	2,3	2,2	2,7	2,6	2,2
Italien	2,6	2,8	2,3	2,2	2,2	1,9	2,0
Luxemburg	2,1	2,5	3,2	3,8	3,0	2,4	2,0
Niederlande	3,9	2,2	1,4	1,5	1,7	1,5	2,1
Österreich	1,7	1,3	2,0	2,1	1,7	1,8	1,7
Portugal	3,7	3,3	2,5	2,1	3,0	2,3	2,3
Slowenien	7,5	5,7	3,7	2,5	2,5	2,6	2,7
Finnland	2,0	1,3	0,1	0,8	1,3	1,5	1,7
Euroraum	2,3	2,1	2,1	2,2	2,2	1,9	1,9
Bulgarien	5,8	2,3	6,1	6,0	7,4	4,2	4,3
Dänemark	2,4	2,0	0,9	1,7	1,9	1,9	2,2
Estland	3,6	1,4	3,0	4,1	4,4	5,1	5,3
Lettland	2,0	2,9	6,2	6,9	6,6	7,2	6,2
Litauen	0,3	– 1,1	1,2	2,7	3,8	4,7	4,4
Malta	2,6	1,9	2,7	2,5	2,6	1,4	2,1
Polen	1,9	0,7	3,6	2,2	1,3	2,0	2,5
Schweden	1,9	2,3	1,0	0,8	1,5	1,2	1,9
Slowakei	3,5	8,4	7,5	2,8	4,3	1,7	2,4
Tschechien	1,4	– 0,1	2,6	1,6	2,1	2,4	2,9
Ungarn	5,2	4,7	6,8	3,5	4,0	7,5	3,8
Vereinigtes Königreich	1,3	1,4	1,3	2,1	2,3	2,3	2,0
Zypern	2,8	4,0	1,9	2,0	2,2	1,3	2,0
EU-27	2,5	2,1	2,3	2,3	2,3	2,2	2,1
Japan	– 0,9	– 0,3	0,0	– 0,3	0,2	0,0	0,4
USA	1,6	2,3	2,7	3,4	3,2	2,3	1,9

Quellen: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2007.
Stand: Mai 2007.

7 Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % der zivilen Erwerbsbevölkerung									
	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Deutschland	7,2	4,8	8,0	7,2	9,0	9,5	9,5	8,4	7,3	6,5
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,2	8,4	8,4	8,2	7,8	7,6
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,2	9,7	10,5	9,8	8,9	8,5	8,1
Spanien	17,8	13,0	18,4	11,1	11,1	10,6	9,2	8,6	8,1	7,8
Frankreich	9,6	8,5	11,1	9,1	9,4	9,6	9,7	9,4	8,9	8,5
Irland	16,8	13,4	12,3	4,2	4,7	4,5	4,3	4,4	4,5	4,6
Italien	8,2	8,9	11,2	10,1	8,4	8,0	7,7	6,8	6,6	6,4
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,3	3,7	5,1	4,5	4,7	4,6	4,4
Niederlande	7,9	5,8	6,6	2,8	3,7	4,6	4,7	3,9	3,2	2,7
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	4,3	4,8	5,2	4,8	4,4	4,3
Portugal	9,1	4,8	7,3	4,0	6,3	6,7	7,6	7,7	7,7	7,5
Slowenien	–	–	6,9	6,7	6,7	6,3	6,5	6,0	5,8	5,6
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	9,0	8,8	8,4	7,7	7,2	6,8
Euroraum	9,3	7,6	10,4	8,2	8,7	8,8	8,6	7,9	7,3	6,9
Bulgarien	–	–	12,7	16,4	13,7	12,0	10,1	9,0	8,2	7,4
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	5,4	5,5	4,8	3,9	3,3	3,3
Estland	–	–	9,7	12,8	10,0	9,7	7,9	5,9	6,6	6,2
Lettland	–	0,5	18,9	13,7	10,5	10,4	8,9	6,8	6,3	6,0
Litauen	–	0,0	6,9	16,4	12,4	11,4	8,3	5,6	4,8	4,3
Malta	–	4,8	4,9	6,7	7,6	7,4	7,3	7,4	7,4	7,3
Polen	–	–	13,2	16,1	19,6	19,0	17,7	13,8	11,0	9,0
Rumänien	–	–	6,1	7,2	7,0	8,1	7,2	7,4	7,2	7,1
Slowakei	–	–	13,2	18,8	17,6	18,2	16,3	13,4	12,2	11,7
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	5,6	6,3	7,4	7,0	6,4	5,9
Tschechien	–	–	5,8	8,7	7,8	8,3	7,9	7,1	6,4	6,1
Ungarn	–	–	10,0	6,4	5,9	6,1	7,2	7,5	7,8	7,8
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,3	4,9	4,7	4,8	5,3	5,0	4,9
Zypern	–	–	2,6	4,9	4,1	4,6	5,2	4,7	4,8	4,8
EU-27	–	–	–	8,6	9,0	9,0	8,7	7,9	7,2	6,7
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	5,3	4,7	4,4	4,1	4,1	4,2
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	6,0	5,5	5,1	4,6	4,7	5,0

Quellen: Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, statistischer Anhang, Mai 2007.

Für die Jahre ab 2003: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2007.

Stand: Mai 2007.

8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanzsaldo in ausgewählten Schwellenländern

	Reales Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Leistungsbilanzsaldo in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts			
	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %											
	2005	2006	2007 ¹	2008 ¹	2005	2006	2007 ¹	2008 ¹	2005	2006	2007 ¹	2008 ¹
Gemeinschaft unabhängiger Staaten	6,6 ↑	7,7 ↑	7,0 ↑	6,4	12,4 ↑	9,6 ↓	9,0 ↓	8,3	8,8	7,7 ↓	5,0 ↓	4,4
darunter												
Russische Föderation	6,4	6,7 ↑	6,4 ↓	5,9	12,7 ↑	9,7	8,1 ↓	7,5	10,9	9,8 ↓	6,2 ↓	5,0
Ukraine	2,7 ↑	7,1 ↑	5,0 ↑	4,6	13,5	9,0 ↓	11,3 ↑	10,0	2,9 ↓	-1,7 ↓	-4,1 ↓	-5,5
Asien	8,7 ↑	8,9 ↑	8,4 ↑	8,0	3,5 ↑	3,7 ↑	3,7 ↑	3,2	4,5 ↓	5,4 ↑	5,7 ↑	5,9
darunter												
China	10,4 ↑	10,7 ↑	10,0	9,5	1,8	1,5	2,2	2,3	7,2	9,1 ↑	10,0 ↑	10,5
Indien	9,2 ↑	9,2 ↑	8,4 ↑	7,8	4,2 ↑	6,1 ↑	6,2 ↑	4,3	-0,9 ↑	-2,2 ↓	-2,4 ↑	-2,3
Indonesien	5,7 ↑	5,5 ↑	6,0	6,3	10,5	13,1 ↑	6,3 ↑	5,3	0,1 ↓	2,7 ↑	1,8 ↑	1,3
Korea	4,2 ↑	5,0	4,4 ↑	4,4	2,8 ↑	2,2 ↓	2,5 ↓	2,5	1,9 ↓	0,7 ↑	0,3	0,0
Thailand	4,5	5,0 ↑	4,5 ↓	4,8	4,5	4,6 ↓	2,5 ↓	2,5	-4,5 ↓	1,6 ↑	1,5 ↑	0,9
Lateinamerika	4,6 ↑	5,5 ↑	4,9 ↑	4,2	6,3	5,4 ↓	5,2	5,7	1,4	1,7 ↑	0,5 ↓	-0,2
darunter												
Argentinien	9,2	8,5 ↑	7,5 ↑	5,5	9,6	10,9 ↓	10,3 ↓	12,7	1,9	2,4 ↑	1,2 ↑	0,4
Brasilien	2,9 ↑	3,7 ↑	4,4 ↑	4,2	6,9	4,2 ↓	3,5 ↓	4,1	1,6 ↓	1,3 ↑	0,8 ↑	0,3
Chile	5,7 ↓	4,0 ↓	5,2 ↓	5,1	3,1	3,4 ↓	2,5 ↓	3,0	0,6	3,8 ↑	2,7 ↑	-0,2
Mexiko	2,8 ↓	4,8 ↑	3,4 ↓	3,5	4,0	3,6 ↑	3,9 ↑	3,5	-0,6	-0,2	-1,0 ↓	-1,4
Venezuela	10,3 ↑	10,3 ↑	6,2 ↑	2,0	15,9	13,6 ↑	21,6 ↑	25,7	17,8 ↓	15,0 ↓	7,0 ↓	6,2
Sonstige												
Türkei	7,4	5,5 ↑	5,0	6,0	8,2	9,6 ↓	8,0 ↑	4,3	-6,3 ↑	-8,0 ↓	-7,3 ↓	-6,8
Südafrika ²	5,1	5,0	4,7	4,5	3,4	4,7	5,5	4,9	-3,8	-6,4	-6,4	-6,0

¹ Prognosen des IWF [↑/↓ = aktuelle Prognose ggü. der vorigen (September 2006) angehoben/gesenkt].

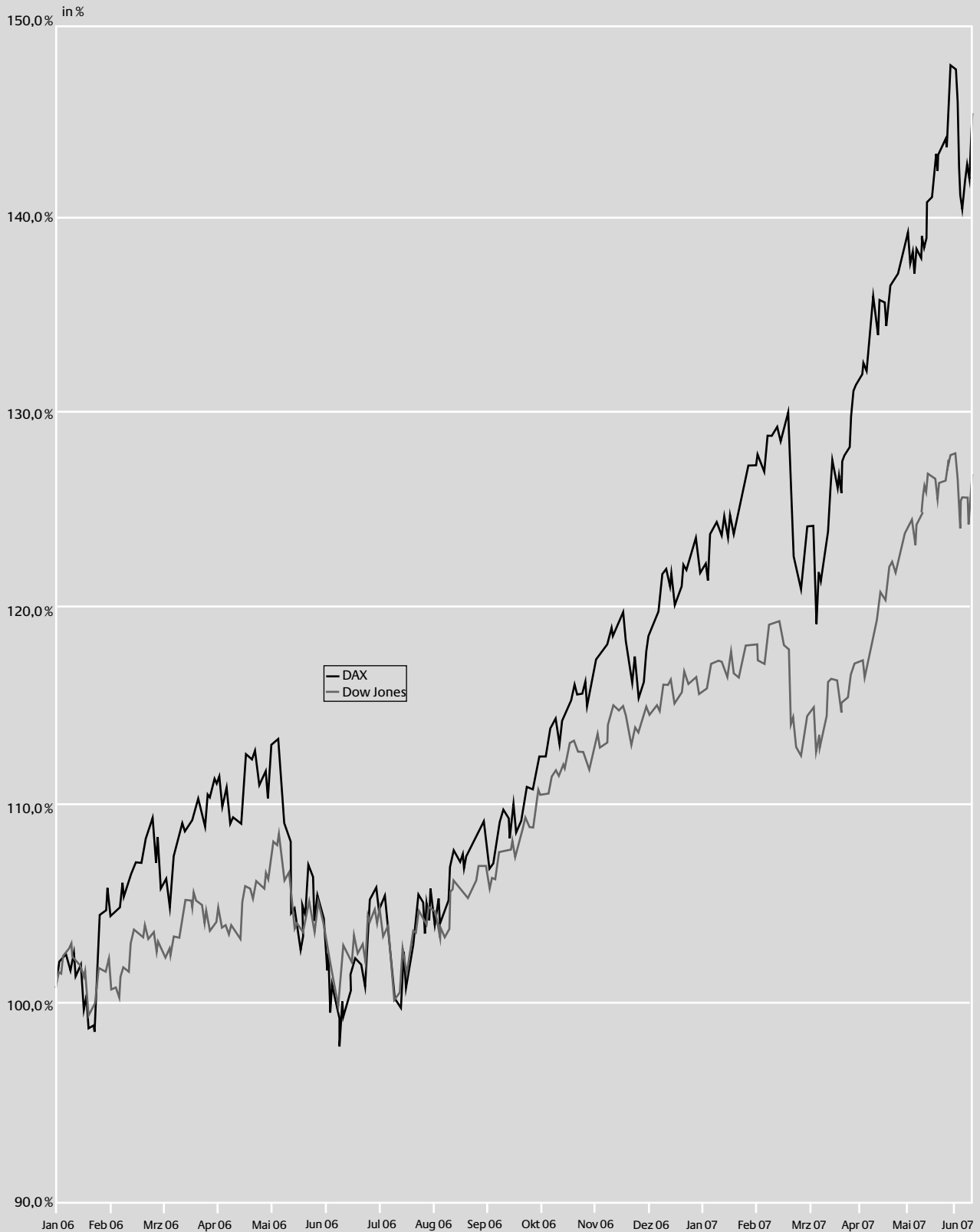
² Neu in diese Übersicht aufgenommen, daher noch keine Veränderungswerte.

Quelle: IWF World Economic Outlook, April 2007.

9 Entwicklung von DAX und Dow Jones

Eröffnungskurs 2./3. Januar 2006 = 100 %

(2. Januar 2006 bis 14. Juni 2007)



10 Übersicht Weltfinanzmärkte

Aktienindizes

	Aktuell 14.6.2007	Anfang 2007	Änderung in % zu Anfang 2007	Tief 2006	Hoch 2006
Dow Jones	13 554	12 475	8,65	10 667	12 511
Eurostoxx 50	3 942	3 747	5,21	3 204	3 739
Dax	7 849	6 681	17,48	5 292	6 597
CAC 40	6 047	5 618	7,65	4 615	5 618
Nikkei	17 842	17 354	2,82	14 219	17 563

Renditen staatlicher Benchmarkanleihen

10 Jahre	Aktuell 14.6.2007	Anfang 2007	Spread zu US-Bond	Tief 2006	Hoch 2006
			in %		
USA	5,23	4,69	–	4,33	5,25
Bund	4,64	3,95	– 0,59	3,26	4,12
Japan	1,96	1,72	– 3,27	1,43	2,00
Brasilien	10,38	12,35	5,16	12,57	16,91

Währungen

	Aktuell 14.6.2007	Anfang 2007	Änderung in % zu Anfang 2007	Tief 2006	Hoch 2006
Dollar/Euro	1,33	1,32	0,84	1,18	1,33
Yen/Dollar	122,91	119,00	3,22	110,00	120,00
Yen/Euro	163,66	157,00	4,14	138,00	157,00
Pfund/Euro	0,68	0,67	0,30	0,67	0,70

11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G 7-Länder / Euroraum / EU-27

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008
Deutschland												
EU-KOM	0,9	2,7	2,5	2,4	1,9	1,8	1,9	1,7	9,5	8,4	7,3	6,5
OECD	1,1	3,0	2,9	2,2	1,9	1,8	1,8	1,7	9,1	8,1	6,9	6,3
IWF	0,9	2,7	1,8	1,9	1,9	1,8	2,0	1,6	9,1	8,1	7,8	7,6
USA												
EU-KOM	3,2	3,3	2,2	2,7	3,4	3,2	2,3	1,9	5,1	4,6	4,7	5,0
OECD	3,2	3,3	2,1	2,5	3,4	3,2	2,6	2,6	5,1	4,6	4,6	4,8
IWF	3,2	3,3	2,2	2,8	3,4	3,2	1,9	2,5	5,1	4,6	4,8	5,0
Japan												
EU-KOM	1,9	2,2	2,3	2,1	-0,3	0,2	0,0	0,4	4,4	4,1	4,1	4,2
OECD	1,9	2,2	2,4	2,1	-0,6	0,2	-0,3	0,3	4,4	4,1	3,8	3,6
IWF	1,9	2,2	2,3	1,9	-0,6	0,2	0,3	0,8	4,4	4,1	4,0	4,0
Frankreich												
EU-KOM	1,2	2,0	2,4	2,3	1,9	1,9	1,5	1,7	9,7	9,4	8,9	8,5
OECD	1,2	2,1	2,2	2,2	1,9	1,9	1,3	1,7	9,8	9,0	8,4	8,0
IWF	1,2	2,0	2,0	2,4	1,9	1,9	1,7	1,8	9,7	9,0	8,3	7,8
Italien												
EU-KOM	0,1	1,9	1,9	1,7	2,2	2,2	1,9	2,0	7,7	6,8	6,6	6,4
OECD	0,2	1,9	2,0	1,7	2,2	2,2	2,0	2,1	7,8	6,9	6,3	6,0
IWF	0,1	1,9	1,8	1,7	2,2	2,2	2,1	2,0	7,7	6,8	6,8	6,8
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	1,9	2,8	2,8	2,5	2,1	2,3	2,3	2,0	4,8	5,3	5,0	4,9
OECD	1,9	2,8	2,7	2,5	2,0	2,3	2,4	2,0	4,8	5,5	5,5	5,5
IWF	1,9	2,7	2,9	2,7	2,0	2,3	2,3	2,0	4,8	5,4	5,3	5,1
Kanada												
EU-KOM	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
OECD	2,9	2,7	2,5	3,0	2,2	2,0	2,0	2,1	6,8	6,3	6,1	6,0
IWF	2,9	2,7	2,4	2,9	2,2	2,0	1,7	2,0	6,8	6,3	6,2	6,2
Euroraum												
EU-KOM	1,4	2,7	2,6	2,5	2,2	2,2	1,9	1,9	8,6	7,9	7,3	6,9
OECD	1,5	2,8	2,7	2,3	2,2	2,2	1,8	2,0	8,5	7,8	7,1	6,7
IWF	1,4	2,6	2,3	2,3	2,2	2,2	2,0	2,0	8,6	7,7	7,3	7,1
EU-27												
EU-KOM	1,7	3,0	2,9	2,7	2,3	2,3	2,2	2,1	8,7	7,9	7,2	6,7

Quellen: EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2007.
OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2007, vorläufige Fassung.
IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2007.
Stand: Juni 2007.

11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008
Belgien												
EU-KOM	1,1	3,1	2,3	2,2	2,5	2,3	1,8	1,8	8,4	8,2	7,8	7,6
OECD	1,4	3,0	2,5	2,3	2,5	2,3	1,1	1,8	8,4	8,2	7,4	7,1
IWF	1,5	3,0	2,2	2,0	2,5	2,3	1,9	1,8	8,4	8,3	7,8	7,6
Finnland												
EU-KOM	2,9	5,5	3,1	2,7	0,8	1,3	1,5	1,7	8,4	7,7	7,2	6,8
OECD	3,0	5,5	3,0	2,7	0,8	1,3	1,4	1,7	8,4	7,7	7,0	6,8
IWF	2,9	5,5	3,1	2,7	0,8	1,3	1,5	1,6	8,4	7,7	7,5	7,4
Griechenland												
EU-KOM	3,7	4,3	3,7	3,7	3,5	3,3	3,2	3,1	9,8	8,9	8,5	8,1
OECD	3,7	4,2	3,9	3,8	3,5	3,3	2,8	3,0	9,4	8,4	8,1	7,9
IWF	3,7	4,2	3,8	3,5	3,5	3,3	3,2	3,2	9,9	8,9	8,3	8,5
Irland												
EU-KOM	5,5	6,0	5,0	4,0	2,2	2,7	2,6	2,2	4,3	4,4	4,5	4,6
OECD	5,5	6,0	5,5	4,1	2,2	2,7	2,4	2,8	4,4	4,4	4,3	4,3
IWF	5,5	6,0	5,0	3,7	2,2	2,7	2,4	2,1	4,4	4,4	4,5	4,7
Luxemburg												
EU-KOM	4,0	6,2	5,0	4,7	3,8	3,0	2,4	2,7	4,5	4,7	4,6	4,4
OECD	3,9	6,2	4,8	5,2	3,8	3,0	2,0	2,4	4,6	4,4	4,2	3,7
IWF	4,0	5,8	4,6	4,1	2,5	2,7	2,1	2,1	4,2	4,4	4,6	4,8
Niederlande												
EU-KOM	1,5	2,9	2,8	2,6	1,5	1,7	1,5	2,1	4,7	3,9	3,2	2,7
OECD	1,5	2,9	2,9	2,9	1,5	1,7	1,4	1,8	5,0	4,5	3,7	2,8
IWF	1,5	2,9	2,9	2,7	1,5	1,7	1,8	2,1	4,7	3,9	3,2	3,1
Österreich												
EU-KOM	2,0	3,1	2,9	2,5	2,1	1,7	1,8	1,7	5,2	4,8	4,4	4,3
OECD	2,6	3,4	3,2	2,6	2,1	1,7	1,6	1,9	5,8	5,5	5,3	5,3
IWF	2,0	3,2	2,8	2,4	2,1	1,7	1,6	1,7	5,2	4,8	4,5	4,3
Portugal												
EU-KOM	0,5	1,3	1,8	2,0	2,1	3,0	2,3	2,3	7,6	7,7	7,7	7,5
OECD	0,5	1,3	1,8	2,0	2,1	3,0	2,0	2,2	7,7	7,7	7,6	7,1
IWF	0,5	1,3	1,8	2,1	2,1	3,1	2,5	2,4	7,6	7,7	7,4	7,3
Slowenien												
EU-KOM	4,0	5,2	4,3	4,0	2,5	2,5	2,6	2,7	6,5	6,0	5,8	5,6
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	4,0	5,2	4,5	4,0	2,5	2,7	2,7	2,4	6,5	6,4	6,4	6,4
Spanien												
EU-KOM	3,5	3,9	3,7	3,4	3,4	3,6	2,4	2,6	9,2	8,6	8,1	7,8
OECD	3,5	3,9	3,6	2,7	3,4	3,6	2,5	2,7	9,2	8,5	8,2	8,1
IWF	3,5	3,9	3,6	3,4	3,4	3,6	2,6	2,7	9,2	8,5	7,8	7,7

Quellen: EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2007.
 OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2007, vorläufige Fassung.
 IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2007.
 Stand: Juni 2007.

11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008
Bulgarien												
EU-KOM	6,2	6,1	6,1	6,2	6,0	7,4	4,2	4,3	10,1	9,0	8,2	7,4
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	5,5	6,2	6,0	6,0	5,0	7,3	5,3	3,6	–	–	–	–
Dänemark												
EU-KOM	3,1	3,1	2,3	2,0	1,7	1,9	1,9	2,2	4,8	3,9	3,3	3,3
OECD	3,1	3,2	2,2	1,7	1,8	1,9	1,8	2,6	4,8	3,9	3,4	3,5
IWF	3,1	3,3	2,5	2,2	1,8	1,9	2,0	1,9	5,7	4,5	4,7	4,9
Estland												
EU-KOM	10,5	11,4	8,7	8,2	4,1	4,4	5,1	5,3	7,9	5,9	6,6	6,2
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	10,5	11,4	9,9	7,9	4,1	4,4	4,8	5,3	–	–	–	–
Lettland												
EU-KOM	10,6	11,9	9,6	7,9	6,9	6,6	7,2	6,2	8,9	6,8	6,3	6,0
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	10,2	11,9	10,5	7,0	6,7	6,5	7,3	6,5	–	–	–	–
Litauen												
EU-KOM	7,6	7,5	7,3	6,3	2,7	3,8	4,7	4,4	8,3	5,6	4,8	4,3
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	7,6	7,5	7,0	6,5	2,7	3,8	3,5	3,4	–	–	–	–
Malta												
EU-KOM	3,0	2,9	3,0	2,8	2,5	2,6	1,4	2,1	7,3	7,4	7,4	7,3
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	2,2	2,5	2,3	2,3	2,5	2,6	2,4	2,3	–	–	–	–
Polen												
EU-KOM	3,5	6,1	6,1	5,5	2,2	1,3	2,0	2,5	17,7	13,8	11,0	9,0
OECD	3,6	6,1	6,7	5,5	2,2	1,3	1,8	2,3	17,7	13,8	11,2	9,7
IWF	3,5	5,8	5,8	5,0	2,1	1,0	2,2	2,9	–	–	–	–
Rumänien												
EU-KOM	4,1	7,7	6,7	6,3	9,1	6,6	4,6	4,5	7,2	7,4	7,2	7,1
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	4,1	7,7	6,5	4,8	9,0	6,6	4,5	5,0	–	–	–	–
Schweden												
EU-KOM	2,9	4,4	3,8	3,3	0,8	1,5	1,2	1,9	7,4	7,0	6,4	5,9
OECD	2,9	4,7	4,3	3,5	0,5	1,4	1,6	2,0	5,8	5,3	4,8	4,3
IWF	2,9	4,4	3,3	2,5	0,8	1,5	1,8	2,0	5,8	4,8	5,5	5,0
Slowakei												
EU-KOM	6,0	8,3	8,5	6,5	2,8	4,3	1,7	2,4	16,3	13,4	12,2	11,7
OECD	6,0	8,3	8,7	7,6	2,7	4,5	2,3	2,1	16,2	13,3	11,5	10,3
IWF	6,0	8,2	8,2	7,5	2,8	4,4	2,4	2,3	–	–	–	–
Tschechien												
EU-KOM	6,1	6,1	4,9	4,9	1,6	2,1	2,4	2,9	7,9	7,1	6,4	6,1
OECD	6,1	6,1	5,5	5,0	1,9	2,6	2,5	3,4	8,0	7,2	6,5	6,1
IWF	6,1	6,1	4,8	4,3	1,8	2,5	2,9	3,0	–	–	–	–
Ungarn												
EU-KOM	4,2	3,9	2,4	2,6	3,5	4,0	7,5	3,8	7,2	7,5	7,8	7,8
OECD	4,2	3,9	2,5	3,1	3,6	3,9	7,2	3,7	7,3	7,5	7,6	7,5
IWF	4,2	3,9	2,8	3,0	3,6	3,9	6,4	3,8	–	–	–	–
Zypern												
EU-KOM	3,9	3,8	3,8	3,9	2,0	2,2	1,3	2,0	5,2	4,7	4,8	4,8
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	3,9	3,8	3,9	4,0	2,6	2,5	2,1	2,1	5,3	4,9	4,8	4,7

Quellen: EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2007.
 OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2007, vorläufige Fassung.
 IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2007.
 Stand: Juni 2007.

12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G 7-Länder / Euroraum / EU-27

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008
Deutschland												
EU-KOM	-3,2	-1,7	-0,6	-0,3	67,9	67,9	65,4	63,6	4,2	4,7	5,6	5,7
OECD	-3,2	-1,7	-0,7	-0,4	-	-	-	-	4,6	5,1	6,7	7,0
IWF	-3,2	-1,7	-1,3	-1,3	66,4	66,8	66,5	65,9	4,6	5,1	5,3	5,2
USA												
EU-KOM	-3,7	-2,3	-2,6	-2,9	-	-	-	-	-6,2	-6,1	-5,8	-6,0
OECD	-3,7	-2,3	-2,7	-2,9	62,2	61,5	62,4	63,2	-6,4	-6,5	-6,1	-6,2
IWF	-3,7	-2,6	-2,5	-2,5	60,3	59,6	60,3	60,6	-6,4	-6,5	-6,1	-6,0
Japan												
EU-KOM	-6,4	-4,6	-3,9	-3,5	-	-	-	-	3,6	3,9	4,2	4,1
OECD	-6,4	-2,4	-2,7	-3,0	177,3	179,3	179,0	178,4	3,7	3,9	4,8	5,4
IWF	-4,8	-4,3	-3,8	-3,5	182,9	184,8	185,0	184,3	3,6	3,9	3,9	3,6
Frankreich												
EU-KOM	-3,0	-2,5	-2,4	-1,9	66,2	63,9	62,9	61,9	-2,1	-2,0	-1,9	-1,8
OECD	-3,0	-2,6	-2,3	-1,7	-	-	-	-	-1,2	-1,2	-1,0	-1,0
IWF	-2,9	-2,6	-2,6	-2,4	66,7	64,7	63,9	63,4	-1,6	-2,1	-2,2	-2,3
Italien												
EU-KOM	-4,2	-4,4	-2,1	-2,2	106,2	106,8	105,0	103,1	-1,2	-2,0	-1,7	-1,7
OECD	-4,3	-4,5	-2,5	-2,5	-	-	-	-	-1,6	-2,4	-2,5	-2,6
IWF	-4,1	-4,4	-2,2	-2,4	106,2	106,8	106,0	105,3	-1,6	-2,2	-2,2	-2,2
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	-3,1	-2,8	-2,6	-2,4	42,2	43,5	44,0	44,5	-2,4	-3,4	-3,9	-4,1
OECD	-3,3	-2,9	-2,7	-2,6	-	-	-	-	-2,4	-3,4	-3,2	-2,7
IWF	-3,0	-2,5	-2,4	-2,2	42,7	43,2	43,6	43,7	-2,4	-2,9	-3,1	-3,1
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	1,4	0,8	0,8	0,7	-	-	-	-	2,3	1,7	1,9	2,0
IWF	1,4	0,9	0,6	0,7	78,6	74,1	70,7	66,5	2,3	1,7	0,7	0,6
Euroraum												
EU-KOM	-2,5	-1,6	-1,0	-0,8	70,5	69,0	66,9	65,0	0,0	0,0	0,2	0,1
OECD	-2,4	-1,6	-1,0	-0,7	76,8	76,1	74,2	72,7	0,3	0,1	0,4	0,4
IWF	-2,4	-1,6	-1,2	-1,1	70,5	69,3	67,9	66,7	0,1	-0,3	-0,3	-0,4
EU-27												
EU-KOM	-2,4	-1,7	-1,2	-1,0	62,9	61,7	59,9	58,3	-0,5	-0,7	-0,7	-0,8

Quellen: EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2007.
 OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2007, vorläufige Fassung.
 IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2007.
 Stand: Juni 2007.

12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008
Belgien												
EU-KOM	-2,3	0,2	-0,1	-0,2	93,2	89,1	85,6	82,6	2,5	2,3	2,7	2,9
OECD	-	0,1	0,2	0,0	-	-	-	-	2,6	2,0	2,5	2,1
IWF	-2,3	-	-	-	-	-	-	-	2,5	2,5	2,4	2,5
Finnland												
EU-KOM	2,7	3,9	3,7	3,6	41,4	39,1	37,0	35,2	4,9	5,9	6,1	5,8
OECD	2,5	3,8	3,5	3,2	-	-	-	-	5,1	5,8	6,3	6,1
IWF	2,5	3,8	3,5	3,7	-	-	-	-	4,9	5,3	5,1	5,2
Griechenland												
EU-KOM	-5,5	-2,6	-2,4	-2,7	107,5	104,6	100,9	97,6	-9,2	-11,4	-11,0	-10,5
OECD	-4,5	-2,3	-1,9	-2,2	-	-	-	-	-6,3	-9,7	-9,4	-8,9
IWF	-4,2	-2,1	-2,0	-1,9	-	-	-	-	-6,4	-9,6	-9,3	-8,7
Irland												
EU-KOM	1,0	2,9	1,5	1,0	27,4	24,9	23,0	21,7	-3,1	-3,3	-3,9	-4,4
OECD	1,0	2,9	2,0	1,7	-	-	-	-	-2,6	-3,3	-1,5	-1,1
IWF	1,1	2,1	1,3	0,5	-	-	-	-	-2,6	-4,1	-4,4	-3,0
Luxemburg												
EU-KOM	-0,3	0,1	0,4	0,6	6,1	6,8	6,7	6,0	11,1	8,6	10,5	11,9
OECD	-0,3	0,1	0,5	1,1	-	-	-	-	11,1	10,6	8,8	9,7
IWF	-1,0	-1,4	-0,9	-0,8	-	-	-	-	11,8	11,7	11,7	11,4
Niederlande												
EU-KOM	-0,3	0,6	-0,7	0,0	52,7	48,7	47,7	45,9	7,1	9,9	9,2	9,0
OECD	-0,3	0,5	-0,7	0,3	-	-	-	-	7,7	9,0	8,1	7,6
IWF	-0,3	0,5	0,5	0,7	-	-	-	-	6,3	7,1	7,7	7,6
Österreich												
EU-KOM	-1,6	-1,1	-0,9	-0,8	63,5	62,2	60,6	59,2	2,9	3,7	3,2	3,1
OECD	-1,7	-1,2	-0,8	-0,6	-	-	-	-	2,1	3,2	4,1	4,5
IWF	-1,6	-1,2	-1,2	-1,0	-	-	-	-	1,2	1,8	1,9	1,6
Portugal												
EU-KOM	-6,1	-3,9	-3,5	-3,2	63,6	64,7	65,4	65,8	-9,6	-9,8	-9,5	-9,0
OECD	-5,9	-3,9	-3,3	-2,4	-	-	-	-	-9,7	-9,4	-8,8	-9,5
IWF	-5,7	-3,9	-3,3	-2,6	-	-	-	-	-9,7	-9,4	-9,1	-9,1
Slowenien												
EU-KOM	-1,5	-1,4	-1,5	-1,5	28,4	27,8	27,5	27,2	-2,0	-2,7	-2,4	-2,3
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-1,1	-0,8	-0,9	-0,8	-	-	-	-	-2,0	-2,3	-2,6	-2,5
Spanien												
EU-KOM	1,1	1,8	1,4	1,2	43,2	39,9	37,0	34,6	-7,5	-8,5	-9,1	-9,7
OECD	1,1	1,8	1,5	1,5	-	-	-	-	-7,4	-8,7	-10,1	-10,5
IWF	1,1	1,8	1,3	1,1	-	-	-	-	-7,4	-8,8	-9,4	-9,8

Quellen: EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2007.
OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2007, vorläufige Fassung.
IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2007.
Stand: Juni 2007.

12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008
Bulgarien												
EU-KOM	1,9	3,3	2,0	2,0	29,2	22,8	20,9	19,0	-12,0	-15,8	-16,6	-17,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-11,3	-15,9	-15,7	-14,7
Dänemark												
EU-KOM	4,7	4,2	3,7	3,6	36,3	30,2	25,0	20,0	3,6	2,5	1,9	2,3
OECD	4,6	4,2	4,3	3,7	-	-	-	-	3,8	2,4	1,8	1,8
IWF	4,6	4,2	3,4	2,5	-	-	-	-	3,6	2,0	1,7	1,9
Estland												
EU-KOM	2,3	3,8	3,7	3,5	4,4	4,1	2,7	2,3	-11,1	-14,2	-15,1	-14,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-10,5	-13,8	-12,9	-12,2
Lettland												
EU-KOM	-0,2	0,4	0,2	0,1	12,0	10,0	8,0	6,7	-12,6	-21,1	-22,4	-21,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-12,7	-21,3	-23,0	-22,7
Litauen												
EU-KOM	-0,5	-0,3	-0,4	-1,0	18,6	18,2	18,6	19,9	-6,9	-10,7	-12,4	-13,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-7,1	-12,2	-12,3	-11,0
Malta												
EU-KOM	-3,1	-2,6	-2,1	-1,6	72,4	66,5	65,9	64,3	-8,3	-6,3	-5,6	-4,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-10,5	-11,2	-11,5	-11,0
Polen												
EU-KOM	-4,3	-3,9	-3,4	-3,3	47,1	47,8	48,4	49,1	-1,7	-2,3	-3,1	-4,3
OECD	-4,3	-3,9	-3,2	-2,4	-	-	-	-	-1,7	-2,3	-2,6	-2,5
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-1,7	-2,1	-2,7	-3,6
Rumänien												
EU-KOM	-1,4	-1,9	-3,2	-3,2	15,8	12,4	12,8	13,1	-8,7	-10,3	-12,1	-12,3
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-8,7	-10,3	-10,3	-9,8
Schweden												
EU-KOM	2,1	2,2	2,2	2,4	52,2	46,9	42,1	37,7	5,8	7,0	7,5	7,5
OECD	1,8	2,1	2,6	2,5	-	-	-	-	7,1	6,7	7,1	6,8
IWF	2,8	2,8	2,3	2,6	-	-	-	-	7,0	7,4	6,6	6,8
Slowakei												
EU-KOM	-2,8	-3,4	-2,9	-2,8	34,5	30,7	29,7	29,4	-7,9	-7,7	-4,2	-3,7
OECD	-2,8	-3,4	-2,7	-2,1	-	-	-	-	-8,7	-8,3	-3,1	-2,5
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-8,6	-8,0	-5,7	-4,6
Tschechien												
EU-KOM	-3,5	-2,9	-3,9	-3,6	30,4	30,4	30,6	30,9	-2,7	-4,1	-3,0	-2,7
OECD	-3,5	-2,9	-3,7	-3,5	-	-	-	-	-2,6	-4,2	-2,9	-2,5
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-2,6	-4,2	-4,1	-4,2
Ungarn												
EU-KOM	-7,8	-9,2	-6,8	-4,9	61,7	66,0	67,1	68,1	-6,8	-5,9	-3,5	-2,2
OECD	-7,8	-9,2	-6,7	-4,8	-	-	-	-	-6,9	-5,8	-3,6	-2,2
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-6,7	-6,9	-5,7	-4,8
Zypern												
EU-KOM	-2,3	-1,5	-1,4	-1,4	69,2	65,3	61,5	54,8	-5,6	-5,9	-5,6	-5,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,4	-1,4	-1,6	-0,9	-	-	-	-	-5,6	-6,1	-5,2	-5,1

Quellen: EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2007.
 OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2007, vorläufige Fassung.
 IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2007.
 Stand: Juni 2007.

HERAUSGEBER:

BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN
REFERAT KOMMUNIKATION
WILHELMSTRASSE 97
10117 BERLIN
[HTTP://WWW.BUNDESFINANZMINISTERIUM.DE](http://www.bundesfinanzministerium.de)
ODER
[HTTP://WWW.BMF.BUND.DE](http://www.bmf.bund.de)

REDAKTION:

BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN
ARBEITSGRUPPE MONATSBERICHT
REDAKTION.MONATSBERICHT@BMF.BUND.DE
BERLIN, JUNI 2007

SATZ UND GESTALTUNG:

HEIMBÜCHEL PR,
KOMMUNIKATION UND PUBLIZISTIK GMBH,
BERLIN/KÖLN

DRUCK:

BONIFATIUS GMBH, PADERBORN

BEZUGSSERVICE FÜR PUBLIKATIONEN DES
BUNDESMINISTERIUMS DER FINANZEN:
TELEFONISCH 0 18 05 / 77 80 90 (0,12 €/MINUTE)
PER TELEFAX 0 18 05 / 77 80 94 (0,12 €/MINUTE)

ISSN 1618-291X



Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.